

Preußische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 10 · 7. März 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Krämpfe einer Volkspartei

Zur Lage der SPD nach ihrem Debakel bei der Bundestagswahl **Seiten 3 und 8**



China Vor 100 Jahren starb der Gründer der Republik, Sun Yat-sen **Seite 10**



Pommern Der Untergang des alten Swinemünde vor 80 Jahren **Seite 19**

VON RENÉ NEHRING

SICHERHEITSPOLITIK

Die weltpolitischen Nachrichten überschlagen sich in diesen Tagen. Am Freitag vergangener Woche zelebrierten US-Präsident Donald Trump, sein Vize J.D. Vance und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj vor laufenden Kameras ihr Zerwürfnis. Anlass waren unterschiedliche Vorstellungen über den Weg zum Frieden im Ukrainekrieg. In den Tagen danach versammelten sich die Europäer, angeführt von Großbritannien und Frankreich, um darüber zu diskutieren, was das Drama im Oval Office für ihre eigene Sicherheit bedeutet. Zu Beginn der Woche verkündete Trump dann, die Unterstützung seines Landes für die Ukraine solange auszusetzen, bis Selenskyj bereit sei, auf den Kurs der USA einzuschwenken und in Washington um Entschuldigung bitte.

Grundsätzliche Änderung der Lage

Angesichts dieser und weiterer jüngster Ereignisse, man denke an das Interesse Trumps an dem zu Dänemark gehörenden Grönland oder auch an das Auftreten Vance' bei der Münchner Sicherheitskonferenz (die PAZ berichtete), kann niemand bestreiten, dass sich die sicherheitspolitische Lage für Europa grundlegend geändert hat. Die USA – jahrzehntelang Garant der äußeren Sicherheit erst Westeuropas, später auch weiter östlich liegender Länder – stehen unter ihrer neuen Führung für eine radikale „America first“-Politik und nehmen dabei keine Rücksicht auf ihre europäischen Verbündeten.

Für diese ist die neue Lage zweifelsohne eine extreme Herausforderung. Seit Gründung der NATO gewohnt, unter dem Schutzschirm der Supermacht USA zu stehen, und im Bewusstsein, die eigenen Streitkräfte nach dem Ende des Kalten Krieges heruntergewirtschaftet zu haben, wird ihnen nun schlagartig bewusst, wie gefährdet ihre äußere Sicherheit wäre, falls die Amerikaner auch ihnen den Bei-

Gerät Europa im Ukrainekrieg zwischen alle Fronten?

Nach dem Zerwürfnis zwischen Trump und Selenskyj steht auch die künftige Bundesregierung schon vor ihrem Start vor einer Bewährungsprobe

stand entzogen. Insofern ist es nur zu begrüßen, wenn die Europäer endlich darüber nachdenken, ihre Verteidigungsfähigkeit wieder selbst in die Hände zu nehmen.

Höchst bedenklich ist jedoch der derzeit in London, Paris und Berlin zu vernehmende Affekt, als Reaktion auf das Agieren Washingtons die eigene Unterstützung für die Ukraine zu erhöhen. Zwar brauchen sie sich ökonomisch keineswegs vor den Amerikanern und den Russen zu verstecken, doch wären selbst alle Europäer zusammen nicht in der Lage, den Umfang der US-Hilfen an Geld, Kriegsgütern und insbesondere an Aufklärungsinformationen zu ersetzen.

Ein weitaus gefährlicherer Aspekt ist, dass sich für die Europäer mit den derzeit angedachten Schritten ihr Verhältnis zum Ukrainekrieg erheblich zu verändern droht. Auch wenn man verstehen kann, dass Briten, Franzosen, Deutsche und andere Nationen den russischen Versuch, Grenzen wieder mit militärischen Mitteln zu verschieben, zurückweisen wollen und deshalb gewillt sind, die Ukraine in ihrem Abwehrkampf nicht im Stich zu lassen, so müssen sie doch bedenken: Durch die Verhandlungen des Weißen Hauses mit dem Kreml über einen Frieden – unabhängig davon, wie dieser aussehen mag – befinden sich die USA und Russland auf einem Kurs der Entspannung, während die Europäer zunehmend auf einen Kurs der Eskalation geraten.

Insofern wären all jene, die nun nach einem verstärkten europäischen Engagement zugunsten der Ukraine rufen, gut beraten zu überlegen, ob auch sie nicht stärker auf die Mittel der Diplomatie zurückgreifen sollten. Zumal die bisherigen massiven Militärhilfen der USA nicht verhindert haben, dass Russland Schritt für Schritt ukrainisches Terrain erobern konnte. Glaubt jemand in London, Paris, Berlin und andernorts ernsthaft, die Lage der Ukraine auf dem Schlachtfeld verbessern zu können, wenn noch nicht einmal die Amerikaner dies vermochten?

Zweifelhaftes „Sondervermögen“

Eine Schlüsselrolle in der Haltung der Europäer kommt naturgemäß Deutschland, der größten Macht auf dem Kontinent, und insbesondere seiner künftigen Regierung zu. Hier lassen jedoch erste Aussagen und Schritte des wahrscheinlich nächsten Bundeskanzlers Friedrich Merz nach der Wahl vermuten, dass die Bundesrepublik unter seiner Ägide am bisherigen Kurs festhalten wird. So schlug sich Merz im Anschluss an das Zerwürfnis zwischen Trump und Selenskyj umgehend auf die Seite des Ukrainers – was ihn in Washington wohl kaum zu einem gern gesehenen Gesprächspartner machen dürfte.

Weit bedenklicher sind die durch Medien kolportierten Überlegungen, noch mit den Mehrheitsverhältnissen des alten Bundestags zwei hunderte Milliarden Eu-

ro schwere „Sondervermögen“ (also Schuldenpakete) für Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben beschließen zu wollen. Abgesehen davon, dass Merz in unzähligen Wahlkampfauftritten (unter anderem vor einem Millionenpublikum bei den TV-Duellen) erklärt hatte, dass der Staat endlich mit dem ihm zur Verfügung stehenden Geld auskommen müsse, steht zu befürchten, dass schuldenfinanzierte Sonderpakete die auch in der Wehrpolitik dringend erforderlichen Reformen auf unbestimmte Zeit verzögern würden.

Hinzu kommt, dass jegliches „Sondervermögen“ oder gar eine Änderung des Grundgesetzes selbst im Eiltempo einige Zeit brauchen und vermutlich auch Klagen der Opposition vor dem Bundesverfassungsgericht nach sich ziehen dürften. Möglicherweise haben sich derweil Amerikaner und Russen längst über das Schicksal der Ukraine und Europas verständigt – ohne die Europäer.

Vor diesem Hintergrund sollte die neue Bundesregierung vor einem möglichen sicherheitspolitischen Fehlstart zunächst besonnen die Lage sondieren und ihre Anstrengungen darauf richten, wie der Ukrainekrieg diplomatisch beendet und die Gefahr der Eskalation zu einem größeren europäischen Konflikt vermieden werden kann. Mit der so gewonnenen Ruhe könnte sie dann – womöglich sogar ohne „Sondervermögen“ – die dringend erforderlichen Reformen anpacken.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Erwartungen der Baubranche an die nächste Bundesregierung **Seite 7**

Kultur

Zwei Ausstellungen widmen sich dem Nürnberger Religionsgespräch von 1525 **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Das Donelaitis-Museum in Tollmingkehmen erhält einen neuen Namen **Seite 13**

Lebensstil

Runter mit den Pfunden – aber wie? Anregungen zum Beginn der Fastenzeit **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 10
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Die Goldreserven der USA werden zunehmend zum Thema wilder Spekulationen – Trump und Musk wollen Klarheit – Zweifel an Menge und Reinheit des US-Goldes – Verheerender Schaden für Weltwirtschaft droht

Was ist mit dem Gold von Fort Knox?

Seit 1937 wurden 4580 Tonnen Gold im Wert von 430 Milliarden US-Dollar in Kentucky deponiert – angeblich

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im United States Bullion Depository innerhalb des abgeschirmten und schwer bewachten Militärstützpunktes Fort Knox in Kentucky soll ein Großteil der staatlichen Goldreserven der USA liegen – aktuell handelt es sich hier angeblich um rund 4580 Tonnen Gold mit einem Marktwert von etwa 430 Milliarden Dollar. Allerdings kursieren Gerüchte, dass die Mehrzahl der Barren längst verschwunden oder durch Fälschungen ersetzt worden sei. Deshalb kündigte der US-Präsident Donald Trump jetzt eine Inspektion des Depots in Fort Knox an, wobei er im drohenden Unterton hinzufügte: „Ich möchte es nicht öffnen, und die Schränke sind leer.“ Zugleich fragte der Trump-Berater und Leiter des Department of Government Efficiency (DOGE), Elon Musk, auf seinem eigenen Sozialen Medium X: „Wer bestätigt, dass das Gold nicht gestohlen wurde?“

Und diese Garantie kann tatsächlich niemand guten Gewissens liefern, weil seit der Einlagerung der ersten Barren im Januar 1937 keine akkurate Inventur des Bestandes von Fort Knox mehr erfolgte. Bei der allerersten Kontrolle überhaupt im Jahr 1953 überprüften staatliche Finanzbeamte und eine Handvoll Senatoren drei von 22 Lagerräumen beziehungsweise 13,6 Prozent der damals im Bestand geführten Goldbarren im Gesamtgewicht von 11.094 Tonnen. Genau nachgewogen wurden indes nur zehn Prozent der ausgewählten Barren. Und eine metallurgische Analyse des Goldes fand sogar bloß bei 0,0002 Prozent der Barren statt.

Prüfung ohne wahre Prüfer

Die nächste Inspektion erfolgte 1974 in Reaktion auf das Erscheinen des Buches von Peter Beter mit dem Titel „The Conspiracy Against the Dollar“, in dem es hieß, die Rockefeller hätten das Gold aus Fort Knox heimlich nach Europa verhöckert. Zuerst führte die Direktorin der US-Münzanstalt Mary Brooks mehrere Abgeordnete und Journalisten in einen der Lagerräume, wo die Besucher eine Wand aus aufgestapelten Barren bestaunen durften, dann begannen die Vertreter mehrerer Ministerien mit ihrer Revision. Diesmal zählten die Kontrolleure 21 Prozent der deponierten Barren. Außerdem

wurden Materialuntersuchungen an 95 der 91.604 erfassten Barren durchgeführt. Dabei war wie 1953 auch kein einziger unabhängiger externer Wirtschaftsprüfer zugegen.

Wirrwarr um Protokolle

Dem folgten zwischen 1975 und 1986 jährliche Inspektionen der Bestände in Fort Knox durch das US-Finanzministerium, in deren Verlauf nach und nach 97 Prozent der eingelagerten Barren durchgezählt worden sein sollen. Allerdings fehlen sieben der zwölf in diesem Zusammenhang erstellten Protokolle, wie der niederländische Edelmetallanalyst Koos Jansen 2015 bei seiner Auswertung freigelegter Regierungsdokumente aus den USA feststellte. Darüber hinaus entdeckte er in den noch existierenden fünf Protokollen von 1975, 1977, 1981, 1985 und 1986 brisante Anomalien. Einige der Tresorfächer waren gänzlich unzugänglich gewesen, gleichzeitig hatten die – wiederum nur extrem selten vorgenommenen –

Materialuntersuchungen erhebliche Unregelmäßigkeiten zutage gefördert. So wiesen die bei der Inventur von 1977 analysierten Barren in der Hälfte aller Fälle nicht den im Inventarverzeichnis angegebenen Reinheitsgrad auf. Möglicherweise war dies die Ursache für eine spätere Änderung des Prüfverfahrens, welche umfangreiche Nachkontrollen nötig machte. Auf jeden Fall wurde spätestens ab 2009 gemunkelt, dass in Fort Knox unzählige gefälschte Goldbarren zu je 400 Unzen lägen, deren Kern aus Wolfram bestehe.

Angesichts all dessen sind die Aussagen des Generalinspektors des US-Finanzministeriums, Eric Thorson, während einer Kongressanhörung 2011 mit Vorsicht zu genießen. Seinerzeit beteuerte der Beamte: „Alles ist in Ordnung ... Die Goldreserven der Regierung ... wurden inventarisiert und geprüft ... Ich kann Ihnen garantieren, dass die physische Sicherheit der Goldreserven absolut ist.“

Der nächste, der behauptete, das Gold in Fort Knox sei vollzählig und in besten

Händen, war der US-Finanzminister Steven Mnuchin. Dieser hatte das United States Bullion Depository im August 2017 zusammen mit dem Gouverneur von Kentucky, Matthew Bavin, und einigen Parlamentariern „inspiziert“, wobei das aber genau wie schon 1974 auf eine reine PR-Show hinauslief.

Das Vertrauen bröckelt

Sollten sich die Zweifel an den offiziellen Angaben über die US-amerikanischen Bestände an physischem Gold im Zuge einer durch Trump veranlassten Tiefenprüfung bestätigen, wäre dies nachgerade verheerend für die Weltwirtschaft. Denn der US-Dollar als Weltleitwährung würde schlagartig an Stabilität verlieren, was heftige Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten zur Folge hätte. Zum anderen käme es zu einer schweren Vertrauenskrise zwischen den USA und jenen 59 anderen Staaten, die wie die Bundesrepublik wesentliche Teile ihrer Goldreserven in den Vereinigten Staaten lagern.



Nicht nur die vielen Tonnen amerikanischen Goldes liegen hier in den gesicherten Depots von Fort Knox in Kentucky, sondern auch das Goldvermögen anderer Nationen. Doch die Frage lautet aktuell: Ist noch alles da und alles echt? Bild: pixabay/mwewering

POLITIKUM

37 Prozent von Deutschlands Gold lagern noch in den USA

Da es keine Stichproben zur Ermittlung der Echtheit gibt, grassieren Ungewissheit und Angst, das Gold könnte gefälscht sein

Während des Kalten Krieges lagerten die bundesdeutschen Goldreserven größtenteils in der Federal Reserve Bank of New York (FRBNY), der Bank of England in London und der Banque de France in Paris. Als Gründe hierfür wurden die Bedrohung aus dem Osten sowie die Notwendigkeit genannt, physisches Gold in der Nähe der wichtigsten globalen Finanzplätze vorrätig zu halten.

Zwischen 2000 und 2017 erfolgte dann aber die Überführung von insgesamt 1603 Tonnen des Edelmetalls nach Deutschland, was ab 2013 vor allem aus dem wachsenden Druck seitens der Öffentlichkeit sowie einer Rüge des Bundesrechnungshofes resultierte. Dieser hatte

das Fehlen regelmäßiger Inventuren der immer wertvoller werdenden deutschen Goldbestände im Ausland moniert. Aktuell liegen nun noch rund 1236 Tonnen Gold in den Kellern der FRBNY – diese Menge macht um die 37 Prozent der deutschen Goldreserven aus und besitzt einen Marktwert von 115 Milliarden US-Dollar.

Angesichts der jetzt laut gewordenen Zweifel an der Vollständigkeit und Echtheit der US-Goldreserven in Fort Knox droht der Umstand, dass sich erhebliche Mengen deutschen Goldes in der Hand einer Bank des Federal Reserve Systems der Vereinigten Staaten befinden, erneut zum Politikum zu werden. Denn theoretisch könnte es auch in New York zu Ver-

lusten oder Manipulationen gekommen sein. So ist beispielsweise denkbar, dass nicht alle der hier lagernden Barren aus purem Gold bestehen, weil sie gegen Fälschungen mit Wolfram-Kern getauscht wurden.

Allerdings gibt die Bundesbank an, bei ihrer Überprüfung der aus New York eingetroffenen Barren keinerlei Hinweise auf fehlende Echtheit oder Abweichungen vom Feingehalt beziehungsweise Normgewicht gefunden zu haben. Das heißt jedoch nicht automatisch, dass mit den restlichen Barren in der Federal Reserve Bank gleichfalls alles in Ordnung ist.

Eigentlich sollte im Rahmen der Inspektion der US-Goldbestände in Fort

„Goldreserven sind Währungsreserven: Falls der Eurokurs stabilisiert werden muss, soll das Gold in ausländische Währung getauscht werden können“

Reint Gropp
Präsident des Leibniz-Instituts

Knox auch eine umfassende Inventur des Goldes in der FRBNY erfolgen. So sahen es die Planungsunterlagen des US-Finanzministeriums von 1981 vor. Doch im Protokoll von 1985 wurde dann vermerkt: Das Verfahren bei der mittlerweile durchgeführten Revision in der New Yorker Bank sei im Prinzip das Gleiche gewesen wie in Fort Knox, jedoch habe es keine Stichproben zur Ermittlung der Echtheit beziehungsweise Reinheit des Goldes gegeben, und die anschließende Versiegelung der durchgesehenen Partien sei ebenfalls unterblieben. Infolgedessen gilt das US-Gold in der FRBNY formell als ungeprüft – wie die hier gelagerten Barren anderer Staaten auch. W.K.

MYSTERIÖS

Geheimes Gold der DDR verschollen

Als der ehemalige Devisenbeschaffer der Deutschen Demokratischen Republik, Alexander Schalck-Golodkowski, am 21. Juni 2015 im bayerischen Rottach-Egern starb, nahm er die Lösung eines der größten Rätsel der neueren Geschichte mit ins Grab.

Um die Kreditwürdigkeit des „Arbeiter- und Bauern-Staates“ und „den dringenden Bedarf zur Lebenserhaltung der Menschen zu sichern“, kaufte der Leiter der legendenumwobenen Arbeitsgruppe Kommerzielle Koordinierung (KoKo) im Ministerium für Staatssicherheit 1988 bei den internationalen Goldhandelsbörsen 21,2 Tonnen Gold, die in Fünf-Kilo-Barren geliefert wurden und seinerzeit einen Wert von rund 500 Millionen D-Mark besaßen. Auf Geheiß von Schalck-Golodkowski erfolgte deren Einlagerung im speziell gesicherten Keller des KoKo-Hauptquartiers in der Wallstraße 17–23 in Berlin-Mitte.

Nach dem Mauerfall sollte das Stasi-Gold am 8. Dezember 1989 in die Tresore der nur wenige hundert Meter entfernten DDR-Staatsbank gebracht werden. Dabei ist bis heute unklar, was dann tatsächlich geschah. Einerseits schrieb der damalige Finanzminister Walter Romberg am 28. Mai 1990 an den letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière, die 21,2 Tonnen Gold aus dem KoKo-Bestand befänden sich nun im Besitz der Staatsbank. Andererseits meldete diese, sie verfüge nur über Gold im Wert von 233 Millionen D-Mark. Aber auch das kam niemals bei der Bundesbank an, sondern wurde angeblich komplett zur Tilgung der DDR-Auslandsschulden verwendet. Dies geht aus der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Irmgard Karwatzki, auf Anfrage des Bundestagsabgeordneten Uwe-Jens Rössel von der SED-Nachfolgepartei PDS vom 11. Juni 1997 hervor, in der es zusammenfassend heißt: „Die Deutsche Bundesbank hat weder von der Staatsbank der DDR noch von ihrer Rechtsnachfolgerin, der Staatsbank Berlin, Goldbestände oder Devisenreserven übernommen.“ W.K.

Das Rascheln der Intriganten

Nach ihrer historischen Niederlage bei der Bundestagswahl steht die SPD an einem neuen Tiefpunkt. Doch die Führung der Partei verweigert eine ehrliche Ursachenforschung und scheint einfach weitermachen zu wollen, als sei nichts geschehen

VON HOLGER FUSS

Zunächst eine frohe Botschaft, zumindest für die Abgeordneten: Die Bundestagsdiäten könnten im Sommer um gut 606 Euro auf 11.833,46 Euro monatlich ansteigen. Die Bezüge werden jedes Jahr entlang der allgemeinen Lohnentwicklung im Vorjahr angepasst.

Nun zu den Beziehern dieser Einkünfte, und wie sie sich das Geld verdienen. Zum Beispiel die Sozialdemokraten. Eine stolze Population in deutschen Parlamenten, im Bundestag siedelt sie seit 1949, und schon im Reichstag waren sie vertreten. Die Genossen waren also schon immer da und blicken gern zurück auf namhafte Vorfahren wie August Bebel, Friedrich Ebert, Kurt Schumacher und Willy Brandt. Und auf Otto Wels, der 1933 gegen die Ermächtigungsgesetze Adolf Hitlers aufbegehrt hatte.

Und weil die Sozialdemokraten seit ihrer Gründung 1863 viel Bedeutsames geleistet haben, sind sie heute der Meinung, ihnen gehöre die Demokratie auch ohne nennenswerten Zuspruch der Wähler. Auf kümmerliche 16,4 Prozent der Stimmen hat es die SPD bei der jüngsten Bundestagswahl nur noch gebracht. Ein historischer Tiefstand, der danach schreien würde, über Nacht die gesamte Parteispitze aus der Hauptstadt zu verbannen und mit neuem Führungskader aus der programmatischen Sackgasse zu finden, sich wieder den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zuzuwenden und neuerlich zur Volkspartei links der Mitte zu erblühen.

Ignoranz der Wahlverlierer

Stattdessen war in der Berliner Parteizentrale am Wahlabend nur das Rascheln der Intriganten zu vernehmen. Co-Parteichef Lars Klingbeil dachte keineswegs an Rücktritt, sondern nutzte das Schockvakuum im Willy-Brandt-Haus während der Hochrechnungen, um mit eisernen Nerven ins Zentrum der Macht vorzustoßen. Noch am Wahlsonntag organisierte er seinen Aufstieg als Chef der künftigen, von 207 auf 120 Mitglieder geschrumpften, Bundestagsfraktion und verpflichtete seine Co-Parteivorsitzende Saskia Esken zur Rückendeckung seines dreisten Manövers. Die „Architekten des Misserfolgs“, so Jusos-Chef Philipp Türmer wenig später, leisten sich gegenseitig Schützenhilfe beim Ränkespiel um den Erhalt ihrer Herrschaft.

Wer sich an der Basis der Partei umhört, stößt reihum auf Schulterzucken. Die Wahlniederlage haben all jene Sozialdemokraten erwartet, die sich außerhalb der Metropolen in den Kommunen und Landtagen für die Partei ins Zeug legen. Mit einem Null-Kanzler wie Olaf Scholz in den Wahlkampf zu gehen, schien vielen ein aussichtsloses Unterfangen. Trotzdem haben sie an frostigen Wintertagen Plakate aufgestellt und an Infoständen um Stimmen geworben. Das gehört sich so. Die Parteispitze in Berlin ist für sie wie ein ferner Götter-Olymp, der sich von ihnen abgewandt hat und dem es nur um Macht und wohl-dotierte Posten zu tun ist. Die Fraktionsvorsitzende in einem nordhessischen Kreistag sagte gar, eine Esken hätte sie „längst in den Keller gesperrt“. Warum ist die überhaupt noch SPD-Chefin? „Weil keine andere da ist.“

Das ist der eine Grund, weshalb die SPD nach ihrer krachenden Wahlniederlage einfach weiter macht, als sei nichts gewesen. Es ist weit und breit keine Gestalt zu entdecken, die aus dem trüben Einerlei des phrasengelebten Sozialhanseltums herausragt, die Begeisterung beim Publikum entzündet und in deren Reden sich breite Teile der Bevölkerung mit ihrer Lebenswirklichkeit gespiegelt finden. Zu Problemlösungen scheinen diese chronisch erschöpft wirkenden Führungskader gar nicht mehr vorzudringen: Stattdessen werden Problemlösungen lieber zu „einfachen



Will trotz historischer Schlappe bei der Bundestagswahl das Feld nicht räumen: Das Führungsduo der Sozialdemokraten aus Saskia Esken und Lars Klingbeil
Bild: picture alliance/REUTERS|ANNEGRET HILSE

chen Lösungen“ herabgewürdigt, die schon deshalb des Populismus verdächtig seien, weil Problemlösungen eine komplizierte, unübersichtliche Realität aufklären würden, die für Sozialdemokraten gern die Stichworte für ihre Untätigkeitsversessenheit liefert. Sozialdemokratisch sein ist heute demnach nicht der Wille zur Beseitigung von Problemen, sondern die Entschlossenheit zum Verwalten von Problemen.

Das Fehlen von populären Leitfiguren und die Ideenlosigkeit der Funktionäre

Und Probleme verwalten geht auch ohne brillante Köpfe. Dafür reicht das Mittelmaß, das Voraussetzung ist, um die Führungsstruktur der SPD erklimmen zu können. Genau genommen ist ja auch ein Boris Pistorius seit Amtsantritt als Verteidigungsminister im Januar 2023 nur deshalb beliebtester deutscher Politiker, weil er weniger peinlich auftritt als die anderen. Als Person ist Pistorius der Öffentlichkeit gänzlich verborgen geblieben; vielleicht war er gerade deshalb eine so wohlfeile Projektionsfläche der Wünsche vieler Bürger.

Ein zweiter Grund für das Weiter-so der Sozialdemokraten seit dem Wahlsonntag ist die programmatische Wüstenei der Partei. Dass die SPD zu einer gut eineinhalb Jahrhunderte alten Hülle für Intrigen und Ideenlosigkeit verkommen ist, wurde bereits 2013 offenbar, als die Partei sich in „Bürger-Konventen“ Anregungen fürs Wahlprogramm holte. Was auf den ersten Blick sympathisch volksnah wirkt, war in Wahrheit bloß ein fehlendes Gespür sozialdemokratischer Entscheidungsträger für die Themen der Straße. All diese Mitmach-Formate sind so langweilig wie interaktives Fernsehen, wo ausgebrannte Drehbuchautoren bei den Zuschauern Ideen abfischen. Geholfen haben sie der Partei jedenfalls nie – mit der SPD ging es verlässlich bergab. Die Arbeiter, die im Ruhrgebiet heute lieber AfD wählen, verbringen ihre Wochenenden eben nicht auf Demokratieforen der SPD.

Entsprechend uninspiriert plätscherte der SPD-Wahlkampf dahin – bis der Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz nach den Messermorden von Aschaffenburg mit seinem Fünf-Punkte-Plan zur Verschärfung der Migrationspolitik auftrat.

Als Merz in der letzten Januarwoche dazu einen Entschließungsantrag und einen Gesetzentwurf im Bundestag gemeinsam mit SPD und Grünen durchboxen wollte, was aber von den Mitte-Links-Parteien abgelehnt wurde, gelangten insbesondere die Sozialdemokraten auf Betriebstemperatur. Fraktionschef Rolf Mützenich ließ sich zum Diktum vom „Tor zur Hölle“ hinreißen, das eine Zustimmung durch die AfD aufgerissen hätte, und noch am selben Abend wurden die Straßen mit tausenden „besorgten Bürgern“ geflutet, orchestriert von Nichtregierungsorganisationen, die von der Ampelregierung großzügig alimentiert werden. Auf Pappschildern wurde das Verbot der Union gefordert, Friedrich Merz als Nazi geschmäht und auf die Siegestsäule wurde die Laufschrift „Ganz Berlin hasst die CDU“ projiziert.

Verirrt im mit NGOs geführten „Kampf gegen Rechts“

Je maßloser der „Kampf gegen Rechts“, desto stärker die Mobilisierung für die SPD – diese Rechnung der Genossen ging bekanntlich nicht auf. Wenn überhaupt, so wurde der Linkspartei in bester DDR-Tradition die antifaschistische Kernkompetenz zuerkannt, was der SED-Nachfolgepartei bei der Wahl 3,9 Prozentpunkte mehr als 2021 einbrachte.

Weil aber die SPD beim Personal so blank dasteht wie bei den Themen, konnte sie auch in der Woche nach der Wahl nur ihre rostige „Kampf gegen Rechts“-Rhetorik krächzen, als die Union eine „Kleine Anfrage“ mit 551 Fragen an die noch amtierende Bundesregierung zur „Politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“, also sogenannter Nichtregierungsorganisationen, stellte. Eigentlich sind derlei Anfragen parlamentarische Routine, doch diesmal konnte der stauende Beobachter den linksgrünen politisch-medialen Komplex wie einen Vulkan explodieren und einen Ascheregen der Empörung tagelang herniederregnen sehen.

Die „taz“ sah in der Anfrage einen „Angriff der Union auf Zivilgesellschaft“: „Das schüchtert ein.“ Selbige Zivilgesellschaft reagierte in Gestalt der „Omas gegen Rechts“ und des BUND reflexartig aufgebracht, und natürlich war wieder einmal die Demokratie

—
Weil aber die SPD beim Personal so blank dasteht wie bei den Themen, konnte sie auch in der Woche nach der Wahl nur ihre rostige „Kampf gegen Rechts“-Rhetorik krächzen

in Gefahr. Lars Klingbeil ließ gleichsam als erste Amtshandlung als Fraktionsführer an die Union eine diskrete Warnung absetzen: Entweder ihr nehmt eure Anfrage zurück oder es gibt keine Koalitionsverhandlungen.

Hinter dem Aufruhr stand die verständliche Sorge der SPD, dass mit der Transparenzmachung der verschiedenen „Demokratieförderprogramme“ der vergangenen Jahre und dem Ausgießen von vielen Millionen Euro an Vorfelddorganisationen zum Ruhme von linksgrünem Demokratieverständnis auffliegen könne, dass der „Kampf gegen Rechts“ ein steuergeldfinanzierter Propagandaschwindel zur Absicherung des Machterhalts von Parteien links der Mitte ist. Die sogenannte Zivilgesellschaft war nie etwas anderes als die Halluzination eines sich progressiv wählenden Bürgertums, das zu gegebenen Anlässen massenhaft hysterisiert werden kann, um gesellschaftlichen Druck medial unterstützt aufzubauen.

Dass ausgerechnet Klingbeil zur Unions-Anfrage die Backen aufblies, war auch deshalb pikant, weil seine Ehefrau Lena-Sophie Müller seit 2014 Geschäftsführerin des gemeinnützigen Vereins Initiative D21 ist, der sich als „Deutschlands größtes Netzwerk für die Digitale Gesellschaft“ beschreibt. Die Initiative erhält finanzielle Unterstützung aus Bundesmitteln, allein 2023 flossen mindestens 150.000 Euro aus drei Ministerien an den Verein, der klar politisch ausgerichtet ist. So soll mit dem alljährlich ausgerichteten Girls’ Day „stereotypes Denken“ überwunden sowie „eine vielfältigere und inklusivere Gesellschaft“ gefördert werden. Hinter der Empörung steht also das schlechte Gewissen von Ertappten, die ihre „woke“ Agenda aus dem Steuertopf finanzieren.

Wachsender Unmut an der Basis

Mit ihren nunmehr 16,4 Prozent ist die einstige Volkspartei SPD an einem Tiefpunkt angelangt, an dem sie nichts mehr zu verlieren hat. Im Rennen um die nächste Regierung sind die Sozialdemokraten nur noch wegen der Brandmauer zur AfD. Solange die Rechtspopulisten als unantastbare Paria gelten, können die Genossen aufs Koalitionskarussell mit der Union springen. Friedrich Merz wiederum ist durch die Brandmauer erpressbar. Die SPD kann ihm in den kommenden Verhandlungswochen nach Belieben auf der Nase herumspringen. Saskia Esken hat bereits angedroht: „Ich verspreche, dass ich nerve!“

Doch in der Partei wächst der Unmut über die Führungsspitze. Schon im September forderte Brandenburgs Innenministerin Katrin Lange ein Talkshow-Verbot für ihre Parteichefin: „Es ist nämlich unerträglich.“ Nach der Bundestagswahl legte Münchens einflussreicher Oberbürger Dieter Reiter nach: Esken solle sich zurückziehen und Klingbeil den Vorsitz allein überlassen. Auch Heiko Wittig, Fraktionschef im Kreistag Nordsachsen, meint: „Saskia Esken kommt bei der Basis nicht gut an.“

Doch die SPD wäre nicht sie selbst, wenn sie auf einen guten Vorschlag nicht einen vernichtend schlechten folgen ließe. Als Nachfolgerin von Saskia Esken ist die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas im Gespräch. Eine Frau, die in ihrem Amt im Schatten ihrer Vorgänger dahinwelkte und über Norbert Lammer und Wolfgang Schäuble erklärte: „Also es sind schon klar kluge Köpfe, die eben auf ihre Art ihre Reden gehalten haben. Bei mir ist es halt ein bisschen anders.“ Zweifelloos wäre diese Personalie ein niederschwelliger Aufstieg nach ganz oben.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt regelmäßig für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über das Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt“ (FinanzBuch Verlag).

www.m-vg.de/finanzbuchverlag

MELDUNGEN

Preußen soll im Namen bleiben

Potsdam – Die AfD-Fraktion hat am 26. Februar im Landtag Brandenburg einen Antrag mit dem Titel „Preußischer Kulturbesitz – wo Preußen drin ist, muss auch Preußen draufstehen“ zur Abstimmung gestellt. In ihm wird die Landesregierung aufgefordert, sich beim künftigen Kulturstaaatsminister und beim Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) dafür einzusetzen, dass im Stiftungsnamen eine Streichung des Namens „Preußischer“ unterbleibt. Zudem wird die Landesregierung aufgefordert, auch beim Namen des Brandenburg Museums in Potsdam in geeigneter Weise „Preußen“ wieder einzufügen. Zur Begründung heißt es mit Blick auf die SPK, es sei davon auszugehen, „dass auch diese Institution und die damit verbundene Pflege des preußischen Kulturerbes einer allgemeinen Enthistorisierung und Dekonstruktion zum Opfer fallen werden“. Bei der Abstimmung wurde der Antrag ohne Enthaltungen im Landtag mehrheitlich abgelehnt. **H.M.**

Hamis-Attacke in Deutschland?

Berlin – Vor dem Staatsschutzsenat des Berliner Kammergerichts hat ein Prozess gegen vier mutmaßliche Mitglieder der Terrororganisation Hamas begonnen. Der Generalbundesanwalt wirft den Angeklagten vor, für Waffenverstecke der Hamas in Dänemark, Polen und Bulgarien zuständig gewesen zu sein. Ermittler gehen davon aus, dass die Hamas bereits vor längerer Zeit Erddepots mit Waffen angelegt hat. Bereitgehalten wurden die Waffen für mögliche Anschläge auf israelische, jüdische oder andere Einrichtungen in Europa. Mögliche Ziele waren der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein, das Gebiet um den früheren Berliner Flughafen Tempelhof und Israels Botschaft in Berlin-Schmargendorf. Laut der Generalbundesanwaltschaft soll die Hamas in Erwägung gezogen haben, im Umfeld des Angriffs auf Israel am 7. Oktober 2023 flankierende Anschläge auf Einrichtungen in Europa zu verüben. **H.M.**

Staatsdefizit stark gestiegen

Wiesbaden – Das Finanzierungsdefizit Deutschlands lag nach vorläufigen Berechnungen 2024 bei 118,8 Milliarden Euro. Laut einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes war das staatliche Defizit um 15 Milliarden Euro höher als im Jahr 2023. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug die Defizitquote damit im vergangenen Jahr 2,8 Prozent. Das Finanzierungsdefizit des Bundes lag im vergangenen Jahr laut den vorläufigen Daten bei 62,3 Milliarden Euro. Der Bund konnte sein Defizit damit gegenüber dem Vorjahr um 30,5 Milliarden Euro verringern. Allerdings verdreifachte sich bei den Ländern das Minus auf 27,3 Milliarden Euro. Im Jahr zuvor hatte der Fehlbetrag der Länder lediglich bei neun Milliarden Euro gelegen. Auch das Defizit der Gemeinden stieg um 7,6 auf 18,6 Milliarden Euro. Nach dem Überschuss 2023 hatte auch die Sozialversicherung 2024 ein Finanzierungsdefizit. **H.M.**



Gesteuerte Berlin-Demo: Linker Hass und linke Hetze, wobei sogar mit dem Lynchen von CDU-Chef Merz gedroht wird

ÖFFENTLICHE MITTEL

Steuergeld für linke Vereine

Allein die Anfrage der Union empört Grüne und SPD – Fühlen sie sich ertappt?

VON ROBERT MÜHLBAUER

S elten hat eine sogenannte Kleine Anfrage im Bundestag deutschlandweit eine solche Debatte ausgelöst. Die CDU-Fraktion legte vorige Woche einen Fragenkatalog zur staatlichen Finanzierung überwiegend links-grüner Organisationen und ihrer Aktivitäten vor. Ganze 551 Fragen – etwa zum umstrittenen Medienhaus Correctiv, zum linksradikalen Kampagnenverein Campact, zu den „Omas gegen Rechts“ (die alle bereits in jungen Jahren ganz weit links und linksaußen waren), zum Netzwerk Attac, der Amadeu-Antonio-Stiftung, der Tierschutzorganisation Peta, der Deutschen Umwelthilfe, dem Verein Neue deutsche Medienmacher*innen und anderen. Insgesamt 17 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die entgegen ihrem Namen in vielen Fällen von der Regierung üppig Steuergeld bekommen.

Kaum war die Drucksache 20/15035 mit dem Titel „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ öf-

fentlich geworden, überschlug sich das linke politische Spektrum mit Reaktionen voll Wut und Empörung. Die Linkspartei heulte auf und beklagte einen „beispiellosen Angriff auf die Zivilgesellschaft“.

Der Grünen-Politiker Sven Giegold, früherer Staatssekretär unter Robert Habeck, kritisierte den Fragenkatalog als „übergriffig“ und als Versuch, „die Zivilgesellschaft zu überwachen, noch bevor Merz' Kanzlerschaft überhaupt begonnen hat“. Das erinnere ihn an Orbán in Ungarn. Die linke Tageszeitung „taz“ jaulte auf: Die CDU „delegitimiere NGOs“ und mache damit „rechten Kulturkampf“.

AfD-Vorwurf an die CDU

Die AfD wiederum reagierte auf die Unionsanfrage teils auch mit Spott. Die Union sei zu spät aufgewacht, sagte der Abgeordnete Stephan Brandner. „Sowohl im Bund als auch in den Ländern hat sie selbst Abermillionen Euro an linke Organisationen verschenkt, um sich ein politisches Vorfeld zu finanzieren.“ Jetzt kritisiere sie das, weil sie selbst zum Angriffs-

ziel der steuergeldfinanzierten sogenannten Zivilgesellschaft geworden sei, bemängelte er.

NGOs als Staat im Staate

Gravierender war für die Union, dass der SPD-Parteichef und neue -Fraktionschef Lars Klingbeil schweres Geschütz auf fuhr. Er nannte die Fragen der CDU/CSU „ein Foulspiel“. Der mächtige SPD-Politiker, den Friedrich Merz für eine Koalition benötigt, forderte die Union auf, die Anfrage zurückzuziehen. Sie belaste nämlich die Koalitionsgespräche.

Stellt sich schnell die folgende Frage: Warum haben diese besagten 551 Fragen solche Unruhe im linken Lager ausgelöst? Wohl weil die Union erstmals explizit den Filz links-grüner mit Steuergeld finanzierter NGOs und ihre parteipolitischen Aktivitäten auszuleuchten versucht. Nach der Migrationsabstimmung im Bundestag im Januar, als der CDU-Antrag mit AfD-Stimmen eine Mehrheit fand, hatte es abermals Großdemonstrationen „gegen Rechts“ gegeben. Diesmal griffen die De-

monstranten auch die CDU/CSU frontal an. Offenbar ist die Union nun aufgewacht. Sie bezog sich in ihrer Anfrage auch auf einen Artikel in der Zeitung „Die Welt“. Ressortleiter Andreas Rosenfelder kritisierte dort: „Die NGOs sind in Deutschland längst ein Staat im Staate – und greifen, von der Bundesregierung mit Steuergeldern finanziert, in die demokratische Willensbildung ein.“ Wer eine andere Politik in Deutschland wolle, müsse „die manipulative Macht dieser verfassungswidrigen Institutionen brechen“.

Von Neutralität keine Spur

Wie anfektbar die politischen Aktivitäten der genannten Organisationen, die teils viel Steuergeld erhalten und von ihrem Status als gemeinnützig profitieren, wirklich sind, ist unter Fachleuten umstritten. Die Steuerrechtlerin Birgit Weitmeyer von der Hertie School in Berlin winkt ab. Nur wenn sich Organisationen umfassend „parteiähnlich“ verhielten, könne ihnen die Gemeinnützigkeit aberkannt werden, so wie das vor Jahren bei Attac passierte.

Dennoch haben die Fragen der Union ihre Berechtigung, denn sie verweisen auf ein fragwürdig enges Zusammenspiel zwischen rot-grünen Vereinen und rot-grünen Ministerien, die sie mit Steuergeld finanzieren, wie der Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler von der Universität Oldenburg im Magazin „Cicero“ feststellte. Wer gemeinnützig sein wolle, dürfe nicht reine Parteipolitik machen. „Die große Demonstration in Berlin gegen die CDU am Freitag vor der Wahl war offensichtlich nicht im Interesse der Allgemeinheit. Die Teilnehmer skandierten: ‚Ganz Berlin hasst die CDU‘“, erinnerte der Juraprofessor. „Diese Hetzparole wurde auch überdimensional auf die Siegestsäule projiziert. Das war Wahlkampf der wütesten Sorte“, monierte der Staatsrechtler.

Links-grüner Vereinsfilz

Er kritisiert, dass sich in Deutschland ein Filz von staatlich finanzierten, parteipolitisch aktiven Vereinen gebildet habe. „Hier finanziert der Staat mit mehreren Hundert Millionen Euro im Jahr ein sehr unübersichtliches Geflecht von privaten politischen Vereinen, die Gemeinnützigkeit für sich reklamieren. In Wirklichkeit engagieren sie sich einseitig für linke und grüne Politik. Es ist eine Anmaßung, wenn diese NGOs für sich in Anspruch nehmen, sie seien die Zivilgesellschaft.“

Boehme-Neßler spielt damit auf das von der Grünen-Familienministerin Lisa Paus zuletzt nochmals verlängerte Programm „Demokratie leben!“ an, das überwiegend links-grüne Organisationen finanziert. Das Programm verteilt 182 Millionen Euro Fördergeld im Jahr.

ASYL

EuGH verhandelt über „Sichere Herkunftsländer“

Italiens „Albanien-Modell“ galt als kluges Prestigeprojekt und steht nun auf der Kippe

Die Bemühungen der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni die illegale Migration ins Land zu bremsen, werden seit letzter Woche auf eine harte Probe gestellt. Der Europäische Gerichtshof verhandelt aktuell, unter welchen Voraussetzungen Herkunftsländer als sicher eingestuft werden können.

Angerufen wurden die EU-Richter von italienischen Gerichten, die im Herbst 2024 der eigenen Regierung in den Rücken fielen. Die hatte zuvor die Länder Ägypten und Bangladesch als sichere Herkunftsländer klassifiziert. Kommen Migranten aus diesen Ländern, sollen die Behörden innerhalb von 28 Tagen über Asylanträge entscheiden – ohne, dass sie in Italien und damit EU-Boden betreten. Stattdessen sollen sie in Asylslagern in Albanien auf die Entscheidung warten.

Das „Albanien-Modell“ gilt als Prestigeprojekt der Mitte-Rechts-Regierung Italiens. Sie hat sich das viel Geld kosten lassen. Mehr als 30.000 Personen wollte man von der illegalen Einreise nach Italien abhalten. Daraus könnte aber nun erst einmal nichts werden. Dabei hatte sich sogar die Vorsitzende der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, verhalten positiv über Melonis Projekt geäußert: „Wir sollten auch weiterhin nach Möglichkeiten suchen, was die Idee der Entwicklung von Rückführungszentren außerhalb der EU betrifft. Mit der Inbetriebnahme des Italien-Albanien-Protokolls werden wir auch in der Lage sein, Lehren aus diesen Erfahrungen in der Praxis zu ziehen.“

Italienische Richter und die sogenannte Zivilgesellschaft sehen das wohl anders. Vor allem die Lobby-Organisation

Pro Asyl lief Sturm gegen Melonis Projekt. Es sei schockierend, dass selbst Kinder hinter Stacheldraht eine neue Normalität werden sollen, wenn sie mit ihren Familien für die Asylverfahren an den Außengrenzen festgesetzt werden, teilte die Organisation mit, die sich seit jeher für eine völlig unkontrollierte Zuwanderung starkmacht.

Melonis Hoffnung und Appell

Rückenwind erhielten die Flüchtlings-Lobbyisten Anfang Februar, als italienische Richter verfügten, dass mehr als 40 Menschen wieder aus Albanien abgeholt werden müssen. Die im Eilverfahren abgelehnten Asylverfahren wurden mit Verweis auf die Verhandlungen vor dem EuGH in Luxemburg wieder gekippt. Meloni hat in den vergangenen Wochen aber

wiederholt betont, an ihren Plänen festhalten zu wollen. „Ich wünsche sehr, dass der Gerichtshof der Europäischen Union das Risiko abwenden wird, nicht nur die Rückführungspolitik Italiens, sondern aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zu untergraben. Wir hier sind entschlossen, für jedes Hindernis, das sich uns in den Weg stellt, eine Lösung zu finden“, sagte Italiens Regierungschefin.

Bis es zu einer Entscheidung kommen wird, müssen sich alle Beteiligten aber noch gedulden. Die Schlussanträge des Generalanwaltes sollen in der zweiten April-Woche vorgelegt werden. Das Urteil wird dann ein paar Monate später erwartet. Derweil organisiert die italienische Oppositionsführerin Elly Schlein die Proteste der „Zivilgesellschaft“. Man kennt es von irgendwoher ... **Peter Entinger**

WAHLFOLGEN

Wegner muss Linksbündnis fürchten

Schatten über Berlins schwarz-roter Koalition: Bundestagswahl zeigt klare linke Dominanz an der Spree

VON HERMANN MÜLLER

gut anderthalb Jahre vor der nächsten Berlin-Wahl haben Grüne und SPD bei der Bundestagswahl schlecht abgeschnitten, dafür fuhr die Linkspartei ein Rekordergebnis ein. Zählt man Linkspartei, SPD, Grüne und BSW zusammen, dann konnte das linke Lager in Berlin am 23. Februar annähernd 60 Prozent der Stimmen erringen. Angesichts dieser strukturellen Mehrheit linker Parteien muss sich die Berliner CDU darauf einstellen, mit der kommenden Berlin-Wahl im Herbst 2026 die Regierungsverantwortung wieder zu verlieren. Möglicherweise erweist sich der Wahlsieg der CDU bei der Abgeordnetenhauswahl 2023 damit nur als ein für Berlin untypischer Ausrutscher.

Noch im Januar erschien der Wiedereinzug der Linkspartei in den Bundestag als sehr unwahrscheinlich. Tatsächlich ist das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, während die Linkspartei ein bundesweites Ergebnis von 8,7 Prozent eingefahren hat. Besonders heftig fiel der Wiederaufstieg der Linken in Berlin aus. Die Partei, die vor Kurzem noch auf dem Weg zu einer unbedeutenden Sektierer-Gruppe schien, wurde in der Hauptstadt sogar erstmals überhaupt zur stärksten politischen Kraft. Die Partei erhielt fast 20 Prozent der Zweit- und 22 Prozent der Erststimmen und gewinnt vier der zwölf Berliner Wahlkreise.

„Das Ende von Kreuzberg“

Spitzenkandidat Gregor Gysi war erneut im Wahlkreis 83 Treptow-Köpenick erfolgreich, die Bundesvorsitzende Ines Schwerdtner im Wahlkreis 85 Lichtenberg. Völlig überraschend verloren die Grünen den Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost an die Linkspartei. Bislang war dies eine Hochburg der Grünen: Hier holte Hans-Christin Ströbele 2002 bundesweit erstmalig ein Direktmandat für die Grünen. Seitdem blieb der Wahlkreis in grüner Hand. Der Verlust des Wahlkreises bei der Wahl am 23. Februar hat die Partei tief getroffen. Grünen-Urgestein Jürgen Trittin kommentierte am Montag nach der Wahl: „Das Ende von Kreuzberg.“ Weit verbreitet



Schwierige Zeiten: Kai Wegner (CDU) mit Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD)

Bild: imago/Frank Gaeth

ist bei den Grünen die Sichtweise, dass den Verlust der jahrzehntelangen Hochburg Robert Habeck zu verantworten habe. Aufgestoßen scheint insbesondere der Zehn-Punkte-Plan zur Begrenzung der Migration, den Habeck noch wenige Tage vor der Bundestagswahl hastig präsentiert hatte.

Freuen kann sich die Linkspartei auch über ein Direktmandat im Wahlkreis 81 Neukölln. In diesem Wahlkreis zieht Ferat Koçak in den Bundestag ein. Wie einige Kommentatoren vermerkten, hat die Linkspartei mit dem Sieg in Neukölln ihren ersten Wahlbezirk erobert, der nicht auf dem Boden des früheren Ostsektors der Hauptstadt liegt. Der siegreiche Linke-Politiker Koçak wurde in Medien als „Polizei- und Israel-Kritiker“, mitunter auch als „Trotzkist“ charakterisiert.

Der Erfolg der Linkspartei in Berlin kann sich bereits kurzfristig auf SPD und Grüne sowie die Arbeit des schwarz-roten Senats auswirken. Die Landesverbände von SPD und Grünen sind ohnehin von

sehr starken linken Flügeln geprägt. Diese könnten das schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl und den Erfolg der Linkspartei zum Anlass nehmen, um ihre Parteien noch weiter nach links zu rücken. In der linksalternativen „taz“ war wenige Tage nach der Wahl bereits zu lesen, dass SPD, Grüne und Linke immer eine Mehrheit in Berlin hätten. Mit Blick auf die Abgeordnetenhauswahl 2026 lautete die Diagnose der Zeitung dann auch: „Nur R2G wird einen neuen Senat bilden können.“

Linke siegt über CDU und SPD

Tatsächlich haben in der Spree-Metropole bei der Bundestagswahl fast 52 Prozent der Wähler ihr Kreuz bei Linkspartei, Grünen oder SPD gemacht. Zudem holte das Bündnis Sahra Wagenknecht in Berlin 6,6 Prozent. Ein künftiges Regierungsbündnis Rot-Grün-Rot hätte damit im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit. Ein Viererbündnis aus Linkspartei, Grünen, SPD und BSW könnte die Träume von einer

stamm linken „Fortschrittskoalition“ noch mehr beflügeln. Auch Berlins CDU muss damit rechnen, dass der Wahlsieg der Ultralinken nicht ohne Auswirkungen auf die weitere Regierungsarbeit mit der SPD bleibt.

Schon jetzt haben viele Beobachter den Eindruck, dass die SPD und insbesondere SPD-Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe die CDU mit ihren Forderungen vor sich hertreibt. Dies gilt für den Ruf nach einer „Reform“ der Schuldenbremse wie für die Abschaffung der Großunterkunft Tegel. Auch die Einführung eines 29-Euro-Tickets für Berlins Nahverkehr war ein Lieblingsprojekt der SPD, das die CDU um des Koalitionsfriedens zuliebe zähneknirschend mitgetragen hat. Nun zeigt sich allerdings: Der Umstand, dass Kai Wegners CDU dem Juniorpartner SPD immer wieder Erfolge gönnte, hat sich für keinen der beiden Koalitionspartner ausgezahlt. Die CDU ist in Berlin hinter die Linkspartei auf Platz zwei abgerutscht. Die SPD sackte sogar auf Platz fünf ab.

MIGRATION

Fünf-Punkte-Plan: AfD treibt CDU vor sich her

Im Brandenburger Landtag übernehmen die Blauen einen Unions-Antrag fast wortgleich

Ende Januar hat die Unionsfraktion im Bundestag ein „Zustrombegrenzungs-gesetz“ zur Abstimmung gestellt. Der Gesetzentwurf scheiterte und bot Anlass für landesweite Proteste gegen CDU und CSU. In den Landtag von Brandenburg hat die AfD-Fraktion am 27. Februar ebenfalls einen Antrag zur Begrenzung der illegalen Migration eingebracht. Der Antrag kann als Versuch der Partei gesehen werden, Initiativen von CDU und SPD zur Begrenzung illegaler Einwanderung als Ankündigungspolitik im Vorfeld von Wahlen zu entlarven.

Der von der AfD-Fraktion zur Abstimmung gestellte „Fünf-Punkte-Plan zur Bewältigung der Migrationskrise“ war nahezu identisch mit dem Fünf-Punkte-Migrationspapier von CDU-Chef und Kanzlerkandidat Friedrich Merz aus dem Januar. In beiden Gesetzentwürfen enthalten waren damit Maßnahmen wie dauerhafte

Grenzkontrollen, Zurückweisungen bei allen illegalen Einreiseversuchen und eine Verschärfung des Aufenthaltsrechts von Straftätern.

Der von der AfD-Fraktion vorgelegte „Fünf-Punkte-Plan“ war offenbar auch ein Versuch, die Glaubwürdigkeit von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) in Frage zu stellen. Woidke selbst hatte im September 2024, nach dem tödlichen Messeranschlag auf einen Polizisten in Solingen, unter anderem für dauerhafte Grenzkontrollen und die Aussetzung der sogenannte Dublin-Verordnung plädiert.

Bei Beratungen mit Landräten verständigte sich der Ministerpräsident vergangenes Jahr wenige Wochen vor der Landtagswahl im September auf insgesamt elf Punkte zur Migration und Sicherheit. Mit im Paket stand die Ankündigung, Abschiebungen von Ausreisepflichtigen besser

durchzusetzen. Woidke erklärte damals: Alle Möglichkeiten müssten genutzt werden, um insbesondere Menschen abzuschieben, die sich nicht integrieren wollten, straffällig geworden seien und ein Risiko für Mitmenschen darstellten.

BSW-Mann stimmt für AfD-Antrag

Offenbar mit Blick auf solche Aussagen warf der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Dennis Hohloch, Woidke in einer aktuellen Stunde des Landtags vor, er sei ein Meister der Ankündigungen, um diese dann nach der Wahl „mit dem Arsch einzureißen“. Hohloch kassierte für die Fäkalprache einen Ordnungsruf der Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke (SPD).

Bei der Abstimmung erhielt der Fünf-Punkte-Plan der AfD bei einigen Enthaltungen keine Mehrheit im Landtag. Die CDU-Fraktion konterte den Antrag der

AfD zudem mit einem Entschließungsantrag, in dem sie sich zum Fünf-Punkte-Migrationsplan von Friedrich Merz bekannte. Doch auch dieser Antrag scheiterte an den Mehrheitsverhältnissen im märkischen Landtag.

Die Regierungskoalition aus SPD und BSW bringt es im Landesparlament auf insgesamt 46 Stimmen. Die Opposition besteht aus 30 Mitgliedern der AfD-Fraktion und zwölf Abgeordneten der CDU.

Die knappe Mehrheit der Koalition von SPD und BSW droht indes weiter zu schrumpfen. Bei einer Plenarsitzung am 26. Februar hat nämlich der BSW-Abgeordnete Sven Hornauf erstmals für einen Antrag der AfD-Fraktion gestimmt. Die BSW-Fraktion kündigt daraufhin an, einen Ausschluss des Abgeordneten prüfen zu wollen. Später teilte die Fraktion dann allerdings mit, Hornauf bleibe Mitglied der BSW-Fraktion. H.M.

KOLUMNE

Nur Hundert

VON THEO MAASS

Rund hundert gewaltbereite Antifa-Extremisten wurden in Berlin-Wilmersdorf mobilisiert, um einen Vortrag des österreichischen Autoren Martin Sellner zu stören. Im Juli vergangenen Jahres bot der linke Mob noch das Zehnfache auf, als Sellner in Berlin-Lichterfelde eine Veranstaltung abhielt. Dies zeigt eindeutig ein Mobilisierungsproblem der Extremisten. Dennoch: Die Polizei musste Pfefferspray einsetzen, um die Übergriffe in Grenzen zu halten.

Der Linksmob schrie „Neonazis raus aus den Kiezen“ und „Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda“. Vor Beginn der Veranstaltung hatte die Antifa offenbar Pfefferspray in das Lokal gesprüht. Später wurde der Wirt des Lokals, Jeyakumar Gopalbali, drangsalieren, Passanten aufdringlich aufgefordert, sich an den Protesten zu beteiligen, und Taxifahrer gedrängt, keine Fahrgäste aufzunehmen, um die Abfahrt Sellners zu verhindern. Die Frage, von wem die Gewalt ausging, ist damit geklärt. Vonseiten der Polizei heißt es, man habe die beiden Lager voneinander fernhalten können.

Zuvor hatte das Umfeld von Sellner offenbar die Antifa über den Veranstaltungsort getäuscht, was zu Aufmarschschwierigkeiten führte. Während „taz“ und „Süddeutsche Zeitung“ ihre Empörung über die Sellner-Veranstaltung äußerten, nutzte ein Autor des „Tagesspiegel“ den Anlass, um ein Verbot der AfD zu fordern.

In der letzten Woche vor der Bundestagswahl waren linke „Aktivisten“ vornehmlich gegen die CDU vorgegangen. Dies veranlasste die CDU-Bundestagsfraktion bekanntlich dazu, der noch amtierenden Bundesregierung 551 Fragen zur Finanzierung linker und linksextremer NGOs wie Omas gegen Rechts, Campact oder die Amadeu-Antonio-Stiftung zu stellen. Gut möglich, dass die Zahl der links-extremen „Aktivisten“ noch weiter sinkt, wenn sie nicht mehr aus Steuergeldern bezuschusst werden.

MELDUNG

1000 Meldungen zu Wahlfehlern

Berlin – Marcel Luthe, der Vorsitzende der Good Governance Gewerkschaft (GGG), will die Bundestagswahl anfechten. Nach Angaben Luthes liegen seiner Gewerkschaft mehr als 1000 Meldungen zu Wahlfehlern vor. Die Meldungen sollen sich insbesondere auf Pannen bei der Briefwahl beziehen. Laut dem Gewerkschaftschef haben zahlreiche Auslandsdeutsche ihre Briefwahlunterlagen zu spät bekommen. Luthe hatte bereits die Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021 und die damalige Bundestagswahl in Berlin angefochten. Sein Vorgehen war ausschlagend dafür, dass das Berliner Landesverfassungsgericht eine Wiederholung der Abgeordnetenhauswahl anordnete. Auch das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erwägt, juristisch gegen das Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar vorzugehen. Das BSW verweist ebenfalls auf Pannen bei der Briefwahl von Auslandsdeutschen. Mit 4,97 Prozent war das BSW knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. H.M.

● MELDUNGEN

Dudas laues Trump-Treffen

Warschau – Polens Präsident Andrzej Duda wird nach dem Treffen mit US-Präsident Donald Trump von der Regierungskoalition scharf kritisiert. Duda hatte in den USA an einer Veranstaltung namens Conservative Political Action Conference teilgenommen. Am Rande hatte er ein zehnmütiges Gespräch mit Trump führen können. Marcin Bosacki, Abgeordneter der Bürgerplattform (PO), warf Duda daraufhin mangelnde Professionalität bei der Vorbereitung des Treffens vor. Es sei „alles falsch gemacht worden“. Der PO-Abgeordnete wies dabei auf die kurze Gesprächsdauer und die lange Zeit hin, die Duda auf das Treffen warten musste. Zudem habe Polens Präsident weder auf der Konferenz noch auf einer Pressekonferenz Polens Position dargelegt. Weiter erklärte Bosacki, Victor Orbán habe die Gelegenheit genutzt, „seine eigenen pro-russischen und anti-europäischen Ansichten zu präsentieren“. H.M.

Windkraft killt Insekten

Wyoming – Das Ausmaß des Insektensterbens durch die 300 Meter hoch aufragenden Windkraftanlagen (WKA) mit bis zu 100 Meter langen Rotorblättern genau festzustellen, lag und liegt nicht im politischen Interesse. Eine im Oktober 2024 in den USA an der Universität Wyoming durchgeführte Studie verweist auf den unzulänglichen Wissensstand sowie auf „potentielle Interaktionen“. Gemeint ist der Verlust an Biodiversität infolge des Insektensterbens durch WKA. Insekten würden zumeist während der Schlüsselpphase ihres Lebenszyklus erschlagen, nämlich auf ihren Flugrouten während der Wanderungs- und Paarungszeit. Zudem stellten die beiden Autorinnen der Studie fest, dass WKA auf Insekten aufgrund der Umgebungswärme (Abwärme plus Wärme infolge des Entzugs von kinetischer Energie) der Anlagen anziehend wirken – eine gefährliche Steigerung des Gefahrenpotentials, worauf noch niemals hingewiesen wurde. JES.

Linke Frauen sind oft einsam

Washington – Junge linksorientierte US-Frauen leiden häufiger unter Einsamkeit und allgemeiner Lebensunzufriedenheit. Das ist das Ergebnis einer Studie im Rahmen der American Family Survey 2024. Während 37 Prozent der konservativen Frauen im Alter zwischen 18 und 40 angaben, „vollkommen zufrieden“ zu sein, äußerten dies nur zwölf Prozent ihrer gleichaltrigen linken Geschlechtsgenossinnen. Über Einsamkeitsgefühle berichteten wiederum 29 Prozent der linken Frauen, aber lediglich elf Prozent der konservativen. Parallel hierzu liegt auch die Quote der Verheirateten unter der konservativen Weiblichkeit um ein Fünftel höher als bei linken Frauen. Die starken Unterschiede bleiben sogar bestehen, wenn weitere demographische Faktoren wie Bildung, Einkommen und ethnische Zugehörigkeit statistisch berücksichtigt werden. Einige US-Sozialforscher glauben daher, dass eine traditionelle Lebensweise psychisch stabilisierend wirke. W.K.

TANSANIA

Vertreibungspläne in der Serengeti

Präsidentin Samia Suluhu Hassan will Massaihirten umsiedeln, um mehr Platz für Hotels zu schaffen

VON BODO BOST

In den letzten Jahren hat die tansanische Regierung Tausende von Massaihirten gewaltsam von ihrem angestammten Land vertrieben, um die Natur- und Jagdgebiete entlang der östlichen Grenze des Serengeti-Nationalparks zu vergrößern. Gleichzeitig wurde ein Umsiedlungsprogramm von Massai aus dem Ngorongoro-Schutzgebiet in ein 600 Kilometer entferntes Gebiet aufgelegt, berichtet Human Rights Watch (HRW). Eine Untersuchung dieser Organisation hat zudem ergeben, dass die Zoologische Gesellschaft Frankfurt (ZGF), eine internationale Naturschutz-NGO, die von der deutschen Regierung finanziert wird, die tansanische Nationalparkbehörde (TANAPA) bei der gewaltsamen Vertreibung von Massaihirten aus Gebieten mit hohem Naturschutzwert am Rande der Serengeti unterstützt. Die ZGF hat zwar gegenüber einem Rechtsanwalt der Massai ihre Besorgnis über die Situation geäußert, aber auch erklärt, dass sie nicht an der Entscheidungsfindung in diesem Konflikt beteiligt sei. Das riecht zumindest nach Bigotterie und doppeltem Spiel.

Das Hirtenvolk der Massai war jahrhundertlang an der Schaffung des Ökosystems in Ostafrika beteiligt. Viehherden der Massai zogen mit den Wildtierherden jahrhundertlang in natürlicher Symbiose zu den Wasserplätzen. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde allerdings bereits mehr als eine Viertelmillion Massai vertrieben, um mehr Platz für Ökotourismus sowie Kohlenstoffausgleichsprogramme zu schaffen. All diese Aktionen laufen zwar unter dem Banner des Naturschutzes, sind aber in Wirklichkeit das komplette Gegenteil davon.

Vergeblicher Kampf ums Land

Die angebliche „Rettung des Planeten“ ist zu einem Milliarden-Dollar-Geschäft wohlhabender Nationen geworden, zu diesen gehören immer mehr arabische Staaten, die einstigen Kolonialherren Ostafrikas, die mit den heutzutage als Klimakiller verschrienen Bodenschätzen Öl und Gas in wenigen Jahrzehnten steinreich geworden sind.

Vor 400 Jahren ließen sich die Massai mit ihren Rindern im Norden Tansanias nieder. Die Gegend nannten sie Siringet, was in der Massai-Sprache „der Ort, an

dem das Land ewig weitergeht“ bedeutet. Die Massai sehen ihre jüngste Geschichte als einen Kampf um die Rettung dieses Landes – und zwar vor denen, die behaupteten, angeblich das gleiche zu tun. Dazu gehörte auch der große deutsche Zoologe,

750.000

Touristen besuchten allein in den Jahren 2022/2023 die beliebtesten Attraktionen Tansanias, die vor allem im Schutzgebiet Ngorongoro liegen. Das Areal, wo die Massai 1959 von ihrem ursprünglichen Land aus hin umgesiedelt wurden

Bernhard Grzimek, der mit seinem Film „Serengeti darf nicht sterben“ weltberühmt wurde.

Hin zum Krater vertrieben

1951 waren es die britischen Kolonialbehörden, die den 5.700 Quadratmeilen gro-

ßen Serengeti-Nationalpark errichteten und die Massai 1959 in ein angrenzendes Gebiet namens Ngorongoro Conservation Area mit seinem berühmten Krater drängten, wo man ihnen versprach, sie könnten dort leben und Weidelandwirtschaft betreiben. Aber 1975 wurde Landwirtschaft im Krater endgültig verboten. 1979 wurde er auf die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen und 1981 als Biosphärenreservat ausgezeichnet. Das Ngorongoro-Schutzgebiet zählt zu den beliebtesten Attraktionen Tansanias und wurde 2022/2023 von 750.000 Touristen besucht.

Feuer frei für Großwildjäger

Mit dem Amtsantritt von Präsidentin Samia Suluhu Hassan im Jahr 2021 verschlimmerte sich die Lage. Hassan stammt von der Insel Sansibar, einst die Hauptstadt des Sultanats Oman, und hat arabische Vorfahren aus diesem Sultanat, das 300 Jahre bis zur Ankunft der Deutschen 1885 den globalen Sklavenhandel zwischen Afrika und Asien beherrschte. Hassan kündigte Pläne an, die rund 100.000 Massai, die in und um Ngorongoro leben, in einen anderen Teil des Landes umzusiedeln. Gleichzeitig wurden 580 Quadratmeilen an erstklassigem Weideland nördlich der Serengeti eingezogen, um ein exklusives Wildreservat für die königliche Familie von Dubai zu schaffen, die in diesem Gebiet seit Langem zu jagen pflegt.

Sklavenhändler-Nachfahren belohnt

Mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, zu denen Dubai gehört, wurde ein 7,5-Milliarden-Dollar-Paket vereinbart, das neue Pläne für den Tourismus und den Naturschutz beinhaltet. Bald könnten weitere Gebiete gesperrt werden, darunter auch eine heilige Stätte, die von den Massai „Berg Gottes“ genannt wird. Aber auch hier gilt: Gewinne haben Vorrang. Während die Erben der lediglich 33 Jahre lang herrschenden deutschen Kolonialherren wegen deren angeblichen Verbrechen exorbitant hohe Geldsummen als Wiedergutmachung zahlen, müssen die einstigen arabischen Kolonialherren, die Ostafrika 300 Jahre zum Zentrum des weltweiten Sklavenhandels machten, keinerlei Entschädigungen leisten. Stattdessen werden sie mit günstigen Geschäftsbedingungen sogar noch belohnt.



Ein stolzer Massai zeigt die Weite des Landes, das seinem Stamm einst gehörte und von ihm bewohnt wurde

RUSSLAND

Wie Moskau das deutsche Wahlergebnis bewertet

Ein „Feind Russlands als Bundeskanzler“ – Außenminister Lawrow zog Vergleich zu NS-Regime

Nach dem Eklat in Washington und der gemeinsamen Kritik der Europäer an Donald Trump und Wladimir Putin dürften die deutsch-russischen Beziehungen noch länger auf Eis liegen. Dafür spricht auch das Ergebnis der deutschen Bundestagswahl, das in Russland äußerst negativ gesehen wird.

Mit Friedrich Merz als neuem Bundeskanzler trete ein „Feind Russlands“ an. Der Putin-nahe Senator Alexej Puschkow sagte Deutschland den weiteren Niedergang der Wirtschaft voraus, weil Merz die Ukraine weiter unterstützen will. Kritisch aufgenommen wurde die Aussage des CDU-Politikers, dass die EU sich von den USA unabhängig machen müsse sowie seine Kritik an den USA und Russland, die sich „über die Köpfe der EU und der Ukraine hinweg“ geeinigt hätten. Versöhnli-

cher aufgenommen wurde dagegen seine Bemerkung, dass Russland historisch und kulturell ein europäisches Land sei, und er daher die Möglichkeit nicht ausschloss, dass sich die gegenseitigen Beziehungen eines Tages wieder verbessern ließen.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow bewertete Merz negativer. Er wirft ihm vor, „ziemlich aggressiv“ gegenüber Russland zu sein, da er darauf bestehe, Taurus-Raketen an die Ukraine zu liefern, die es den Ukrainern ermöglichen, Angriffe bis tief in russisches Territorium hinein durchzuführen. Er verglich die Bundesregierung gar mit dem NS-Regime des Zweiten Weltkriegs.

Während in Russland erscheinende Medien den Erfolg der AfD nicht groß erwähnten, veröffentlichte die als unerwünschte Organisation gebrandmarkte

„The Moscow Times“, die heute in Amsterdam erscheint, eine Analyse des russischen Ökonomen und Soziologen Wladislaw Inosemzew, in welcher der Putin-Kritiker auf den Erfolg der AfD im Vergleich zu den traditionellen Parteien eingeht.

Ausgleich statt Konflikt

Seiner Einschätzung nach haben die Deutschen mit dem Herzen abgestimmt, da sie sich von den Altparteien nicht mehr gehört fühlten. Neben einer Migrationsbeschränkung wünschten sie sich eine Stärkung der deutschen Souveränität, eine Rückkehr zu Traditionen, mehr Schutz vor Ausländerkriminalität sowie ein Deutschland, das von Berlin und nicht von Brüssel aus regiert wird.

Er hält die Brandmauer für einen schweren Fehler, wenn man bedenkt, dass

die AfD zweitstärkste Partei geworden sei. Der Ausschluss aus der Regierungsverantwortung könne dazu führen, dass sie in späteren Wahlen die absolute Mehrheit gewinnt – es sei nur eine Frage der Zeit.

Die Altparteien seien besser beraten gewesen, sich mit der AfD auseinanderzusetzen. In einer Koalition mit der CDU wäre es nicht nur möglich gewesen, gemeinsam getroffene Entscheidungen auch umzusetzen, die CDU hätte auch Pro-Putin-Initiativen der AfD eindämmen können. Selbst bei radikalen Einstellungen hätte Merz die AfD ausbremsen können, denn „die parlamentarische Demokratie ist dazu da, den Ausgleich und die Unterbringung verschiedener Kräfte zu gewährleisten, und nicht, die Sache in einen unversöhnlichen Konflikt zu bringen.“ *Manuela Rosenthal-Kappi*

VON HERMANN MÜLLER

Die Linkspartei hat im Bundestagswahlkampf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum intensiv zum Thema gemacht und damit vor allem in Großstädten sehr viel Zuspruch geerntet. Für die andere Parteien hat die Lage auf dem Wohnungsmarkt offenbar weit weniger Priorität.

In den Wahlprogrammen der Parteien waren durchaus Standpunkte zum Wohnungsbau enthalten. Auf den Wahlplakaten und in den Wahlkampfreden dominierten andere Themen. Tatsächlich konnten die Parteien der gescheiterten Ampelkoalition auch kaum darauf hoffen, mit ihrer Wohnungsbaupolitik bei den Bürgern zu punkten. Versprochen hatte die Regierung den Bau von 400.000 neue Wohnungen pro Jahr. Dieses Ziel wurde jedoch Jahr für Jahr deutlich verfehlt.

Auch eine Besserung ist nicht in Sicht. Vergangenes Jahr wurden in Deutschland lediglich 216.000 Wohnungen genehmigt – der niedrigste Stand seit 2010. Wie das Münchner ifo-Institut berichtet, stieg der Auftragsmangel im Wohnungsbau zudem auf ein Rekordniveau. Dem in den letzten Jahren SPD-geführten Bauministerium ist es also nicht gelungen, für eine Trendwende beim Wohnungsbau zu sorgen.

Hoffnung auf einen „Versteher“

Allerdings taucht auch im 15-Punkte-Sofortprogramm, das die CDU Anfang Februar für den Fall einer Regierungsübernahme beschlossen hatte, kein Wort zum Wohnungsbau auf. Kurz nach der Bundestagswahl berichteten Medien dann auch noch, Friedrich Merz plane das Bauministerium abzuschaffen. Demnach soll er überlegen, das Thema Bau in einem Infrastrukturministerium mit Verkehr und Energienetze zusammenzulegen.

In der Bauwirtschaft kommt diese Idee eher nicht gut an. Thomas Reimann, Präsident des Verbands bauseitlicher Unternehmer in Hessen, warnt vor einem elementaren Fehler: „Die Bauwirtschaft würde dann in dem neuen Ministerium untergehen, und dann sehen wir in vier Jahren bei der nächsten Bundestagswahl eine ganz blaue Karte.“ Der Verbandschef plädiert nicht nur für den Erhalt eines eigenständigen Bundesbauministeriums. Er hegt auch die Erwartung, das an der Spitze des Ministeriums jemand steht, „der das Thema verstanden hat“.

Der Wahlerfolg der Linkspartei und der Hinweis des hessischen Bauverbandschefs auf die Möglichkeit einer „ganz blauen Karte“ deuten an, welche politische Brisanz im Problem Wohnungsmangel steckt. Bei den Wählern der Linkspartei war laut einer Analyse von infratest dimap die soziale Gerechtigkeit das The-



Wohnen frisst heutzutage gerade bei den unteren Einkommen 50 Prozent und mehr des Verdiensts im Monat auf Bild: action press

WOHNEN

Mieten und Wohnungsmangel als gesellschaftliche Zeitbombe

Die deutsche Baubranche hat nach der Bundestagswahl sehr große Erwartungen an die neue Regierung und fordert schnellen Bürokratieabbau

ma, das am meisten bewegt hat. Neben gestiegenen Energiepreisen und teilweise drastisch erhöhten Preisen für Lebensmittel spielen die Wohnkosten dabei eine Hauptrolle: „Die Miete spürt man jeden Monat auf dem Kontoauszug. Hohe Mieten und entsprechend weniger verfügbares Nettoeinkommen für andere Dinge – das tut erst mal weh“, so Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer beim Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), gegenüber der „Berliner Zeitung“.

Gerade bei den Beziehern niedriger Einkommen schränken die Wohnkosten mittlerweile die finanziellen Spielräume extrem ein. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mussten Personen, die nach 2019 in eine Wohnung gezogen sind, gut 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben. Beim Blick ins Detail wird deutlich, dass sich für die unteren Einkommensgruppen die Wohn-

kosten zu einem massiven Problem entwickelt haben. Bei einem verfügbaren monatlichen Nettoeinkommen von 1500 und 2000 Euro werden mittlerweile im Durchschnitt bereits 44,7 Prozent des Einkommens nur für die Miete ausgeben. Familien mit einem Nettoeinkommen unter 1500 Euro im Monat geben sogar bis zu 60 Prozent des Gehalts nur für Miete aus.

Bauen als Wirtschaftsmotor

An die Möglichkeit, sich Wohneigentum zu schaffen, ist damit gar nicht zu denken. Wie das „Handelsblatt“ auf Grundlage einer sozio-ökonomische Analyse berichtet, haben in Deutschland weniger als zwölf Prozent der bis 40-Jährigen überhaupt genug Eigenkapital, um eine Immobilie zu kaufen. Für viele Unter-20-Jährige in Großstädten ist sogar schon ein Vertrag für eine Mietwohnung ein nicht bezahlbarer Luxus, ein Zimmer in einer Wohn-

gemeinschaft dagegen die Normalität. Entsprechend hoch dürfte die Anfälligkeit für radikale Vorschläge sein wie etwa die Enteignung von Wohnungsunternehmen.

Die Politik gefährdet mit ihrem Versagen beim Wohnungsbau allerdings nicht nur politische Stabilität der Gesellschaft. Peter Hübner, Präsident des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, wies unlängst darauf hin, dass der Bau auch „ein Motor für die Binnenkonjunktur“ ist. Tatsächlich hat es eine neue Bundesregierung in der Hand, mit einem Bauprogramm für einen schnell wirkenden Konjunkturimpuls zu sorgen. Hilfreich wäre aus Sicht der Bauwirtschaft nicht nur eine finanzielle Hilfe des Staates, etwa über ein Zinsverbilligungsprogramm von unter einem Prozent Zins für die Wohnungswirtschaft: „Wir müssen auch an die Bürokratie ran“, so Bau-Präsident Hübner.

WOHNEIGENTUM

Deutsche sind Miet-Europameister

Der hohe Zerstörungsgrad nach dem Zweiten Weltkrieg ist einer der Gründe für viele Mietskasernen

Manche Statistiken sind erstaunlich und interessant zugleich. Gemäß aktuellen Angaben von Eurostat sind etwa 95,6 Prozent der Haushalte in Rumänien Hauseigentümer oder Besitzer einer Eigentumswohnung. Das ist die höchste Wohneigentumsquote aller EU-Länder. Insgesamt ist zu beobachten, dass in den osteuropäischen Ländern diese Quoten im Vergleich zu den übrigen Regionen Europas in der Regel höher sind.

In Portugal, Spanien und Italien wohnen immerhin rund drei von vier Einheimischen in ihrem Besitz. Selbst in Ländern wie Schweden oder Frankreich auf den hinteren Plätzen der Rangliste leben die Einwohner in mehr als 60 Prozent der Fälle im Eigentum. In Deutschland lebten etwas weniger als 48 Prozent im Wohneigentum. Damit ist man Schlusslicht. Die

Preise für selbst genutztes Wohneigentum haben in den vergangenen Jahren bundesweit deutlich zugelegt. Zwischen 2010 und 2022 stiegen sie um knapp 89 Prozent. Die Eigentumswohnungspreise erhöhten sich im genannten Zeitraum um rund 90 Prozent.

Die Kostenexplosion ist ein Grund für die Kaufzurückhaltung in Deutschland. Aber nicht nur. Vieles hat tatsächlich historische Gründe. In Deutschland wurden die Ballungsgebiete während des Zweiten Weltkriegs großräumig zerstört. Damals habe man mindestens ein Viertel des Wohnbestands verloren, teilt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit. Das sei eine nationale Aufgabe des Wiederaufbaus gewesen, und dadurch seien die „Mietskasernen“ entstanden. In Rumänien, dem Land mit einer auf den

ersten Blick „paradiesischen Eigentumsquote“, ist es eher umgekehrt. In den 90er Jahren, am Ende der kommunistischen Herrschaft, besaß der Staat 70 Prozent des Wohnraums. Die neuen Machthaber seien bestrebt gewesen, die oftmals maroden Wohnungen abzustoßen. So seien die Menschen billig zu Wohneigentum gekommen. Nach Auskunft der Stadtverwaltung von Bukarest gingen damals 95 Prozent der Wohnungen in den Besitz der Mieter über.

Hinzu kommen die vielen Häuser auf dem Land. Dort ist die Eigenheimquote höher, ähnlich wie in allen anderen europäischen Ländern. Zudem muss man berücksichtigen, dass ein Land wie Rumänien trotzdem von erheblicher Armut geprägt ist. Die Zahl derer, die im Eigentum wohnen, ist deutlich größer als beispiels-

weise in Deutschland. In vielen städtischen Wohnungen fehlt sogar der Zugang zu einem eigenen Bad.

Dennoch ist die Situation in Deutschland unbefriedigend. Der Geschäftsführer des Pestel-Instituts, Matthias Günther, bringt es auf den Punkt: „Für Durchschnittsverdiener ist die Chance auf Wohneigentum heute gleich null.“ Dabei rangiert der Kauf einer Wohnimmobilie zur Altersvorsorge laut aktuellen Umfragen bei Deutschen weit vor Aktien. Demnach wünschen sich rund zwei Drittel der Mieter Eigentum zur Altersvorsorge. Das Problem: Die Massivbauweise und zahlreiche Bauvorschriften sorgen dafür, dass schon die reinen Baukosten für Immobilien viel zu hoch seien, erklärte Immobilienprofessor Günter Vornholz in der „Tagesschau“. Peter Entinger

• MELDUNGEN

Sanktionen gegen Russland

Brüssel – Zum dritten Jahrestag des Ukrainekriegs haben die Außenminister der EU-Länder weitere Sanktionen gegen Russland beschlossen. Von der mittlerweile 16. Sanktionsrunde der EU ist unter anderem nun auch der Export von Videospiel-Controllern nach Russland betroffen. Die eigentlich für Spielkonsolen gedachten Controller können auch zur Steuerung von Drohnen genutzt werden. Zudem haben die Außenminister weitere Öltanker mit Sanktionen belegt. Auf die Sanktionsliste aufgenommen wurden 150 Tanker, mit denen aus Sicht der EU Russland den westlichen Preisdreieck für russische Ölexporte in Drittstaaten umgeht. Die sanktionierten Schiffe dürfen keine EU-Häfen mehr anlaufen und werden auch von vielen Dienstleistungen, etwa Versicherungen, ausgeschlossen. Beschlossen wurden die neuen Sanktionen auf einem Gipfeltreffen in Kiew. Angeführt von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen waren zu dem Gipfel 22 EU-Kommissare in die Ukraine gereist. H.M.

Preis-Protest auf dem Balkan

Sofia – In den Balkanstaaten Bulgarien, Rumänien, Albanien, Kroatien, Serbien sowie Bosnien-Herzegowina formiert sich Widerstand „gegen den Preisterror der Einzelhändler“, zu denen auch deutsche Ketten wie Kaufland und Lidl gehören. So gab es zuletzt Protestaktionen vor den Läden sowie Verbraucherboykotte. Letztere besicherten vor allem den Einzelhändlern Bulgariens Umsatz einbußen von 30 Prozent. In diesem Land wächst zudem der Widerstand gegen die Einführung des Euro, welche für den 1. Januar 2026 geplant ist. Dieser eskalierte jetzt in der bulgarischen Hauptstadt Sofia. Aufgebrachte Demonstranten beschmierten das Gebäude der EU-Vertretung mit roter Farbe und warfen Molotow-Cocktails. Danach besetzten sie das Haus für einige Zeit. Parallel hierzu ergaben Meinungsumfragen, dass die Bulgaren mehrheitlich an ihrer Landeswährung festhalten wollen, weil sie weitere Teuerungen durch den Euro befürchten. W.K.

Bedingungen für Rückkehr

Moskau – Unmittelbar nach dem Treffen der US-amerikanischen und russischen Delegationen in Riad wurde in Russland über die Bedingungen für eine Rückkehr westlicher Firmen nach dem Ende des Ukrainekriegs nachgedacht. Während der Industrie- und Handelsminister Anton Alichanow betonte, dass die Firmen dann einen hohen Preis zu zahlen hätten, stellte Außenminister Sergej Lawrow „unglaubliche Möglichkeiten“ bei einer Rückkehr von US-Firmen in Aussicht. Durch ihren Rückzug aus Russland sollen US-Unternehmen etwa 300 Milliarden US-Dollar verloren haben. Russische Unternehmer sehen die Rückkehrmöglichkeit westlicher Firmen weniger optimistisch, da viele Nischen bereits anderweitig besetzt seien und sie die Konkurrenz fürchten. Bedarf gibt es bei technologischen Produkten, da der Export aus China nicht ausreicht. MRK

ANALYSE

Es zählen nur Interessen

HERMANN MÜLLER

Über das „Wallstreet Journal“ ist ein Zitat des früheren US-Außenministers Henry Kissinger überliefert, das bei vielen Verfechtern einer transatlantischen Freundschaft nie sonderlich beliebt war: „Es kann gefährlich sein, der Feind Amerikas zu sein, aber ein Freund Amerikas zu sein, kann fatal sein.“ Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, aber ebenso europäische Regierungen wären aktuell gut beraten, auch über einen anderen Satz des 2023 verstorbenen Kissinger nachzudenken: „Amerika hat keine dauerhaften Freunde oder Feinde, nur Interessen.“

Für Anhänger einer realistischen Außenpolitik, wie es der deutschstämmige Kissinger war, ist es kein Geheimnis mehr, dass Donald Trump den Krieg in der Ukraine so schnell wie möglich beenden will. Dahinter steckt nüchternes Kalkül: Trump und seine Mannschaft haben die Volksrepublik China als den Gegner ausgemacht, der die dominierende Rolle der USA in der Welt wirklich gefährden kann. Joe Biden dürfte die Lage ebenso gesehen haben.

Was Biden und Trump unterscheidet, sind die Schlussfolgerungen. Der amtierende US-Präsident ist offenbar zu der Einschätzung gekommen, dass die Vereinigten Staaten im Machtkampf mit China alle Kräfte mobilisieren müssen. Nicht gebraucht werden Konflikte wie in der Ukraine, die zig Milliarden US-Dollar verschlingen, Munitionsdepots leeren und die Kräfte der USA zersplittern. Wenn Trump erklärt, die Ukraine solle entweder Frieden schließen oder allein weiterkämpfen, dann ist dies ernst gemeint.

Bittsteller im Weißen Haus

Im Gegensatz zur EU ist die Trump-Administration offenbar auch zu der Einschätzung gelangt, dass die Ukraine auf dem Weg ist, den Krieg zu verlieren. Laut US-Außenminister Marco Rubio war die bisherige Strategie des Westens im Ukrainekrieg, einen „Fleischwolf“ zu finanzieren: „Aber Russland hat mehr Fleisch, das es durch den Wolf jagen kann“, so Rubio. Unter Berufung auf einen namentlich ungenannten Außenminister eines EU-Landes erklärte Rubio, Ziel der Europäer sei es, der Ukraine zu helfen, den Krieg noch ein weiteres Jahr führen zu können. Die Ukraine soll so

bessere Ausgangsbedingungen für Verhandlungen mit Russland erhalten.

Offizieller Anlass für den mit einem Eklat geendeten Washington-Besuch des ukrainischen Präsidenten Selenskyj waren nach offizieller Darstellung Verhandlungen über ein Rohstoffabkommen. Im Kern der Verhandlungen zwischen Selenskyj und Trump ging es tatsächlich immer um eine militärische Sicherheitsgarantie der USA. Wenige Tage vor Selenskyj waren bereits Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Großbritanniens Premier Keir Starmer zu Besuch im Weißen Haus gewesen – und waren in Sachen Sicherheitsgarantie bei Trump abgeblitzt.

Realitäten anerkennen

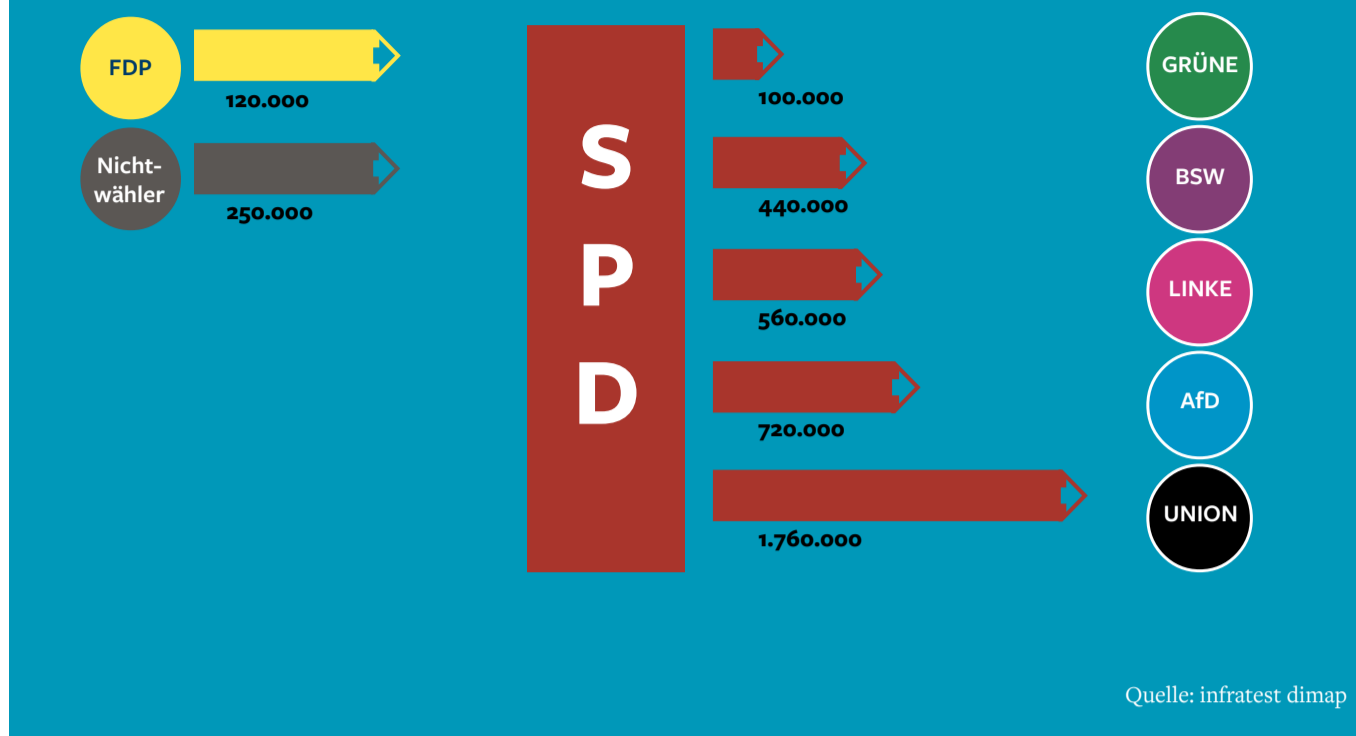
Selenskyj als dritter in der Reihe war offenbar sogar bereit gewesen, einen sehr unvorteilhaften Rohstoff-Vertrag mit den USA zu unterzeichnen, wenn Trump dafür im Vertragstext explizit für die Sicherheit der Ukraine bürgt. Bereit war Trump laut verschiedenen Quellen nur, der Ukraine zu helfen, sodass diese eine Sicherheitsgarantie erhält. Schon Trumps Vorgänger Joe Biden hatte es vermieden, sich über Waffenlieferungen, Geld und Sanktionen hinaus in den Ukrainekrieg hineinziehen zu lassen.

Trotz der klaren Haltung Washingtons wollen die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs nun eine „Koalition der Willigen“ schmieden. Schon seit Wochen kursiert in Paris und London die Idee einer europäischen „Friedenstruppe“ in der Ukraine.

Putin hat allerdings bereits klargestellt, dass er in der Ukraine keine Truppen von NATO-Ländern akzeptieren wird. Angesichts der Geländegewinne russischer Truppen im Donbass ist Putin derzeit zu keinem Waffenstillstand bereit. Unter diesen Bedingungen kann aus einer „EU-Friedenstruppe“ schnell eine Truppe werden, die sich in der Ukraine im Krieg mit Russland befindet. Dabei könnte die „Koalition der Willigen“ dann nicht auf Hilfe durch die Beistandsverpflichtung der NATO hoffen.

Deutlich besser sähe die Lage aus, wenn so eine Truppe durch das mächtige Abschreckungspotential der USA geschützt wäre. Mit Blick auf den kräftezehrenden Machtkampf mit China ist Trump dazu aber nicht bereit. Die Europäer wären also gut beraten, diese Realität anzuerkennen.

Wählerwanderung Bundestagswahl 2025



Klare Botschaft: Die Wählerwanderungen zu und von den Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl **Graphik: PAZ/Eichler**

KOMMENTAR

Nichts begriffen

RENÉ NEHRING

Haben die Sozialdemokraten die Botschaft des 23. Februar 2023 nicht verstanden? Wer die Reaktionen führender Genossen auf die historische Schlappe bei der Bundestagswahl betrachtet, kann – ja: muss beinahe – zu dieser Erkenntnis kommen. So versprachen die Vorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil nach Verkündung des Wahlergebnisses nicht etwa, die Ursachen für das verheerende Abschneiden ihrer Partei ergründen und gegebenenfalls den Kurs der Partei ändern zu wollen. Vielmehr kündigten sie trotz an, ihren bisherigen Weg weiterzugehen (siehe hierzu auch Seite 3). Auch sonst bemühten sich führende Genossen in den vergangenen Tagen, den Eindruck zu vermitteln, als ginge es für ihre Partei bei den Koalitionsverhandlungen mit der Union vor allem darum, möglichst viele Punkte der Programmatik des künftigen Koalitionspartners verhindern zu müssen.

Wer sich – neben dem desaströsen Gesamtergebnis der SPD – manche Detailzahlen zur Bundestagswahl ansieht, kann über die Sturheit der Parteispitze nur den

Kopf schütteln. So verloren die Sozialdemokraten selbst in alten Hochburgen wie dem Ruhrgebiet bei den Zweitstimmen dramatisch und wurden dort mit 23,6 Prozent nur noch zweitstärkste Kraft hinter der CDU (26,2 Prozent). Zwar konnte die SPD bei den Erststimmen noch knapp einige Wahlkreise gewinnen, doch rückte

der Konkurrenten keine Zugewinne verzeichnen konnten. Müsste da nicht bei den Genossen die Forderung aufkommen, möglichst viel von den erfolgreichen Konkurrenten zu übernehmen, damit die verloren gegangenen Wähler alsbald wieder zur Sozialdemokratie zurückkehren? In jedem Fall können angesichts dieser Zahlen all jene, die am bisherigen Kurs der SPD festhalten wollen, wohl kaum für sich in Anspruch nehmen, im Interesse ihrer Partei zu handeln.

Einen neuen Realitätssinn beweisen könnten die Sozialdemokraten nun auch in Hamburg. Zwar gewannen sie hier bei der Bürgerschaftswahl am vergangenen Sonntag mit den Grünen noch immer eine komfortable Mehrheit, doch erlitten beide bislang regierenden Parteien zusammen 11,2 Prozentpunkte Verluste, während die CDU kräftig und die AfD geringfügig zulegen konnten. Offenkundig wünschen auch die Hamburger einen deutlich weniger linken Kurs ihrer Stadt als in den vergangenen Jahren. Mit einem Bündnis mit der Union könnten die Sozialdemokraten an der Elbe zeigen, dass sie innerhalb ihrer Partei als Erste die Botschaft der jüngsten Wahlen verstanden haben.

Man kann über die Sturheit der SPD-Parteispitze nur staunen

hier vor allem die AfD nahe an sie heran. In Gelsenkirchen verlor die rote Arbeiterpartei sogar gegen die blaue.

Aufschlussreich ist auch ein Blick auf die Wählerwanderungen. Dieser ergibt, dass die Sozialdemokraten deutschlandweit rund 1.760.000 Stimmen an die Union und etwa 720.000 Stimmen an die AfD verloren, während sie aus Richtung bei-

PORTRÄT

Eine Hauptrolle für die Nebenfigur

Wenn man bestimmte Wahlsieger nicht an der Macht sehen will, dann kann die Regierungsbildung immer komplizierter werden. Die Österreicher brauchten seit den Nationalratswahlen Ende September vergangenen Jahres drei Anläufe, um nach fünf Monaten eine neue Bundesregierung zu bilden. Und das alles nur, damit die Partei mit den meisten Wählerstimmen, die FPÖ, nicht den Regierungschef stellt.

Herausgekommen ist ein Dreierbündnis zwischen der konservativen ÖVP, den österreichischen Sozialdemokraten (SPÖ) und den liberalen NEOS. Angeführt wird die Koalition von dem ÖVP-Politiker **Christian Stocker**, den vor den Wahlen niemand auf dem Zettel hatte. Denn eigentlich war ÖVP-Chef Karl Nehammer angetreten, um Bundeskanzler zu werden. Nachdem eine erste Koalitionsverhandlung zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS scheiterte, schmiss Nehammer

sein Amt hin und sein Generalsekretär Stocker rückte Anfang Januar zum Parteibeamten der ÖVP auf. Plötzlich führte der Mann, der die FPÖ als unerwünscht im Parlament betrachtet hatte, Koalitionsgespräche mit eben jener von ihm bezeichneten „Gefahr für die Demokratie“. Die Gespräche, in der die ÖVP als Juniorpartner der FPÖ vorgesehen war, fanden wohl nur zum Schein statt. Sie scheiterten.

Den dritten Anlauf, jetzt wieder mit ÖVP, SPÖ und NEOS, brachte Stocker erfolgreich zum Abschluss. Vor allem auch deswegen, weil er gegenüber der SPÖ ein Stopp des Familiennachzugs von Migranten und ein Kopftuchverbot für Mädchen durchsetzen konnte. Eine Nachwuchshoffnung für Österreichs Politik ist Stocker nicht gerade. Erst als fast 60-Jähriger fand der Rechtsanwalt den Weg in den Nationalrat. Am 20. März feiert er seinen 65. Geburtstag. Zuvor war er auf lokaler Ebene der „ewige Zweite“. Bis zu seiner Ernennung als Bundeskanzler war er ein Vierteljahrhundert lang Vizebürgermeister seines Geburtsorts Wiener Neustadt.

Aus der Neben- ist eine Hauptfigur geworden. Fast so wie Olaf Scholz, der als – immerhin – Erster Bürgermeister Hamburgs auch eine Dreierkoalition anführte, ehe sie zerbrach. Sieht nach bösen Aussichten für Österreich aus. **Harald Tews**



Kanzler mit 64: Christian Stocker

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbemittel der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Kniefall vor der Reformation

Nürnberger Religionsgespräch – Vor 500 Jahren verbot der Rat katholische Messen. Zwei Ausstellungen widmen sich dem Thema

VON VEIT-MARIO THIEDE

Auf den 21. April 1525 ist der Beschluss des Rats datiert, katholische Messen im Herrschaftsgebiet von Nürnberg zu verbieten. Das dort im Staatsarchiv aufbewahrte Dokument weist Streichungen und an den Rand geschriebene Zusätze auf, die darauf hinweisen, dass um den Beschluss gerungen wurde, fortan ausschließlich die evangelisch-lutherische Lehre zuzulassen. Der Entscheidung vorausgegangen war das in sechs Sitzungen vom 3. bis 14. März im Großen Rathausaal geführte Religionsgespräch, zu dem der Rat die altgläubigen und lutherischen Theologen der Stadt eingeladen hatte.

Der Rat bestimmte, dass die Bibel allein Grundlage des Religionsgesprächs sein sollte. Das monierte Andreas Stoß, der Prior des Karmelitenklosters. Seine renitente Haltung trug Stoß als einzigem Teilnehmer des Religionsgesprächs die Ausweisung aus Nürnberg ein. Die vom Augustinerprior Wolfgang Volprecht und Andreas Osiander, dem Prediger der Lorenzkirche, angeführte lutherische Fraktion hatte auf die den Theologen vorgelegten zwölf Glaubensfragen nach dem Urteil des Rats die überzeugenderen Antworten.

Den Anstoß zu den Religionsitzungen gaben Glaubensstreitigkeiten der Bürger. Von der Anordnung, dass nur noch lutherische Predigten abgehalten werden durften, versprach sich der Rat neue Glaubenseinigkeit der Bewohner. Doch eigentlich war es unerhört, dass sich eine weltliche Herrschaft dazu aufschwang, über Glaubensfragen zu bestimmen. Aber Nürnbergs Beispiel machte Schule.

Auf einem „Reformationsspaziergang“ durch Nürnberg kann man Spuren des Religionsgesprächs und seiner Folgen entdecken. Das Augustinereremitenkloster war die Keimzelle der reformatorischen Bestrebungen. An seiner Stelle steht heute ein Parkhaus. Prior Volprecht hielt als



Vom Bildersturm der Reformation verschont geblieben: Der von Veit Stoß geschaffene Engelsgruß in der Kirche St. Lorenz

erster in Nürnberg bereits 1524 eine deutsche Messe. Kaum war das Religionsgespräch beendet, übergab er der Stadt gegen Versorgung das Kloster. Bis Juli schlossen sich die Karmeliter, die Benediktiner und die Kartäuser an. Die Dominikaner übergaben 1543 ihr Kloster, die Franziskaner taten das 1562. Der gesamte Klosterbesitz ging an den städtischen Almosenkasten.

Deutscher Orden blieb standhaft

Aber es gab auch langlebige Widerstandsnester. Der Deutsche Orden blieb mit seiner Jakobskirche katholisch. Sie weist wie die Sebaldkirche und die Lorenzkirche eine prachtvolle Ausstattung auf, deren beste Stücke überwiegend kurz vor der

Reformation geschaffen wurden. Paradebeispiele sind das in der Gusswerkstatt von Peter Vischer hergestellte Bronzegehäuse des Sebaldustrags und der am Stahlseil in der Lorenzkirche schwebende Engelsgruß. Geschaffen hat dieses einzigartige Werk der Holzsznitterei der Vater des Karmelitenpriors: Veit Stoß.

In Nürnberg blieb nach Einführung der Reformation der Bildersturm aus. Auf den Grund weisen die Stifterwappen der Kunstwerke hin. Sie sollten nach wie vor der Repräsentation der Patrizier dienen. Den Engelsgruß ließ der Rat nach Einführung der Reformation jedoch für Jahrhunderte verhüllen. Und manches Werk hat Wunden davongetragen, wie zum Beispiel in der Lorenzkirche der an den Fingern

verstümmelte heilige Laurentius zeigt. Ab Mai gibt es in der Lorenzkirche und der Sebaldkirche Führungen, die auf die Reformation Bezug nehmen.

Von den Klöstern ist nicht viel geblieben. Einige wurden schon vor langer Zeit auf Abriss verkauft, andere gingen mit großen Teilen der Altstadt im Zweiten Weltkrieg unter. Der historische Rathausaal ist ebenso eine Wiederaufbauleistung wie St. Jakob, St. Sebald, St. Lorenz und St. Klara. Die Katharinenkirche der Dominikanerinnen ist eine für Freilichtveranstaltungen genutzte Ruine.

Am meisten steht noch vom Kartäuserkloster, in dem seit 1853 das Germanische Nationalmuseum residiert. Es beherbergt in Kirche und Kreuzgang Werke aus

den aufgelassenen Klöstern. In einem jüngeren Gebäudeteil sind Gemälde aus der Dürerzeit ausgestellt, etwa ein erlesenes Bildnis Cranachs des Älteren von Luthers Schirmherr Kurfürst Friedrich dem Weisen. Es stammt aus dem Dominikanerkloster.

Die Dominikaner verfügten über eine hervorragende Bibliothek. Sie bildet den Grundstock der Stadtbibliothek. Daran erinnert ab 14. März die Sonderausstellung: „Aufgehoben! Die Bibliothek des 1543 erloschenen Dominikanerklosters“. Die Präsentation in der Stadtbibliothek Zentrum umfasst 16 erlesene Handschriften und Drucke. Das Stadtmuseum im Fembohaus zeigt anlässlich des Reformationsjubiläums ab 13. März die Sonderpräsentation: „Caritas Pirckheimer und die Folgen der Reformation“. Caritas war Äbtissin des Klaraklosters. Zu den Brief Freunden der gebildeten Schwester des Humanisten Willibald Pirckheimer gehörten Dürer und Erasmus von Rotterdam. Caritas forderte religiöse Toleranz und bestand wie Luther auf Gewissensfreiheit. Sie weigerte sich mit ihren 60 Nonnen, das Klosterleben aufzugeben.

Neben dem als Faksimile präsentierten Ratsbeschluss vom 21. April 1525 ist die originale Chronik von Caritas zu sehen, welche das Klarakloster betreffende Vorgänge der Jahre 1524 bis 1528 beschreibt. Sie schildert etwa, wie drei Mütter ihre Töchter gewaltsam aus dem Kloster holten.

In Melanchthon fand Caritas einen Fürsprecher, der den Rat bewegte, friedfertig mit den Nonnen umzugehen. Sie mussten sich nach der Zählung von Caritas 111 Predigten Osianders anhöhen und durften wie auch die Dominikanerinnen des Katharinenklosters keine Novizinnen aufnehmen. So bestand das Kloster noch bis zum Tod der letzten Klarisse 1594 fort.

● www.nuernberg.de/internet/nuernbergkultur/500_jahre_nuernberger_religionsgespraech.html

STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Insel der glückseligen Kunst

Berlin feiert fünf Jahre lang „200 Jahre Museumsinsel“ – Mit dem Alten Museum fing 1825 alles an

Mit den Schlössern und Parks im Westen Berlins, den sechs in der Stadt verteilten Siedlungen der Berliner Moderne und der Museumsinsel besitzt die Hauptstadt drei UNESCO-Welterbestätten. Letztere feiert ab diesem Jahr ihr 200-jähriges Bestehen. Mit Karl Friedrich Schinkels klassizistischem Alten Museum entstand von 1825 bis 1830 das erste Ausstellungsgebäude auf der Berliner Spreeinsel, dem bis zur Kaiserzeit noch vier weitere folgten. Zählt man noch den heute auch für Ausstellungszwecke genutzten Berliner Dom, die 2018 eröffnete James-Simon-Galerie und das Humboldtforum im wieder errichteten Schloss hinzu, befinden sich auf engstem Raum acht Ausstellungshäuser.

Anlässlich des Jahrestags der Grundsteinlegung des Alten Museums feiert die Stiftung Preussischer Kulturbesitz fünf Jahre lang diesen einzigartigen Ort der Weltkultur mit einer ganzen Reihe an Veranstaltungen. Ende Mai gibt es ein Auftaktwochenende rund um den UNESCO-Welterbetag am 1. Juni. Unter dem Motto „Vermitteln, verbinden, begeistern“ wird

es ein Freiluft-Festival, aber auch zahlreiche Angebote in den Häusern der Museumsinsel geben. Mit der Sonderausstellung „Grundstein Antike. Berlins erstes Museum“, die vom 9. Juli an zu sehen sein wird, erinnert die Antikensammlung an ihre Ursprünge des Alten Museums. Nach



„Bug“ der Museumsinsel: Bode-Museum

seiner Eröffnung 1830 präsentierte das Haus nicht nur Antiken, sondern auch die Gemälde der königlichen Sammlungen. In den Folgejahren entwickelte sich das Alte Museum zu einer Institution der archäologischen Grundlagenforschung.

2026 feiert man 150 Jahre Alte Nationalgalerie. Das 1876 am Geburtstag Kaiser Wilhelms I. eröffnete Haus beherbergt Meisterwerke der Romantik, des Realismus und des Impressionismus, darunter Adolph Menzels „Eisenwalzwerk“ und Johann Gottfried Schadows „Prinzessinnengruppe“. 2026 gesellt sich in dem Haus die große Ausstellung „Dschingis Khan und die Welt der Mongolen“ hinzu.

Das eigentliche Herzstück der Museumsinsel, das Pergamonmuseum, liegt gerade auf dem OP-Tisch. Bis 2032 ist das Haus mit dem berühmten Pergamonaltar wegen einer Grundsanierung geschlossen (die PAZ berichtete). Im Frühjahr 2027 ist wenigstens die Wiedereröffnung des Nordteils des Museums mit dem Pergamonaltar und der Neupräsentation des Museums für Islamische Kunst mit ver-

doppelter Ausstellungsfläche geplant. Die Besucher erleben die „Insel“ dann auch völlig neu, wenn der Eingang zum Pergamonmuseum durch die arkadischen Kolonnaden am Spreeufer führen soll.

Im Jahr 2028 steht das Neue Museum im Mittelpunkt, dessen Baubeginn dann vor 185 Jahren erfolgte. Nach den Zerstörungen im Weltkrieg stand es lange Zeit vernachlässigt als Ruine auf der Insel, ehe die Wiedergeburt des Hauses im Jahr 2003 begann. Heute ist dort mit der Nofretete-Büste Berlins „Mona Lisa“ beheimatet. 2029 ist das Jahr des Bode-Museums, das dann vor 125 Jahren als Kaiser-Friedrich-Museum eröffnet wurde, ehe es umbenannt wurde. Das an der Nordspitze der Insel gelegene Haus beherbergt die Skulpturensammlung sowie das Museum für Byzantinische Kunst und ist Stammhaus des bedeutenden Berliner Münzkabinetts. Im Jahr 2030 steht das große Finale an, wenn die gesamte Museumsinsel zur Feierzone werden soll. H. Tews

● Alle Termine unter: www.mizoo.de

● MELDUNGEN

Polaroids von Helmut Newton

Berlin – Am 7. März öffnet im Berliner Museum für Fotografie in der Jebensstraße 2 die bis zum 27. Juli laufende Ausstellung „Polaroids“ mit Werken von Helmut Newton und anderen. Einige Polaroids hat der Berliner Modelfotograf signiert, und sie werden mittlerweile für hohe Summen auf dem Kunstmarkt gehandelt. tws

Mode aus Paris in Berlin

Berlin – Noch bis zum 14. Dezember präsentiert das Kunstgewerbemuseum am Berliner Johanna-und-Eduard-Arnhold-Platz (früher Matthäikirchplatz) „Mode aus Paris“. Im Zentrum steht eine Auswahl der 82 Kleidungsstücke, welche die Kunstsammlerin und Textilunternehmerin Erika Hoffmann dem Kunstgewerbemuseum als Schenkung überlassen hat. tws

SUN YAT-SEN

Der Gründer des modernen China

Auf den vor 100 Jahren gestorbenen Revolutionär und Staatsmann berufen sich sowohl Rotchina als auch Nationalchina

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor 100 Jahren, am 12. März 1925, starb der erste Präsident der Republik China Sun Yat-sen im Alter von 58 Jahren an Leberkrebs. Damit endete der bemerkenswerte Lebensweg eines Mannes, der vom Sohn eines Kulis zum Arzt, Revolutionär und Politiker aufstieg und sich das Ziel gesetzt hatte, die mehr als zweitausendjährige Geschichte des chinesischen Kaiserreichs zu beenden, um eine Volksherrschaft zu errichten. Wegen des Letzteren musste er 16 Jahre im Exil verbringen. Dort gründete er 1905 den Tongmenghui-Bund, aus dem später die nationalistische Nationale Volkspartei Chinas (Kuomintang, KMT) hervorging. Im Zuge der Xinhai-Revolution vom 10. Oktober 1911 bis zum 12. Februar des Folgejahres wurde Sun Yat-sen auf einer Konferenz von Provinzrepräsentanten in Nanking/Nanjing zum provisorischen Präsidenten der von ihm am 1. Januar 1912 proklamierten Republik China gekürt, weil er ein Kompromisskandidat war, der die Zustimmung der Revolutionäre wie auch konservativer Kräfte fand.

Nach einem verlorenen Machtkampf mit Yuan Shikai, dem mit der Beiyang-Armee das Militär Nordchinas unterstand, ging Sun erneut ins Exil. Aus diesem kehrte er 1917, ein Jahr nach dem Tod von Yuan Shikai, zurück. 1921 wurde er Präsident der selbstproklamierten Nationalregierung in Kanton. In dieser Eigenschaft versuchte Sun bis zuletzt, das durch Bürgerkriege zerrissene China zu einen.

Erster Präsident der Republik China

Dieser Versuch war vergebens. Dennoch spielen die politischen Ideen des Revolutionärs und Staatsmannes eine zentrale Rolle im heutigen China, und das in beiden Teilen des Landes. Sun Yat-sen hat das Alleinstellungsmerkmal, dass er der



Sun Yat-sen wird auf dem Festland wie auf der Insel geehrt: Statue des Chinesen im Vorraum seines Mausoleums in Nanking/Nanjing

Foto: Grenzlandstern

einzige chinesische Politiker ist, der sowohl in Nationalchina (Taiwan) wie in Rotchina großes Ansehen genießt. Das ist möglich, weil er vor der chinesischen Teilung starb, und zeugt von der außerordentlichen Integrationskraft seiner Person. Beide chinesischen Teilstaaten berufen sich noch heute auf die politischen Leitlinien Suns, die „Drei Prinzipien des Volkes“, die er im Jahr 1905 erstmals vorstellte und acht Jahre später 1923 präziserte. Allerdings interpretieren Peking und Taipeh diese teilweise unterschiedlich.

Suns Prinzip Nummer 1 war das der Volksgemeinschaft. China solle ein souveräner Nationalstaat und vollwertiges Mitglied der internationalen Gemeinschaft

werden. Dazu müsse es die Kolonialmächte in die Schranken weisen und die mit diesen geschlossenen ungleichen Verträge aufkündigen. Um das zu erreichen, bedürfe es der nationalen Einheit, die nur zu verwirklichen sei, wenn sämtliche Volksstämme Chinas, das heißt die Han-Chinesen, Mongolen, Tibeter, Uiguren und Mandschuren, eine feste Volksgemeinschaft auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Kultur und Geschichte bildeten. Peking beruft sich heute auf dieses Prinzip, um seine Ansprüche gegenüber Taiwan geltend zu machen und die Annexion Tibets sowie die Unterdrückung der Uiguren in Nordwestchina zu legitimieren.

Als Prinzip Nummer 2 bezeichnete Sun das Prinzip der Volksrechte. Eine

konstitutionelle Monarchie nach westlichem Vorbild schied für ihn aus. Vielmehr wollte er das Volk zum einzigen Souverän machen. Nur am Bestand des Beamtenapparates wagte auch Sun nicht zu rütteln. Konkret listete er vier Volksrechte auf, welche die Basis der Demokratie innerhalb der chinesischen Republik bilden sollten: das Recht, Beamte zu wählen, das Recht, diese abzuberufen, das Recht, Gesetze vorzuschlagen, und das Recht, über Gesetze abzustimmen. Darüber hinaus plädierte Sun für die Einführung einer Fünf-Gewalten-Verfassung, die den aus dem Westen bekannten drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative noch eine prüfende und eine kontrollierende Gewalt hinzufügte. In

Taiwan sind diese Vorstellungen von Sun Yat-sen in die Verfassungsartikel 53, 62, 77, 83 und 90 eingeflossen, während in der Volksrepublik China die Gewaltenteilung durch die alles dominierende Stellung der Kommunistischen Partei faktisch außer Kraft gesetzt ist. Gleichzeitig existiert neben dem Nationalen Volkskongress, der als Scheinparlament fungiert, sowie der Exekutive und Judikative eine vierte andersartige verfassungsmäßige Gewalt, nämlich die Zentrale Militärkommission.

Drei Prinzipien des Volkes

Und dann wäre da als Drittes noch Suns Prinzip der Volkswohlfahrt, das in beiden chinesischen Staaten gleichermaßen Geltung besitzt: Die Hauptaufgabe des Staates bestehe in der Befriedigung der vier großen Lebensbedürfnisse aller Bürger, das heißt der Ernährung, der Bekleidung, dem Wohnen und der individuellen Mobilität.

Darüber hinaus propagierte der Gründer des modernen China und einer der wenigen wahren Demokraten in der bisherigen Geschichte des Reiches der Mitte kurz vor seinem Tode auch die Idee des „Asienismus“. Diese besagt, dass es einen „königlichen Weg“ des Ostens und einen „hegemonialen Weg“ des Westens gebe. Letzterer habe den Kolonialismus hervorgebracht und sei daher strikt abzulehnen. In diesem Punkt sollten sich alle Völker Asiens einig sein. Wenn Peking also heute den Westen kritisiert und stetig von einem „Sozialismus chinesischer Prägung“ spricht sowie auch sonst allerlei „Sonderwege“ für sich reklamiert, so ist das eine Berufung auf Sun Yat-sens „königlichen Weg“. Dass der Republikgründer diesen 1924 nicht näher beschrieben hat, bietet den heutigen Herrschern Chinas weitgehende Interpretationsfreiheit seiner Worte und vielfältige Möglichkeiten, ihn für sich zu vereinnahmen.

KÖNIGSFRAGE

Das Volk wollte ihn mehrheitlich, aber genützt hat es ihm wenig

Vor 75 Jahren votierten 57,86 Prozent der Belgier dafür, „dass König Leopold III. seine verfassungsgemäßen Ämter wieder ausübt“

Vor 75 Jahren wurden die Belgier zu den Urnen gerufen. Sie sollten entscheiden, ob ihr König aus dem Exil zurückkommen und auf seinen Thron zurückkehren sollte. Die Frage spaltete die Nation (– sofern man bei den Belgiern überhaupt von einer Nation reden kann). In die Kritik geraten war Leopold III. wegen seiner Haltung im Zweiten Weltkrieg.

Wie die Niederlande hatte auch Belgien den Streitkräften des großen Nachbarn im Osten kaum etwas entgegenzusetzen, als diese 1940 ihren Westfeldzug begannen. Schon bald stand Belgiens Staatsführung vor der Frage, ob sie wie die Königin der Niederlande und die Großherzogin Luxemburgs ins britische Exil gehen sollte. Für eine Flucht ins Exil sprach die Aussicht, sich so die Handlungsfreiheit bewahren zu können. Für ein Verbleiben im Lande sprach das Gebot, dass ein Monarch sein Volk nicht allein lassen und dessen Schicksal teilen sollte. Jedenfalls entzweiten sich darüber Belgiens Regierung und König. Die Regierung ging ins Exil, und der König blieb.

Und beide stellten sich auf den Standpunkt, den jeweils anderen vertreten zu können beziehungsweise müssen. Der

König argumentierte, dass die Regierung nach ihrer Flucht ins Exil nach London am 25. Mai handlungsunfähig sei, und kapitulierte am 28. Mai 1940. Am selben Tag erklärte die Regierung den König für „in seiner Amtsausübung verhindert“ und übernahm nun ihrerseits vom Londoner Exil aus provisorisch in corpore die Amtsbefugnisse des Monarchen.

Leopold betrachtete sich nun als „Kriegsgefangener“ der Deutschen und versuchte alles zu vermeiden, was ihm als Kollaboration ausgelegt werden konnte. Von seinen Gegnern wurde ihm denn auch weniger vorgeworfen, mit den Besatzern zusammengearbeitet zu haben, als vielmehr, nicht genügend gegen sie getan zu haben. Nicht zuletzt übel genommen wurde ihm, dass er während seiner selbsterklärten Kriegsgefangenschaft und noch in der Trauer um seine beliebte erste, aus Schweden stammende Ehefrau Astrid, die 1935 bei einem von ihm selbst verschuldeten Verkehrsunfall ums Leben gekommen war, die unbeliebte Flämin Mary Lilian Baels heiratete, die nicht nur bürgerlich war, sondern auch als NS-freundlich galt.

Nach der Landung der Alliierten in Frankreich brachten die Deutschen Leo-

pold erst nach Sachsen und dann nach Salzburg. Dort wurde er bei Kriegsende von den vorrückenden US-Amerikanern befreit.

Das belgische Parlament verweigerte Leopold jedoch die Rückkehr. Es erklärte ihn für regierungsunfähig und bestimmte seinen jüngeren Bruder Karl zum Regenten. Die linken Parteien setzten durch, dass das Ende der Regierungsunfähigkeit einen entsprechenden Beschluss beider

Parlamentskammern in einer außerordentlichen Sitzung voraussetzte.

Leopold-freundlich waren nur die Christdemokraten. Sie setzten in einer Regierung mit den Liberalen durch, dass das Volk befragt wurde. Am 12. März 1950 sprach sich eine Mehrheit von 57,86 Prozent der Stimmberechtigten dafür aus, „dass König Leopold III. seine verfassungsgemäßen Ämter wieder ausübt“. 42,32 Prozent waren dagegen.

In der sogenannten Königsfrage ging ein Riss durch Belgien, an dem der Staat zu zerbrechen drohte. Die Leopoldisten fanden sich vor allem in Flandern, unter den Katholiken und in den großen Industriezentren, die Antileopoldisten eher in der französischsprachigen Wallonie, unter Linken und auf dem Land.

Über der Königsfrage zerbrach auch die christlich-liberale Regierung, da die Liberalen sich weigerten, der Einberufung der für die Umsetzung des Volksentscheids notwendigen Parlamentssitzung zuzustimmen. In dieser verfahrenen Situation löste der Prinzregent Karl das Parlament auf.

Entsprechend dem Ausgang des Volksentscheides errangen die Leopold-freundlichen Christdemokraten bei den

Neuwahlen am 4. Juni 1950 in beiden Kammern die absolute Mehrheit. Der Christdemokrat Jean Duvieusart bildete eine neue Regierung, und am 20. Juni 1950 erklärte das Parlament die „Regierungsunfähigkeit“ Leopolds III. für beendet. Im darauffolgenden Monat kehrte der König aus seinem Schweizer Exil auf den belgischen Thron zurück.

Die Verlierer waren jedoch insbesondere in der Wallonie nicht bereit, das anzuerkennen. Es kam zu Streiks, Bombenattentaten auf Eisenbahnstrecken und Demonstrationen. Insbesondere Linke drohten mit der Loslösung der Wallonie.

Angesichts dieses Drucks von der Straße forderte die Regierung den König auf, zugunsten seines 1930 geborenen ältesten Sohnes Baudouin zu verzichten. Nachdem Leopold nicht einmal mehr die regierenden Christdemokraten geschlossen hinter sich wusste, knickte er ein, verlangte jedoch die Volljährigkeit seines Sohnes abzuwarten. Am 16. Juli 1951 dankte Leopold III. ab. Am darauffolgenden Tag wurde Baudouin mit 20 Lebensjahren sein Nachfolger. Diesem folgten 1993 Leopolds zweiter Sohn Albert und 2003 dessen ältester Sohn Philippe, der siebte König der Belgier. Manuel Ruoff



König Leopold III. im Jahre 1939

VON BJÖRN SCHUMACHER

In der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt, fand in Tokio von Mai 1946 bis November 1948 ein Tribunal nach dem Muster des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses statt. Teils zu langen Haftstrafen, teils zum Tode wurden Politiker, hohe Staatsbeamte und militärische Befehlshaber des japanischen Kaiserreichs verurteilt. Gegenstand waren Kriegsverbrechen und das Führen eines gegen den Briand-Kellogg-Pakt vom August 1928 verstoßenden Angriffskriegs. Anders als in Nürnberg beruhte das Verfahren auf keiner internationalen Charta. Die USA schufen und exekutierten „Völkerrecht“ in eigener Machtvollkommenheit.

Alles begann mit dem Überraschungsangriff der Kaiserlich Japanischen Marinefliegerkräfte auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf der zu Hawaii gehörenden Insel O'ahu am 7. Dezember 1941, bei dem 2403 US-Bürger, überwiegend Marineangehörige, starben. Die USA erklärten Japan den Krieg. Das mit Japan verbündete Deutsche Reich antwortete mit einer Kriegserklärung an die USA.

Auffällig war die militärische Asymmetrie des Pazifikkonflikts. Dem Vormarsch der japanischen Armeen in China und Indochina stand eine gravierende Unterlegenheit im See- und Luftkrieg gegenüber. Vor allem die Kriegs- und Handelsflotte der Japaner versagte. Auch waren ihre Jagdflugzeuge veraltet oder verschlissen und wurden zudem von schlecht ausgebildeten Piloten bedient. Als auch der Einsatz von Flugabwehrkanonen und insuffizienten Radarsystemen nicht weiterhalf, stellten sie 1944 die berühmte Sondereinheit Shimpū Tokkōtai (Kamikazeflieger) ihrer Kaiserlichen Marinefliegerkräfte auf, die aber nur Nadelstiche gegen einzelne US-Schiffe setzen konnte und keine Wende herbeiführte.

Luftherrschaft der USA

Konsequenz: Bomber der United States Army Air Forces (USAAF), der Vorgängerin der heutigen United States Air Force (USAF), konnten von den 1944 eroberten Marianen-Inseln fast ungehindert zu den japanischen Hauptinseln vordringen. Nachdem ein „Testangriff“ auf die Großstadt Kōbe im Februar 1945 Tausende Zivilisten liquidiert hatte, schickte das US-Bomberkommando seine apokalyptischen Reiter nach Tokio. Am späten Abend des 9. März 1945 wurde die japanische Hauptstadt zum Ziel eines verheerenden Luftschlags. 346 leistungsstarke Bomber vom Typ B-29 mit einer Reichweite von 5200 Kilometern warfen an 1500 bis 2500 Höhenmetern 1665 Tonnen Napalm- und Phosphorbomben ab.

Der zweistündige Angriff vernichtete 41 Quadratkilometer eng bebauter Stadtfläche. Einzelbrände vereinigten sich zu einem Großfeuer, das in einen alles verschlingenden Feuersturm mündete. Als bald wurden 84.000 Tote gemeldet. Heutige Schätzungen gehen von einer fast doppelt so hohen Todesopferzahl aus. Über eine Million Bewohner Tokios wurden obdachlos. Tokio gehört „zu den Chiffren des Äußersten, was Waffengewalt der Zivilisation zufügte“, wie es der deutsche Publizist und Verfasser von Sachbüchern über historische Themen Jörg Friedrich formuliert hat.

Vorausgegangen war ein Strategiewechsel der USAAF. Anders als Vorgänger Brigadegeneral Haywood Hansell war der neue Kommandeur des XXI Bomber Command der Twentieth Air Force, Brigadegeneral Curtis LeMay, ein Bewunderer jenes Arthur Harris, der als Oberbefehlshaber des britischen Bomber Command deutsche Städte mit vernichtenden Flächenangriffen überzog. Vom britischen Premier Winston Churchill übernahm LeMay die Doktrin der „Tausendbomberangriffe“. Seine strategische Präferenz begründete er mit der durchwachsenen Erfolgsquote von Präzisionsschlägen gegen militärische Ziele Japans.



Tokio am 10. März: Niedergebrannte Wohnviertel

Bild: Wikimedia

LUFTKRIEG

Der schwerste konventionelle Bombenangriff aller Zeiten

Die United States Army Air Forces griffen am 9. März 1945 zwei Stunden lang Tokio an. Alsbald wurden 84.000 Tote gemeldet. Heutige Schätzungen gehen von einer fast doppelt so hohen Todesopferzahl aus

Eine wichtige Rolle dürfte auch die Entflammbarkeit Tokios gespielt haben. Die meisten Gebäude wiesen einen hohen Anteil an Holz und anderen brennbaren Materialien auf. Sechsmal wurde die Stadt von Mitte Februar bis Ende Mai 1945 von der USAAF brutal attackiert. 150 Quadratkilometer des Stadtgebiets lagen in Trümmern. Das geht noch weit über die Totalerschadensflächen schwer getroffener deutscher Städte wie Berlin und Hamburg mit je 25 Quadratkilometern hinaus.

Umstritten ist die Frage, ob der Bombenangriff auf Tokio und spätere Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki die Durchhaltemorale beschädigt und zur Kapitulation des japanischen Kaiserreichs beigetragen haben. Während einige Historiker wie F. J. Bradley das behaupten, sah Winston Churchill den maßgebenden Unterschied in der Überlegenheit der US-Marine: „Die Niederlage Japans war als Folge der überwältigenden maritimen Macht seiner Gegner schon vor dem Abwurf der ersten dieser Bomben eine Gewissheit.“

Militärhistoriker Tsuyoshi Hasegawa differenziert: „Die japanischen Führer wussten, dass Japan den Krieg verlieren würde. Aber Niederlage und Kapitulation sind nicht das Gleiche. Die Kapitulation ist ein politischer Akt. Ohne den Zwillingschok der Atombomben und des sowjetischen Kriegseintritts gegen das Inselreich hätten die Japaner im August 1945 niemals die Kapitulation akzeptiert.“

Strategiewechsel zum Area Bombing
Der amerikanische Strategiewechsel zum Terrorluftkrieg, der beispielsweise auch

am 8. April das deutsche Halberstadt mit 3000 Toten traf, löste unter den US-Militärs leidenschaftliche Kontroversen aus. Empört rügte Brigadegeneral George McDonald, Chef des Nachrichtendienstes der Luftstreitkräfte, seine Kommandozentrale: „Diese Weisung versetzt die USAAF eindeutig ins Geschäft der Flächenbombardierung von Städten, die mit Zivilisten überfüllt sind. Fünf Jahre wahlloser Bombardierung durch die Briten in Deutschland haben bis jetzt keine entscheidende Wirkung erzielt.“

Markanter Kritiker dieses Zivilisationsbruchs ist auch US-Philosoph und Kant-Bewunderer John Rawls (1921–2002), der als Infanterist im Pazifikkrieg diente und auf seine geplante Offizierskarriere wegen der Strategie des Area Bombing verzichtete. Er warf US-Präsident Harry S. Truman vor, japanische Signale zu einem Verhandlungsfrieden missachtet zu haben, um den vom Tennō um Vermittlung gebetenen sowjetischen Partei- und Regierungschef Josef Stalin aus dem pazifischen Raum herauszuhalten: Daher „waren sowohl der Abwurf von Brandbomben über Tokio und andere japanische Städte im Frühling 1945 als auch der Abwurf von Atombomben über Hiroshima und Nagasaki, allesamt primär Angriffe auf die Zivilbevölkerung, sehr schwere Vergehen, und so werden sie heute auch weithin gesehen“, so Rawls 1999.

Indirekt gab Curtis LeMay seinen Kritikern nach 1945 recht. Er vermutete, man hätte ihn im Falle eines japanischen Siegs vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt. Genau dort hätte LeMay hingehört.

US-Soldaten



Haywood Hansell war vom August 1944 bis Januar 1945 Kommandeur des XXI Bomber Command der Twentieth Air Force und favorisierte Präzisionsangriffe.



Curtis LeMay war der Nachfolger von Hansell, brachte es bis zum Chief of Staff of the Air Force und warb für eine Eskalation in der Kubakrise und im Vietnamkrieg.



John Rawls besuchte Hiroshima nach dem Atombombenabwurf. Anschließend verließ der spätere Harvard-Professor die Army mit dem niedrigsten Dienstgrad.

REICHSPRÄSIDENT

Zwischen Ebert und Hindenburg

Anders als in einer Monarchie, in welcher der Monarch gemeinhin mit seinem Tode abtritt, stirbt in einer Republik – zumal in einer demokratischen, in der Macht und politische Ämter nur auf Zeit vergeben werden – das Staatsoberhaupt in der Regel nicht im Amt. Trotzdem kann dies vorkommen. Der vergangene Woche auf dieser Seite thematisierte Tod des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, Friedrich Ebert, ist hierfür ein Beispiel. Es stellt sich dann die Frage, wer bis zu der Bestimmung eines Nachfolgers die Geschäfte wahrnimmt. Im Grundgesetz ist das klar geregelt. Artikel 57 lautet: „Die Befugnisse des Bundespräsidenten werden im Falle seiner Verhinderung oder bei vorzeitiger Erledigung des Amtes durch den Präsidenten des Bundesrates wahrgenommen.“

Das ist bemerkenswert. Der Bundestag ist anders als der Reichstag im deutschen Kaiserreich bedeutender als der Bundesrat. Von daher sollte man meinen, dass es dem Bundestagspräsidenten zukäme, die Befugnisse des Bundespräsidenten im Falle seiner Verhinderung oder bei vorzeitiger Erledigung des Amtes wahrzunehmen. Das dem nicht so ist, zeugt von dem bundesstaatlichen Charakter der Bundesrepublik.

Nicht erst das Dritte Reich, sondern auch schon die vorangegangene Weimarer Republik war zentralistischer aufgebaut. Hier hatte die Länderkammer noch nicht einmal einen Präsidenten, sondern nur einen Vorsitzenden. Von dem hieß es in Artikel 65 der Weimarer Verfassung: „Den Vorsitz im Reichsrat und in seinen Ausschüssen führt ein Mitglied der Reichsregierung.“ Der Reichskanzler selbst oder ein der Kabinettsdisziplin und den vom Kanzler bestimmten politischen Richtlinien unterworfen einfacher Minister wäre als Vertretung des „Ersatzkaisers“ mit dem Ideal der Gewaltenteilung kaum vereinbar gewesen, zumindest nicht längerfristig.

Dem trägt auch die Weimarer Verfassung Rechnung. So besagt der erste Satz des Artikels 51, dass der Reichspräsident im Falle seiner Verhinderung nur „zunächst“ durch den Reichskanzler vertreten werde.

Die längerfristige Regelung einer Vertretung überließ die Verfassung der Volksvertretung. So lautet der zweite und letzte Satz des besagten Artikels 51: „Dauert die Verhinderung voraussichtlich längere Zeit, so ist die Vertretung durch ein Reichsgesetz zu regeln.“

Angesichts des Todes des Reichspräsidenten Ebert war mit einer längeren Dauer der Verhinderung zu rechnen. Und so hatte die Legislative durch ein Reichsgesetz die Vertretung zu regeln. Der Reichstag tat das mit dem Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten vom 10. März 1925, das auch die Zustimmung des Reichsrats fand. Dessen entscheidender erster Paragraph lautet: „Zum Stellvertreter des am 28. Februar 1925 verstorbenen Reichspräsidenten wird der Präsident des Reichsgerichts bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten bestimmt.“ Unterzeichnet war das Gesetz verfassungsgemäß vom Reichskanzler in Vertretung des Reichspräsidenten und dessen Innenminister. Das Gesetz trat mit dem auf die Verkündigung folgenden Tage in Kraft. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bald nach Beginn der Corona-Impfkampagne im Dezember 2020 wurde der Verdacht laut, dass es bestimmte Impfstoffchargen gebe, welche besonders häufig zu schweren Nebenwirkungen oder gar Todesfällen führten. Dies galt aber zunächst als „Verschwörungstheorie“, bis ein Whistleblower aus dem neuseeländischen Gesundheitsministerium im November 2023 erstmals entsprechende Beweise publizierte. Und seit dem 28. November 2024 ist nun auch ein Datensatz des für die Zulassung und Chargenfreigabe von Impfstoffen zuständigen Paul-Ehrlich-Institutes (PEI) öffentlich zugänglich, welcher Auskunft über die Verhältnisse in der Bundesrepublik gibt.

In der Tabelle sind knapp 975.000 Nebenwirkungen bei rund 350.000 Personen aufgelistet, die im Zeitraum vom 27. Dezember 2020 bis zum 31. Dezember 2023 gemeldet wurden. Da die Anzeigen spontan und somit nicht flächendeckend erfolgten, dürften hier längst nicht alle Fälle von Nebenwirkungen erfasst sein. Allerdings ist die Aufstellung des PEI auch so schockierend genug. Denn sie wimmelt geradezu von Diagnosen wie Herzmuskelentzündung, Herzinfarkt, Hirnblutung, Hirninfarkt, Schlaganfall, Lungenödem, Nekrose, Leber- oder Nierenversagen, Sepsis, Augeninfarkt mit Erblindung und anderen schweren Befunden.

Letztlich verursachten die vom PEI registrierten Nebenwirkungen der Corona-Vakzine rund zwanzigmal mehr Schäden als alle anderen zuvor in Deutschland verabreichten Impfstoffe. Dazu kommen unzählige COVID-19-Erkrankungen, die parallel auch auf eine mangelnde Wirksamkeit der Vakzine hindeuten. Außerdem finden sich sehr häufig Eintragungen über schwere Angstzustände, die zeigen, in welchem Ausmaß die Impfungen im Nachhinein mit ihrer Impfscheidung haderten.

Tausende Verdachtsmeldungen

Am erschreckendsten sind allerdings die insgesamt 1604 Nebenwirkungsmeldungen mit der Angabe „Tod“, „Plötzlicher Tod“ oder „Herztod“. Diese tauchen ihrerseits zehnmals häufiger auf als bei sonstigen Impfstoffen. Gleichzeitig ist die Zuordnung zu den einzelnen Chargen aber vielfach unmöglich, weil die Rohdaten seitens des PEI auf erstaunlich unprofessionelle Weise präsentiert werden oder die Meldungen unvollständig waren.

So liegen zahlreiche Einträge zu Todesfällen nach der Corona-Impfung vor, die nur ganz allgemein auf einen „Corona-Impfstoff“ verweisen. Oder der Name des Impfstoffs wird zwar genannt, doch die jeweilige Chargennummer fehlt. Dennoch kristallisiert sich heraus, dass alle eingesetzten Vakzine angefangen mit Comirnaty von BioNTech/Pfizer über Spikevax von Moderna und Jcovden von Johnson &



Streitpunkt Impfungen: Corona-Vakzine standen von Beginn an im Fokus der Kritik

Bild: imago/YAY Images

CORONA-MASSNAHMEN I

Die Diskussion über besonders riskante Vakzine reißt nicht ab

Einzelne Chargen bestimmter Impfstoffe treffen allem Anschein nach mit auffällig vielen Gesundheitsschäden zusammen. Im Mittelpunkt steht eine Studie des Paul-Ehrlich-Instituts

Johnson bis hin zu Vaxzevria von AstraZeneca mit Todesfällen nach der Impfung in Verbindung standen, wobei diese zumeist in den ersten 20 Wochen nach der „Immunisierung“ der Betroffenen auftraten.

In etlichen Fällen ist die Chargennummer indes auch bekannt. Dabei fällt auf, dass Chargen in Umlauf waren, nach deren Verimpfung nur ganz vereinzelt Menschen starben. Das gilt unter anderem für Comirnaty FC1436, Spikevax SCWF3, Jcovden XE 389 und Vaxzevria ABV9317. Im Gegensatz dazu stehen die sogenannten „Todeschargen“. Eine davon ist Comirnaty EX8679. Dieses Vakzin aus dem Hause Pfizer/BioNTech sorgte für nicht weniger als 10.579 Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit Todesfällen oder heftigen Symptomen.

Ebenfalls extrem häufig erscheint in dem PEI-Datensatz das Produktionslos EMO477. Dazu kommen weitere solcher Fertigungseinheiten wie Comirnaty EJ6796, EJ6797, EK9788, EL1491, EP2163, ER7812, ET3045, EW8904, EX3599,

1F1021A und FE6975 sowie Vaxzevria ABW4330 und ABV4678.

Die Häufung der tödlichen Komplikationen bei bestimmten Chargen muss den Mitarbeitern des PEI aufgefallen sein. Beispielsweise wurde Comirnaty EMO477 in einer Gruppe von relativ dicht aufeinanderfolgenden Meldungen mehr als 30 Mal im Zusammenhang mit einem Sterbefall genannt. Grundsätzlich weist das PEI jedoch ausdrücklich darauf hin, dass ein direkter Zusammenhang zwischen bestimmten Chargen und Nebenwirkungen wissenschaftlich nicht verifiziert sei.

Die Frage nach dem Warum

Dennoch werfen gewisse Häufungen die Frage auf, wieso das für die Zulassung und Chargenfreigabe zuständige PEI hier nicht aktiv wurde und Untersuchungen veranlasste. Immerhin gab es ja im Kontrast dazu auch massenhaft Chargen der verschiedenen Corona-Impfstoffe, zu denen keine einzige Meldung über ernsthaft

te Nebenwirkungen oder gar Todesfälle abgegeben wurde. Letztlich entfiel die Hälfte aller registrierten Impfkomplicationen auf weniger als fünf Prozent der Produktionslose. Insofern schien der Verdacht berechtigt, dass mit EMO477 und verschiedenen anderen Chargen etwas im Argen lag.

Warum besonders riskante Impfstoffzubereitungen existierten, ist nicht vollständig geklärt. Allerdings deuten die Indizien unter anderem auf Unregelmäßigkeiten bei der Fertigung der Vakzine hin. So berichteten die israelischen Forscher Joshua Guetzkow und Retsef Levi von der Hebräischen Universität Jerusalem im „British Medical Journal“ über das Ergebnis ihrer Recherchen anhand freigelegter Dokumente von Pfizer. Es habe einen „Prozess 1“ zur Fertigung derjenigen Chargen gegeben, welche dann auch für das Zulassungsverfahren von Comirnaty benutzt worden seien. „Um jedoch die Produktion für die großflächige Verteilung des Impfstoffs nach

dessen Autorisierung zu steigern, wurde eine neue Methode namens „Prozess 2“ entwickelt. Zu den Unterschieden gehörten Änderungen an der DNA-Vorlage zur Umwandlung der RNA, der Reinigungsphase und des Herstellungsprozesses der Lipid-Nanopartikel.“

Mit anderen Worten: Die im Zulassungsverfahren geprüften Chargen waren reiner und wohl auch wirksamer, aber möglicherweise zu teuer. Deshalb erfolgte vielleicht der Umstieg auf eine kostengünstigere Produktionsweise, die jedoch – so beispielsweise die Einschätzung der Zellbiologin Vanessa Schmidt-Krüger vom Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin – vielfach zur Kontamination mit Bakterien-DNA führte.

Die Einzellöse der Vakzine, welche besonders heftig kritisiert werden, schwanden jeweils immer auf Initiative der Hersteller vom Markt, wobei Hinweise darauf vorliegen, dass die Pharmafirmen anfangs oft nur kleine Mengen zu Testzwecken in Umlauf gebracht hatten.

CORONA-MASSNAHMEN II

Ärzterschaft gespalten über Aufarbeitung

Einzelne Verbände fordern strenge Untersuchung – Doch die Mehrheit hält nichts davon

Für den Mehraufwand bei der Meldung von Schäden oder gar Todesfällen im Zusammenhang mit der Corona-Impfung erhielten die deutschen Ärzte keinen Cent vom Staat oder den Krankenkassen, weshalb man hier von einer massiven Untererfassung ausgehen kann. Im Gegenzug zahlte der Bund während der Corona-Impfkampagne rund 2,7 Milliarden Euro an die impfenden Mediziner. Manche Praxen kassierten so zehntausende Euro pro Woche.

Nun hat die Zahnärztekammer Niedersachsen eine politische Aufarbeitung der Corona-Krise mit all ihren Facetten gefordert. Dazu gehöre die tabulose Ana-

lyse des Handelns der Regierung und der Ärzteschaft, an deren Ende die Bestrafung der Hauptverantwortlichen für die willkürlichen Corona-Maßnahmen ohne wissenschaftliche Grundlage sowie das „Desaster“ bei den Corona-Impfungen stehen müsse. Diesem Aufruf schlossen sich bislang jedoch nur der Berufsverband der Frauenärzte und die Landes Zahnärztekammer Brandenburg an. Die übrigen Ärzte-Organisationen zeigen indes Desinteresse oder äußern Widerspruch.

Der Marburger Bund als Verband der angestellten und beamteten Ärzte Deutschlands, die Deutsche Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin,

die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin, der Berufsverband der Augenärzte Deutschlands, der Deutsche Zentralverein homöopathischer Ärzte, die Hufelandgesellschaft – Ärztlicher Dachverband für Integrative Medizin und etliche weitere der mehr als drei Dutzend Ärztekammern und -verbände fassten überhaupt noch keinen Beschluss zur Aufarbeitung.

Der Virchowbund – Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands – will derweil ausschließlich eine Debatte über die bessere Vorbereitung auf künftige Pandemien führen. Diese Position teilt der Berufsverband der

Deutschen Dermatologen: Man benötige im Wiederholungsfall „ein besseres Management“. Offen bleibt, was damit gemeint ist. Und der Verband der Leitenden Kinder- und Jugendärzte und Kinderchirurgen Deutschlands vertritt gar die Ansicht, dass es keine wirkliche Alternative zum „Krisenmodus“ während der Corona-Zeit gegeben habe.

Bei so viel Ignoranz gegenüber allem, was bislang über die Verfehlungen der Politik und mancher Mediziner oder Virologen sowie die Praktiken der Pharmakonzerne während der Pandemie bekannt wurde, kann es kaum verwundern, dass die Kassenärztliche Vereinigung

Brandenburg jetzt einen flammenden Appell an ihre Mitglieder richtete, in dem es hieß: „Impfen Sie bitte weiterhin gegen COVID-19!“

Daraufhin schrieb die Gesellschaft der Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie ihrerseits einen offenen Brief an die gesamte deutsche Ärzteschaft, der auf eine entschiedene Warnung vor der Fortsetzung der Corona-Impfungen hinausläuft: Wie lange wolle man die Patienten noch „dazu auffordern, unnütze, nachweislich schädliche und bedenkliche Interventionen über sich ergehen zu lassen und dabei den Tod von Menschen in Kauf nehmen?“ W.K.



TOLLMINGKEHMEN

Neuer Name für das Donelaitis-Museum

Museum soll sich als Teil des Regionalen Historischen und Kunst-Museums weiterentwickeln

VON BODO BOST

Christian Donelaitis (1714–1780), wie er sich selbst nannte, war protestantischer Pfarrer einer deutsch-litauischen Gemeinde im ostpreußischen Tollmingkehmen im Landkreis Goldap, wo er 37 Jahre in deutscher und in litauischer Sprache predigte. Mit seiner Dichtung *Metai* (Die Jahreszeiten) gilt er als Begründer der weltlichen litauischen Literatur. Er schrieb allerdings auch in deutscher Sprache und sprach zudem Griechisch, Hebräisch und Französisch.

Gintaras Skamaročius, der Vorsitzende der Donelaitis-Gesellschaft, hatte im Januar gegenüber einem litauischen Fernsehsender darauf aufmerksam gemacht, dass das Donelaitis-Museum „klammheimlich“ von russischer Seite umbenannt worden sei. Das Donelaitis-Museum wurde auf Empfehlung des Ministeriums für Kultur und Tourismus der Region Königsberg umbenannt. Der neue offizielle Name lautet: „Literarisches Museum im Dorf Tschistije Prudy“. Dies teilte das Königsberger Regionale Historische und Kunstmuseum mit, zu dem die Einrichtung gehört.

Routen zur Geschichte des Gebiets

„Der Name des litauischen Dichters ist in den Ausstellungen erhalten geblieben, und die Exkursionen erzählen von ihm. Wir versuchen nur, das Museum weiterzuentwickeln. Das liegt in unserem eigenen Interesse“, betonte der Vertreter des Regionalmuseums. „Das ehemalige Donelaitis-Museum ist das einzige Literaturmuseum in der Region. Für seine Entwicklung planen wir, literarische Routen zu entwickeln, neue Ausstellungen zu machen – über die Geschichte der regionalen Literatur, über Königsberger und russische Schriftsteller und Dichter. Darüber hinaus nimmt das Museum traditionell an den regionalen Literaturtagen teil, und ist Gastgeber der Veranstaltung ‚Frühling der Poesie‘, so der Gesprächspartner der Agentur.



Kirche von Tollmingkehmen: In einem der Gebäude des ehemaligen Gotteshauses befindet sich das umstrittene Museum

In den vergangenen zwei Jahren hat die öffentliche Ausstellung des Museums in Tollmingkehmen bereits Exponate von den führenden Literaturmuseen der Russischen Föderation erhalten. Dabei erfreute sich das Museum regen Zuspruchs, so der Vertreter des Regionalmuseums.

Das umbenannte Museum befindet sich in einem Gebäude der ehemaligen lutherischen Kirche und des Pfarrhauses, in dem Donelaitis als Pfarrer in Ostpreußen lebte, arbeitete und seine Werke schuf. Für seine Predigten verwendete er oft Auszüge aus seinen Werken, darunter das Gedicht „Die Jahreszeiten“. In seiner Freizeit komponierte er Gedichte sowie Musik und beschäftigte sich mit Mechanik und Gartenarbeit.

Im Jahr 1964, als es noch keine Grenze zwischen der Republik Litauen und dem Königsberger Gebiet gab, wurde beschlos-

sen, das Gebäude der lutherischen Kirche Tollmingkehmen zu restaurieren. Am 14. Juni 1979 wurden die sterblichen Überreste des Dichters in der Krypta der restaurierten Kirche beigesetzt. Damals war es eines der wenigen noch genutzten Kirchengebäude in der Region. Am 11. Oktober 1979 wurde unter den Gewölben der Kirche das Donelaitis-Gedenk-Museum eröffnet.

Protest aus Litauen

Mehr als 200 Exponate des Museums erzählen über die Epoche, in welcher der Dichter lebte, über sein Leben, sein Schaffen und seine sozialen Aktivitäten. Die Ausstellung zeigt Faksimile-Ausgaben der Werke von Donelaitis. Im Jahr 1998 wurde das Haus des Pfarrers, das Teil des Gedenkkomplexes des Museums ist, renoviert.

Mit der Umbenennung des Donelaitis-Museums in der Königsberger Exklave wolle Russland die litauische Identität in der Region auslöschen, sagte der litauische Kulturminister Šarūnas Birutis. „Dieses schmerzhafteste Thema wird in Zusammenarbeit mit dem litauischen Außenministerium, dem Generalkonsul in Königsberg Aušra Černevičienė und anderen Behörden angegangen“, wird der Minister zitiert. „Wir haben uns um eine möglichst klare Begründung und eine unmissverständliche Erklärung des litauischen Standpunkts bemüht, dass solche Aktionen inakzeptabel sind“, fügte er hinzu. Dem Minister zufolge sind Instrumente und Dialog, die in der zivilisierten Welt verständlich und vereinbart sind, im Angesicht des Krieges unwirksam, wenn man es mit einem „aktiv zerstörerischen Staat“ zu tun habe.

MELDUNGEN

Virtuelles in der Burg

Neuhausen – In der Burg Neuhausen wird eine virtuelle Ausstellung mit dem Titel „Der Weg des Deutschorchens und der Baron auf der Kugel“ vorbereitet. Zurzeit laufen die letzten Vorbereitungen. Burgbewohner verschiedener Epochen werden mit den Besuchern sprechen. Das Labor eines Zauberers und das eines Alchemisten werden zu sehen sein. Baron von Münchhausen wird auf der Kugel angefliegen kommen, um dem russischen Zarenreich zu dienen. Im vergangenen Sommer waren umfangreiche Sanierungsarbeiten an der Burg durchgeführt worden, die mit Mitteln aus der Stiftung „Wiederbelebung“ finanziert worden waren. Die bereitgestellte Summe betrug umgerechnet etwa 3,5 Millionen Euro. Die vollständige Restaurierung soll bis zum Jahr 2027 abgeschlossen sein. MRK

Schäden an der Promenade

Rauschen – Wegen der zahlreichen Bautätigkeiten für Neubauten in Strandnähe hat die Promenade von Rauschen Schäden davongetragen, wie der Leiter der Stadtverwaltung Wladimir Bondarenko bekannt gab. Nachdem die Bauzäune um die Neubauten entfernt worden waren, wurden die Schäden an der Promenade erst sichtbar. Laut Bondarenko sollen die Verursacher, sprich die mit den Bauarbeiten beauftragten Firmen, für von ihnen verursachte Schäden aufkommen. Die Stadt werde diese Arbeiten kontrollieren. Am Steilufer von Rauschen wurde ein Baukomplex namens „Promenade“ hochgezogen. Das erste Appartementshotel wurde bereits in Betrieb genommen, im Herbst eine öffentliche Kantine eröffnet. Der umgerechnet etwa 88 Millionen Euro teure Hotelkomplex erstreckt sich von der Sonnenuhr an der Steilküste bis ins Zentrum Rauschens. MRK

ALLENSTEIN

Strom und Wärme aus nicht verwertbaren Abfällen

Die Hauptstadt der Woiwodschaft Ermland-Masuren hat eine innovative Müllverbrennungsanlage in Betrieb genommen

In östlich gelegenen Stadtvororten wurde eine moderne Müllverbrennungsanlage eröffnet, die bereits jetzt das Gesicht der Stadt im Hinblick auf Ökologie und Energie verändert. Die Anlage, Teil eines ehrgeizigen Projekts, wird den Einwohnern sauberere Luft bieten und gleichzeitig den wachsenden Energiebedarf der Region decken. Bei der Einrichtung hat man nicht nur auf moderne Technologien gesetzt, sondern auch auf Transparenz in Bezug auf den Umweltschutz. Die Inbetriebnahme, die Mitte Januar stattfand, wurde den Erwartungen der lokalen Journalisten nicht gerecht, denn es gab keine öffentliche Besichtigung der Anlage, und niemand wurde in das Innere vorgelassen. Dennoch lobten die Vertreter der lokalen Behörden und die Projektträger die neue Infrastruktur, die bereits voll funktionsfähig ist.

Die Anlage gewinnt Wärme und Elektrizität durch die Verbrennung von Müll.

Dieser Prozess soll nicht nur die Menge an Abfällen in Allenstein wirksam reduzieren, sondern auch zur Verringerung der Treibhausgasemissionen beitragen. Die in der

neuen Müllverbrennungsanlage angewandte Technologie ist umweltfreundlich, ökologisch und erfüllt die EU- sowie nationale Normen.



Alenstein: Die neue Anlage in den östlichen Stadtteilen

Bild: D. K.

Seit ihrer Inbetriebnahme werden die täglichen Abfälle, die normalerweise auf Mülldeponien landen, zur Energieerzeugung genutzt. Dank der Finanzierung mit EU-Mitteln für regionale Entwicklung wird die Hauptstadt der Woiwodschaft Ermland-Masuren zu einer der führenden Städte in der Republik Polen im Bereich der nachhaltigen Abfallwirtschaft.

Jährlich sollen nun 100.000 Tonnen nicht recycelbarer kommunaler Abfälle hier verarbeitet werden. Die neue Anlage sichert die Versorgung der Stadt mit Strom und Wärme und unterstützt so die Entwicklung der lokalen Energieinfrastruktur. Die Verarbeitung von 100.000 Tonnen Abfällen jährlich wird etwa 35 Prozent des städtischen Wärmebedarfs decken und zusätzlich mehr als 64.000 Megawattstunden Elektrizität produzieren. Das bedeutet, dass die Stadt ihre Abhängigkeit von traditionellen Energiequellen verringert.

Darüber hinaus trägt die umweltfreundliche Energieerzeugung zur Reduzierung der CO₂-Emissionen bei.

Obwohl Details der Verbrennungstechnologie bei der Eröffnung der Anlage nicht umfassend präsentiert wurden, können die Stadtbewohner optimistisch in die Zukunft blicken. Schließlich stellt die neue Anlage nicht nur moderne Infrastruktur dar, sondern sie ist auch ein Beispiel dafür, wie sich Städte den Herausforderungen der modernen Welt anpassen können, indem sie Abfälle als wertvolle Energiequelle nutzen.

Alenstein reiht sich somit in die Reihe der Städte ein, die mutig auf innovative und nachhaltige Lösungen im Abfallmanagement setzen und beweisen, dass Ökologie mit Modernität und dem Komfort des täglichen Lebens der Einwohner Hand in Hand gehen kann.

Dawid Kazaniński

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Schultz, Elfriede, geb. Denda, aus Burdungen, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Walter, Irmgard, geb. Marquardt, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 7. März

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kunze, Hildegard, geb. Rasokat, aus Groß Schollen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Günther, Lieselotte, geb. Turowski, aus Lyck, am 11. März
Röhrich, Ida, geb. Biell, aus Plenkitten, Kreis Mohrunen, am 7. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Boelter, Elfriede, geb. Waschkewitz, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. März
Erwin, Gerda, geb. Lenz, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 11. März
Pogoda, Werner, aus Lyck, am 10. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kristandt, Helmut, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 9. März
Lutz, Elsa, geb. Reißmann, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 9. März
Wille, Ruth, geb. Bliwernitz, aus Schnellwalde, Kreis Mohrunen, am 10. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hänsel, Lieselotte, geb. Szech, aus Milussen, Kreis Lyck, am 11. März
Robben, Hilde, geb. Jack, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 7. März
Schumann, Helmut, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 12. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fahrmann, Maria, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. März
Niepelt, Ruth, geb. Wippich, aus Fliggas Garten, Kreis Lyck, am 9. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Eichholz, Hildegard, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. März
Gruppe, Ursula, geb. Dotzek, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 11. März
Mielenz, Irmgard, geb. Kudritzki, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 12. März
Sowa, Theodor, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 9. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Breflein, Ursula, aus Ebenrode, am 9. März
Hartmann, Herta, geb. Borutta, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 13. März
Mühlhoff-Gerecht, Helga, geb. Meyer, aus Sentken, Kreis Lyck, am 11. März
Steinfath, Käte, geb. Kulz, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 13. März
Thom, Berta, geb. Guckes, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 10. März
Thommek, Käthe, geb. Knies, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 11. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Burkhardt, Inge, geb. Reypa, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 8. März
Czeranski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. März
Laubach, Irmgard, geb. Reck, aus Eisermühl, Kreis Lötzen, am 12. März
Orzessek, Willi, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. März
Perle, Fritz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 10. März
Waldhof, Gerhard, aus Lyck, am 13. März
Zbikowski, Heinz, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 13. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bachler, Fritz, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 9. März
Dawid, Friedrich, aus Ortelsburg, am 7. März
Draber, Erika, geb. Moritz, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Geise, Irmgard, geb. Krosta, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 13. März
Grzesny, Günther, aus Anhaltsberg, Kreis Ortelsburg, am 8. März
Heemeier, Annemarie, geb. Flotrong, aus Tauern, Kreis Ebenrode, am 12. März
Kowalzik, Gertraud, aus Hallendorf, Kreis Treuburg, am 11. März
Kucklick, Wolfgang, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. März

Matthies, Gertraud, geb. Kristofiak, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 10. März
Pomian, Manfred, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 11. März
Rahnenführer, Hermann, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 7. März
Stobbe, Brigitte, geb. Engler, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 12. März
Winkler, Erika, geb. Fischer, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 11. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bemba, Waldy, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 11. März
Erdmann, Hannelore, geb. Gusko, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 10. März
Grünfeld, Gisela, geb. Wunderlich, aus Ebenrode, am 10. März
Gutkowski, Lothar, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 8. März
Hildebrandt, Hildegard, geb. Richter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. März
Lasarzewski, Kurt, aus Regeln, Kreis Lyck, am 10. März
Marschhausen, Gisela, geb. Skubisch, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. März
Merten, Ilse, geb. Dziomba, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 10. März
Nitsch, Wolf-Dieter, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. März

PARTNER-REISEN

Grund-Touristik GmbH & Co. KG

19.05.–27.05.2025
Flug- und Schiffsreise nach Ostpreußen
Danzig – Masuren – Memelland
Reiseleitung: Dieter Wenskat
16.07.–23.07.2025
Sommerreise nach Ostpreußen
Danzig – Marienburg – Goldap – Thorn
Reise in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Goldap
28.08.–02.09.2025
Reise in das Schlesische Elysium – Tal der Schlösser und Gärten
Ostpreußen fahren in den Süden Preußens!
Reiseleitung Hubert Geiger und Dirk Bloch (Blochplan Berlin)
Ausführliche Reiseprogramm anfordern bei Partner-Reisen!
Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com

Ostrowski, Günther, aus Lötzen, am 9. März
Splitt, Hannelore, aus Waldbeek, Kreis Neidenburg, am 9. März
Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blaskowski, Maria, geb. Kiliemann, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Danisch, Manfred, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 8. März
Dzienisch, Wolfgang, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 13. März
Pfaff, Renate, aus Königsberg, am 10. Dezember
Pleik, Franz Gerhard, aus Waldau,

Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. März
Röhling, Waltraut, geb. Ullrich, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 9. März
Rohmann, Helmut, aus Lyck, am 10. März
Seewald-Kuhls, Rosemarie, geb. Seewald, aus Lyck, am 9. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bratka, Walter, Kreisgemeinschaft Ortelsburg, am 13. März
Schell, Elisabeth, geb. Link, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 8. März

PAZ wirkt!

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Große Trakehner Hengstschau

Charmeoffensive aus Dänemark: Für Hesselhøj.dk stellte Cecilie Hedegaard den siebenjährigen Prämihengst Gaspard v. His Moment aus dem Besitz von Nicole Derlin vor. Am 23. Februar lud der Trakehner Verband zur 26. Trakehner Hengstschau ins Westfälische Pferdezentrum in Münster-Handorf. Über 40 Hengste aus dem In- und Ausland nutzten die Chance, sich vor dem international vertretenen Fachpublikum zu präsentieren.

Nicht fehlen dürfen beim beliebten Trakehner Frühjahrsauftakt so traditionsreiche Privatstationen wie das Gestüt Hämelschenburg, vor Ort mit dem Youngster Sutherland v. Saint Cyr, oder das Gestüt Hörem mit seinen Dressurvererbern Eichengold v. Schwarzgold und Statement v. Kentucky. Auch im Gestüt Sprehe haben Trakehner Hengste seit vielen Jahren eine Wirkungsstätte, bei der Schau vertreten vom gefeierten Millennium-Sohn Kenneth sowie dem amtierenden Siegerhengst Havertz v. Blanc Pain. Sportpferde Brähler, das Gestüt Letter Berg und Nicole Derlin setzen ebenfalls seit Jahren auf ihre Trakehner Hengste, die sich parallel sämtlich altersgemäß sportlich entwickeln. Hervorragend weiterentwickelt und voller Lebensfreude zeigten sich die Dreijährigen, gekört beim Trakehner Hengstmarkt

2024, an der Hand und lieferten per Video auf der Großleinwand gleichzeitig eine Kostprobe ihrer ersten Ausbildungsschritte unter dem Sattel. Siegerhengst Havertz und Reservesieger Go Magic v. Helium wurden flankiert von weiteren Bewegungskünstlern wie Sutherland, Kronhüter v. Dameron und Nachtmund v. Interconti.

Informationen: Trakehner Verband, Rendsburger Straße 178a, 24537 Neumünster. Eindrücke von der Trakehner Hengstschau gibt es unter www.trakehner-verband.de



Zusendungen für die Ausgabe 12/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 12/2025 (Erstverkaufstag 21. März) **bis spätestens Dienstag, den 11. März**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

15. bis 16. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

25. bis 27. April: Kulturseminar in Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrien

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschen, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

– Bericht Kassenprüfung
– Anträge Entlastung
– Anträge Beitrag für Persönliche Mitglieder
– Sonstiges
– Mittagspause
– Vorträge
– Kaffeepause
– Kulturelles Ende der Tagung
Anmeldungen an die Geschäftsführerin Margitta Romagnolo. E-Mail: romagnolo@ostpreussen-nrw.de, oder buero@ostpreussen-nrw.de

Vortrag

Oldenburg – Mittwoch, 12. März, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38, Oldenburg-Eversten, Telefon (0441) 5009-0: „Die kulturelle Leistung ostdeutscher Frauen“ – ein Vortrag von Dr. Gisela Borchers nach einer Vorlage von Elly Nadolny; mit Bildern. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Bernstein

Dresden – Dienstag, 18. März, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Wir schleifen Bernstein mit der Hand und modellieren.

Edith Wellnitz



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Landesgruppe

Der Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V. lädt zur Delegiertentagung am 29. März in das Haus Union, Schenkendorfstrasse 13, Oberhausen, ein.

Die Delegiertentagung beginnt um 10 Uhr und wird voraussichtlich gegen 16 Uhr beendet werden. Das vorläufige Programm:
– Begrüßung und Regularien
– Bericht Vorstand

Jahreshauptversammlung

Mölln – Die Vorsitzende Ulla Gutowski hatte zu Donnerstag, den 20. Februar, zur Jahreshauptversammlung (JHV) und gleichzeitig zum Klops-Essen eingeladen. Im Stammlokal Quellenhof Mölln konnte der Sprecher der Ortsgruppe, Joachim Oelers, über 30 Mitglieder und Gäste im sonnen-durchflutenden Terrassenraum begrüßen. Besonders begrüßte er



Frühling in Ostpreußen Fröhlich ging es zu, wenn nach einem langen Winter endlich wieder die Sonne lachte und die Temperaturen stiegen. Dies wurde gefeiert mit Frühlingfesten, wozu die Menschen ihre Tracht anlegten, wie hier im Bild zu sehen, das vermutlich im Jahr 1937 aufgenommen wurde

Bild: Bildarchiv Ostpreußen

Frau Gauer, Vorsitzende der Ortsgruppe Ratzeburg, Herrn Neumann, Vorsitzender der Ortsgruppe Schwarzenbek und Herrn Eckloff vom Vorstand der Landesgruppe der LO, der auch gleichzeitig Mitglied der Ortsgruppe ist.

Herr Oelers eröffnete die Jahreshauptversammlung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit der Versammlung. Dann wurde zwei verstorbenen Mitgliedern mit einer Gedenkminute gedacht. Er verlas dann die Namen von elf Mitgliedern, die seit der letzten Zusammenkunft im Oktober Geburtstag hatten, denen ein herzlicher Glückwunsch und Gesundheit mit viel Applaus ausgesprochen wurde. Neben sechs Austritten von Mitgliedern, die durch Umzug beziehungsweise Pflege nicht mehr teilnehmen können, sind zwei neue Mitglieder hinzugekommen, sodass die Gruppe zurzeit 38 Mitglieder zählt.

Dann gab die Vorsitzende, Frau Gutowski, einen Rückblick auf die

Tätigkeit im Berichtsjahr 2024, das mit der JHV im Februar begann, auf welcher der Vorstand neu gewählt wurde. Es wurde auch festgelegt, dass die Ortsgruppe ihre Zusammenkünfte nur noch viermal im Jahr stattfinden lassen sollen.

Auf dem zweiten Treffen am 19. Mai wurden durch den Vorsitzenden der Landesgruppe, Herrn Wenskat, acht Mitgliedern die Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen überreicht und Herr Oelers mit der Silbernen Ehrennadel gewürdigt. Das dritte Treffen fand am 22. August statt und das vierte am 24. Oktober, das mit dem Volksmusiker und Moderator Bernd Krutzinna, besser bekannt unter dem Namen Bernstein, gestaltet wurde.

Sodann gab die Kassensführerin, Kirsten Hoffmann, ihren Kassenbericht ab. Gegenüber den Vorjahren waren im letzten Berichtsjahr höhere Ausgaben durch die Ehrennadeln und eine Nachzah-

lung des Beitrages an den Landesverband zu verzeichnen. Die Kassenprüfung hatte keine Beanstandungen vorzutragen. Somit wurden die Kassensführerin und der Vorstand einstimmig entlastet. Dann wurde Frau Oelers zur zweiten Kassensprüferin gewählt.

Von Frau Hoffmann wurde der Antrag gestellt, die Zusammenkünfte in Zukunft doch zur Mittagszeit anzusetzen. Der Antrag wurde angenommen. Herr Oelers kündigte sodann an, dass die nächste Zusammenkunft am Oster Sonntag, dem 20. April, zum Brunch stattfindet.

Es wurde weiterhin festgelegt, dass eine Bootstour auf den Möllner Gewässern stattfinden soll. Herr Eckloff informierte dann über die Tätigkeiten der Landesgruppe. Er hob insbesondere den letzten Preußentag 2025 hervor. In einem Vortrag referierte eine Studienrätin einer Hamburger Gesamtschule über den Geschichtsunterricht von heute, insbesonde-

re über die von Preußen ausgehende Geschichte. Ein weiteres interessantes Referat war die virtuelle Suche nach Ortschaften in der alten Heimat über das Internet, an der sich die Teilnehmer beteiligen konnten.

Mit unserer Heimathymne „Land der dunklen Wälder“ wurde die JHV beendet.

Im Hintergrund standen nun auch schon die Kellner zum Servieren der Königsberger Klopse bereit. Es wurden je zwei Klopse auf dem angereicherten Teller serviert und auch nachgereicht. Dazu gab es Rote-Beete-Salat, in Butter geschwenkte Kartoffeln und natürlich die Kapernsoße. Bei himmlischer Ruhe genoss nun jeder die Mahlzeit. Den Nachtisch konnte jeder selbst aussuchen. Bei Eis und anderem Dessert sowie Kaffeepausen plauderte man noch etwas, bis der Sprecher die Veranstaltung offiziell für beendet erklärte.

Hans-A. Eckloff



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 27. April, 11 Uhr Einlass, 11.30 Uhr Beginn, Vereinsheim TSV Kücknitz von 1911 e.V., Taverne Kücknitzer Sportsbar, Tannenbergsstraße 4, 23569 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Die Veranstaltung findet in neuen Räumlichkeiten statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Bei Fragen: Heidi Mader, per E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder Telefon (0421) 67329026.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefenbenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stenweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@t-online.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Neue Kontaktdaten

Osterode – Derzeit kann die Geschäftsstelle nicht per E-Mail erreicht werden. Nutzen Sie bitte die neue E-Mail-Adresse der Geschäftsstelle in Osterode am Harz, die wie folgt lautet: kgoev@web.de.

Die weiteren Kontaktmöglichkeiten, wie sie oben angegeben sind, bleiben unverändert.

Jürgen Ehmann

Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de

Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 Uhr (Einlass 8.30 Uhr) bis

16 Uhr, Kulturzentrum „mon ami“, Goetheplatz 1: Dreikreisetreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten. Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden drei Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen – kostenpflichtig.

Parkmöglichkeit: Gegenüber dem „mon ami“ befindet sich die Post, dahinter liegt das Parkhaus „An der Hauptpost“, Gerhart-Hauptmann-Straße 3, die Öffnungszeiten sind täglich von 7 bis 22 Uhr, die Ausfahrt ist jederzeit möglich; das Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, Telefon (03643) 7220, bietet sich als mögliche Unterkunft an.

Dieter Neukamm



Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen und Veranstaltungen im April

Kabinettsausstellung bis 24. August: **Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat (1912–1976)**

Die Motive der Kurischen Nehrung bildeten die Grundlage des künstlerischen Schaffens des in Memel geborenen Künstlers Walter Mamat. Vor allem in seinem frühen Werk steht die Landschaft im Mittelpunkt, sie zeigt in dynamischer Malweise viele Kurenkähne und die Küste der Nehrung. Folgerichtig suchte er nach seinem Abschluss als Dekorations- und Kirchenmaler die Nähe zum Umfeld der Küstenkolonie Nidden und Karl Knaut, als dessen Schüler und Assistent er sich auch später bezeichnete. Vor seiner Flucht aus Ostpreußen hielt er noch das zerstörte Memel im Bild fest. Mamat wurde anschließend, im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit ostpreußischer Künstler, im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bzw. der späteren DDR tätig.

Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stillleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire. Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

Sonderausstellung 29. März bis 31. August: **Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland**

Die Ausstellung ist die Fortsetzung des langjährigen Austauschs zwischen Künstlern aus den zwei Partnerstädten Tartu und Lüneburg, der bereits seit 2003 besteht.

Veranstaltung, Mittwoch, 2. April, 18.30 Uhr: **Die Schwarze Anna – Käthe Kollwitz und ihr Bild der Bauernkriege**

Vortrag von Dr. Heinke Fabritius anlässlich des 80. Todestages von Käthe Kollwitz (1867 Königsberg – 1945 Moritzburg/Dresden). Sie zählt zu den bedeutendsten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Mit ihren eindringlichen Darstellungen von Leid, Not und sozialer Ungerechtigkeit hat sie die Zeitdokumente von hohem künstlerischen und historischen Wert geschaffen. Neben den sozialen Konflikten ihrer Gegenwart befasste sich Kollwitz dabei auch mit den Bauernkriegen von 1524/25.

Fabritius ist Kunsthistorikerin und Kulturreferentin am Siebenbürgischen Museum in Gundelsheim am Neckar.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich. Eintritt 5 Euro

Veranstaltung, Sonntag, 6. April, 14 Uhr: **Das Gold der Ostsee – Eine Kulturgeschichte des Bernsteins**

Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“ im SCALA-Programmkin,

Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg. Einführung: Dr. Jörn Barfod, Eintritt 10 Euro

Der Film schildert in vier großen Erinnerungsmontagen die wesentlichen Stationen im Leben von Käthe Kollwitz von 1914 bis kurz vor ihrem Tod im Jahr 1945. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs ist Käthe Kollwitz 47 Jahre alt und bereits eine bekannte und geschätzte Künstlerin. Zu ihrem Entsetzen meldet sich ihr jüngster Sohn Peter freiwillig als Soldat und fällt bereits zwei Wochen später. Sein Tod markiert wohl die tiefste Zäsur in ihrem Leben. Von nun an werden sie Mutter und Kind, Krieg und Frieden, Leben und Tod in ihrem Schaffen nicht mehr loslassen. Kollwitz lebt mit ihrem Mann, dem Armenarzt Karl Kollwitz, im Berliner Arbeiterviertel Prenzlauer Berg. Das Schicksal der Armen, denen sie täglich begegnet, beschäftigt sie ihr Leben lang. Mit ihrer Kunst setzt sie sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse ein. In der nationalsozialistischen Diktatur wird sie auf den sogenannten Index gesetzt und gezwungen, „freiwillig“ aus der Preussischen Akademie der Künste auszutreten, wo sie als Leiterin der Meisterklasse für Grafik gearbeitet hat. Während des Zweiten Weltkriegs wird sie aus Berlin verwiesen. Die letzte Zeit vor ihrem Tod verbringt sie einsam und krank in Dresden.

Weitere Informationen:

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, E-Mail: info@ostpreussisches-landesmuseum.de, www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Rätsel

enthalten lebender Mensch
dt. Komponist (Robert)
Vorname Lagerfelds
germanischer Wurfspiel
vor dem Erkenntwerden schützen
Wurf mit gleicher Augenzahl
Monatsname, Brachmond
Ziegenleder
Kombiwagen; Wohnwagen
Zeitmesser
früherer Lanzenreiter
Figur aus der „Zauberflöte“
nicht farbig
Plüschpullover
Rolle zum Aufwickeln von Garn
Werbeposter
spanische Baleareninsel
Nachahmer
Wasserfahrzeug
Oper von Richard Strauss
ungleichmäßig rotieren (ugs.)
Ab-schieds-gruß (franz.)
sahnige Kaltpeise
Branntwein aus Wermut
Redner-pult für Karnevalisten
aus diesem Grund
in der Nähe von
Halbton über f (Musik)
Tier-höhle
auf-brausen (sich ...)
auf-gegriffen
koffein-haltiges Kaltgetränk
unbestimmter Artikel
Auf-sehen, Skandal
Wache; Polizei (Gauersprache)
ste-hen-des Bim-men-gewässer
in die Jahre kommen
Ausflug zu Pferde
Abkür-zung für Bataillon
TV-Radio-sender (Abk.)
könig-lich
Ausdehnungs-begriff
Magisch: 1. dazumal, 2. Mustang, 3. Bahnhof, Nachbar
Mittelworträtsel: 1. Ingenieur, 2. Schläger, 3. Bruecken, 4. Geschenck, 5. Autohahn, 6. Verband, 7. Fahrten –
Schüttelrätsel:
So ist's richtig:
ein Backwerk
spanisch: Hurra!, Los!, Auf!
Schluss-stellung, Sieg im Schach
Stadtteil von London
aufmerksam, Vorsicht
bargeld-loser Zahlungs-verkehr
Schiff-seigner
Voll-endete Entwicklung
Werk Homers
Dich-tungs-, Klee-be-material
un-gerade (beim Roulette)
Heer-führer im 30-Jährigen Krieg
Zart-, Fein-gefühl
Kfz-Zeichen Aalen
Glas-behälter für Reptilien
Aristo-kratie
länglich runde Baum-frucht
Gebirge auf Kreta
faul; langsam
persönl. Fürwort (erste Person Plural)
jegliches
Ansehen, Prestige, Bild (engl.)
Mess-gerät
böse, schlimm
Lieb-haber von Süßig-keiten
Haupt-ling bei Asterix
ein Backwerk
spanisch: Hurra!, Los!, Auf!
Schluss-stellung, Sieg im Schach
Stadtteil von London
aufmerksam, Vorsicht
bargeld-loser Zahlungs-verkehr
Schiff-seigner
Voll-endete Entwicklung
Werk Homers
Dich-tungs-, Klee-be-material
un-gerade (beim Roulette)
Heer-führer im 30-Jährigen Krieg
Zart-, Fein-gefühl
Kfz-Zeichen Aalen
Glas-behälter für Reptilien
Aristo-kratie
länglich runde Baum-frucht
Gebirge auf Kreta
faul; langsam
persönl. Fürwort (erste Person Plural)
jegliches
Ansehen, Prestige, Bild (engl.)
Mess-gerät
böse, schlimm
Lieb-haber von Süßig-keiten
Haupt-ling bei Asterix
ein Backwerk
spanisch: Hurra!, Los!, Auf!
Schluss-stellung, Sieg im Schach
Stadtteil von London
aufmerksam, Vorsicht
bargeld-loser Zahlungs-verkehr
Schiff-seigner

Schüttelrätsel

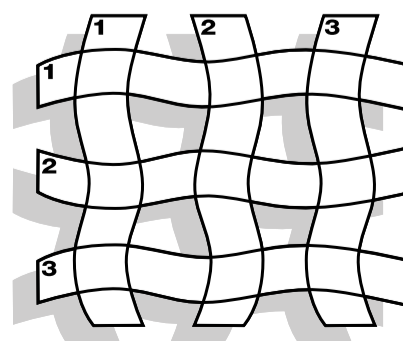
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ADEI LN	AELO	INU	DILO	AALM	AHMTOT	AMOR	AEFX
					FHO		
DIL			AAMOR				
BEIL	HMO			AMX			
			AAERW				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für einen Nebenmann.

1	DIPLOM							BUERO
2	MESSE							TEXT
3	HOLZ							BOGEN
4	GELD							PAKET
5	STADT							KREUZ
6	GIPS							STOFF
7	TIER							SUCHER



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 einst, in längst vergangener Zeit
- 2 wild lebendes Präriepferd
- 3 Haltestelle, Station

OSTPREUSSEN

„Was ist das für ein wunderlicher Stein?“

Das Bernsteinland, wie Agnes Miegel es erlebte – Gedanken über die Natur der Samlandküste

Als Agnes Miegel in der dänischen Verban- nung die Verse „Da- heim am Dünen- strand“ schrieb, hat sie vom Bern- stein, dessen Leuchten durch so manche ihrer Geschichten und Gedichte geht, nichts gesagt. Aber auch sie hat als Kind, so wie wir und unsere Kinder es getan haben, mit ungeduldigen braunen Hän- den kleine Bernsteinstückchen aus Algen und Tang geklaubt, tiefer und tiefer einsinkend in mah- lenden Sand, übersprüht von sal- zigem Nebel, windzerzaust, wie Strandhafer. Sicher hat auch sie ihren Schatz ängstlich versteckt, wenn der Vater sagte, man dürfe den Bernstein nicht behalten, er müsse abgeliefert werden!

Vielleicht hat sie schon früh et- was geahnt von der dunklen Tragik vergangener Zeiten, wenn zur Schummerstunde in der Küche Gespenstergeschichten erzählt wurden von Bernsteinhexen und von den Galgen, die einmal auf den Seebergen des Samlandes standen. Agnes Miegel, die sich zeit ihres Lebens angezogen fühlte von „O- chens langer, glänzender Bernsteinkette, feurig glühend, purpurn und scharlachrotbraun und goldendurchströmt“, hat wohl schon früh den Vater gefragt: „Wo- her kommt er, der Stein?“

Und der Vater, der seiner wis- sensdurstigen Tochter auf eine kluge, verstehende Art die Augen zu öffnen wusste für alles Leben in der Natur und damit auch für die Schönheit der Heimat, der Vater wird ihr gezeigt haben, wie aus Kiefern am Strand goldklares, klebriges Harz heruntertropfte, und er wird ihr erzählt haben, dass auch der Bernstein einmal solch klebriges Harz gewesen und dass er nun tief in der See und tief in der Erde des Samlandes ruhe, in einer Fülle, wie sonst nirgends in der weiten Welt.

Agnes Miegel konnte nicht anders, als aufmerksam und liebend alles zu sehen und in sich aufzu- nehmen, was von den Eltern und den Ihren so andächtig und lie- bend verehrt wurde, da ihr die kostbare Gabe verliehen war, alles Schöne und Frohe mit heiterstem Sinne zu genießen und dankbar im Herzen zu bewahren. So hat sie uns, als sie noch daheim war, vom Bernstein und vom Bernsteinland erzählt:

„Ostpreußen vorgelagert wie ein ungeheurer Wachturm, ragt das Samland in die Ostsee. Wie an Ketten hängt es in den langen, schmalen Dünenzügen der Neh- rung: Funkelnde Wallgräben, brei- ten sich die beiden Haffe, das Ku- rische und das Frische Haff, vor das Festland – vor die flache Elch- küste der Memelniederung und vor die gesegneten Obsthänge der waldigen Elbinger Höhen. Hier, quer durch die Frische Nehrung, schnitt das Tief, durch das die bunten Drachenboote der Nord- landleute nach Trusŷ führen, un- serer ältesten Stadt, wo Gotennachkömmlinge und Aisten, hellhaarig, rotwangig und tapfer, mit ihnen Handel trieben. Sie sind gekommen und andere kamen auch und kommen immer mehr in unser Samland, an unseren Strand, der uns Königsbergern so vertraut ist, dass wir in der Sicherheit un- serer Besitzes, wie ein Kind mit einer besonders schönen Mutter,

denken: Es muss so sein, und erst über der Begeisterung der ande- ren recht merken, wie wir bevor- zugt sind ohne unser Verdienst! Es kommt uns kaum zum Be- wusstsein, so wenig wie die Kost- barkeit unseres Bernsteins. Die See gab, der Sand gab, sie werden geben in Ewigkeit!

Es ist gut fürs Zahnen, ein Bernsteinkettchen um den zierli- chen Kinderhals zu legen, es ist für Große unfehlbar gegen Gliederreißen. Die eine ist für klare und runde Perlen und die andere für längliche und wolkige, es schenkt sich nichts so gut wie Bernsteinsalzfläschchen und nichts funkelt wie eine Bernsteinklingel, – aber eigentlich lernen wir erst jetzt, was für eine Schatzkammer dieser Wachturm Samland birgt. „Es ist das alles noch an unserem Strand wie in Vorväterzeiten – auch wenn die Samländer heute im tuckenden Motorkutter und im Besitz eines Grammophons auf Lachsfang, ausziehen. Auch wenn ihre Häuser seit Generationen Schornsteine haben, und in den Badeorten sich gern „Villa“ nen- nen und die alte, holzsäulengetra- gene Vorlaube des baltischen Kü- stenhauses sich zur „Glasveranda“ ausgewachsen hat, – das meiste, das Grundlegende, die Urmächte des Lebens, sind zwischen Palm- nicken und Nidden noch diesel- ben wie zu den Tagen, als Babylon alt und Rom jung war. Und wenn der ehrenwerte „Boad-Gast“ (den



Daheim am
Dünenstrand,
wo die Brandung
braust,
spielt' ich als Kind
mit glänzendem
Sand. Aus der
braunen Faust trug
ihn der Wind.
Dies trink' ich,
dies eß' ich, keinen
vergeß ich, dieses
verschenk ich, – so
sang ich als Kind.

Agnes Miegel

man so gern kommen und auch ganz gern wieder- ziehen sieht, wie Schwalbe und Storch) – wenn also dieser von uns hochgeschätz- te Zugvogel sich einmal auf eine der bequemen Bänke an den hübsch gehaltenen Wegen oben bei Georgenswalde oder Rauschen setzt – so wird er in zehn Minuten der Versenkung in diese Land- schaft fühlen, was es für uns meint, – seit Menschengedenken in diesem Land zu wohnen, diese See zu befahren, aus diesem Was- ser, aus dieser Erdkrume uns zu nähren, auf diesem Boden erzeugt zu werden, ihm unsere Hülle zu geben – oder der weiten kristall- nen Fläche dort, der brüllenden Brandung, die uns zerschmettert –, aber die uns, nach altem Glau-



Freizeit am Strand von Rauschen, zwischen 1930 und 1940: Für Klein und Groß war es ein Abenteuer, nach dem goldgelben Bernstein Ausschau zu halten

Bild: Bildarchiv Ostpreußen

ben, nicht behält, sondern zurück- trägt in ihrer Strömung!

Süß ist es, wie ein Wiegenlied- chen, das Grillenzirpen von der Wiese – über dem ewigen Lied der Brandung. Und süßer als alles, be- ruhigend, stärkend, dich erhe- bend, wie er dir die Gewissheit deines irdischen Leibes wieder- gibt – ist der braune, frisch umge- pflügte Acker im Abendschein. Seine Schollen liegen wie erstarrte Weilchen, tiefviolett sind die Fur- chen, goldbraun seine weiche Krume. Der warme Tierdunst der näh- renden Erde steigt aus ihm auf, sagt, wie er bereit ist, die neue Saat zu empfangen, das nährnde Brot, es durch den harten Winter zu bergen, wenn der Schneesturm durch die kahlen Strandhecken pfeift, wenn die Brandung unten unter graugrüner Eisdecke er- stickt – hinein in den späten Früh- ling, wenn drüben am Schlucht- hang verharschte Schneepackten liegen, wenn Tauwasser aus der Lehmwand gurgelt und jenen Er- lenbusch drüben, die winterfahle Grasnarbe, den alten Pfahl hinab- reißen wird in den Grund – wenn aus dunstigem Gewölk erstes Ler- chenlied klingt, zart und süß über dem gleichförmigen Dröhnen der Brandung, die unten weiß und ko- chend im Weststurm gegen den Steilstrand stürmt ...

Aber noch steht er mit lehm- gelber Wand, der Wachturm un- serer Heimat, noch ragt er in die Ostsee, der große Wikinger Fried- hof, der Block des Samlands. Ver- ankert im Seegrund, von den Ket- ten der Dünen beschirmt, mit den Wallgräben der Haffe liegt er vor dem Lande Preußen, die uner- schöpliche Schatzkammer seines Wunderhorts, dem nur er, und niemand sonst, zum Hüter gesetzt ist, von weißen Möwen umflattert, von weißen Segeln umschwärmt, von weißer Brandung um- schäumt.“

So erzählte Agnes Miegel, als sie noch daheim war. Dieser Sam- landblock aber, den sie einen „Wachturm der Heimat“ nennt, ist seiner Entstehung nach zurück- zuführen auf gewaltige Verände- rungen der Erdoberfläche zur Zeit des Diluviums. Gleichzeitig mit einer Landsenke, die unter ande- rem zur Bildung des Kurischen Haffes führte, fanden Falungen und Hebungen statt, in deren Fol-

ge jetzt am Fuß der Steilhänge äl- teste geologische Schichtungen bis zurück ins Tertiär offen zutage treten. Die fruchtbare Erde des Diluviums, die auch noch auf dem Grunde des Haffs und sockelartig in Rossitten auf der Nehrung fest- stellbar ist, ist von entscheidender Bedeutung für das ganze frucht- bare Samland geworden. Wo immer man das Land durchfuhr, überall traf man große, kultivierte Güter, blühende Dörfer und mehr oder weniger ausgedehnte Wal- dungen.

Fuhr man mit der Bahn von Königsberg nach Cranz, kam man durch die einsame, etwas moorige Fritzenner Forst, wo man schon dem Elch begegnen konnte. Man kam in der Nähe von Rudau vor- bei, dem ehemaligen Schlachtfeld der Ordensritter, und an der Kaup bei Cranz, dem tausend Jahre al- ten Gräberfeld der Wikinger.

Wenn man quer durchs Sam- land nach Neukuhren fuhr, kam man in das Gebiet der großen Tei- che von Wargen und Wiekau, die schon zur Ordenszeit durch den „Landgraben“ mit Königsberg ver- bunden waren und bis zu unseren Tagen das gute, klare Wasser für die Landeshauptstadt lieferten. Man durchkreuzte das Alkgebirge mit dem 110 Meter hohen sagen- umwobenen Galtgarben, sturm- umbraust und nebelverhangen, für die alten Preußen einst Sitz und Heiligtum der Götter – für die ostpreußische Jugend der letzten Friedensjahre ein rechtes Schnee- schuhparadies.

Rundweg mit atemberaubenden Ausblicken

Wer aber am Frischen Haff der See entgegenfuhr, nach Pillau oder Neuhäuser, vorbei an der alten Or- denskirche von Juditten, vorbei an der Ruine der Lochstädter Burg, wo der Hochmeister Heinrich von Plauen einst gefangen gehalten wurde, überall sah er das Samland in seiner Fruchtbarkeit.

Man brauchte Tage, um diesen Samlandblock von Pillau über Neuhäuser und Brüsterort bis nach Cranz zu umwandern, aber „Es ist ein ganz hübscher Weg, du wanderst dort stundenlang – und es ist ein hübscher Weg – es ist, ich will wetten um die größte glück- bringende Räucherflunder, um einen steifen Eiergrog – ich will wet-

ten mit die um das glückbringende Flämmchen, das dem Sonnenun- tergang nachzüngelt, wenn die glanzlose glühende Scheibe dort

Es war ein Land,
– der Ostwind pff,
Da lag es still wie im
Eis das Schiff,
Wie Daunen deckte
der Schnee die Saat
Und deckte des
Elchs ver-
schwiegene Pfad.
Gau für die See an
vereister Buhne
Und im Haff kam
Fischer und Fisch
zur Wuhne.
Unter warmem Dach
aus Stroh und Ried
klappte der Web-
stuhl zu altem Lied.

Agnes Miegel

nach Nidden zu versank – es ist der schönste Weg, den du je ge- gangen bist.“ So wettete Agnes Miegel.

Vor Sorgenau an wird die Kü- ste langsam steiler, in Palmnicken sieht man von der See aus noch nicht viel vom Bernsteinwerk, aber durch die viele Schlemmerde die sich von den Abwässern der Bernsteinwäscherei abgesetzt hat, ist der Strand dort breit und weit in die See vorgeschoben. Bei Groß-Dirschkeim treffen wir auf eine der ersten tief ins Land ein- schneidenden eiszeitlichen Schluchten, sehen wir die Reste des die Küste weit überragenden Galgenberges. Hinter der Spitze von Brüsterort erreicht die Steil- küste mit dem Wachbudenberg (60 Meter) ihre größte Höhe. Bei Großkuhren finden wir den eigen- artigen, freistehenden „Zipfel- berg“, in dessen Schichtungen man zum Entzücken aller Geolo- gen das Wirken der aufbauenden Kräfte offen und klar aufgezeich- net findet und wie in einem Bil- derbuch ablesen kann.

Und wieder eine gewaltige Schlucht, eichendurchbraust, um- säumt von der Warnicker Forst, mit einem herrlichen Wanderweg und einer Holzterrasse den Steil-

hang empor, von der Agnes Miegel schreibt: „Sehr steil ist die Holz- terasse, so hoch und schmal, dass wir als Kinder glaubten, so müsste die Himmelstreppe sein, wenn wir sie atemlos glühend vom salzigen Wind emporklommen, kleine, fla- che bunte Steine, Tang und See- moos oder gar ein Bröckchen Bernstein in den sandigen, brau- nen Pfoten. Oben an dem wackli- gen Bänkchen, um das der Wind sauste, – das war der Himmel!“ Ja, und unter diesem weiten Himmel mit dem Blick auf die weite See, da reihte sich nun ein Badeort an den anderen, einer schöner als der an- dere. Das waren die schnell zu er- reichenden sonntäglichen Aus- flugsziele für viele Königsberger.

Wer könnte je die Namen ver- gessen: Georgenswalde mit seinen Götterhainen und alten Steingrä- bern, Rauschen mit seiner langen Promenade und der Drahtseil- bahn, mit seinem Mühlenteich und seinem „Zauberwald“ und den weiten „Katzengründen“. Da war das stille Loppöhlen mit dem dichten Gewirb von Sanddom- büschen, da war Neukuhren mit dem romantischen Lachsbachtal, von jehem Ausgangspunkt der be- deutenden Lachsfischerei, mit ei- nem Hafen, von dem Agnes Miel- gel schreibt: „Mensch, sag selbst – wenn du ein Ostpreuße bist –, hast du es dir träumen lassen, dass hier an dieser sturmgejagten Kü- ste mal so ein Hafen sein würde? Wenn du das vor 50 Jahren be- hauptet hättest – in den Lachs- bach hätten wir dich gesteckt, durch den Borstenstein hättest du gehen müssen, zerdrückt hätte er dich für dein Flunkern! Wir hätten gedacht, du krenkelst toller wie die Drehkreuze hier an den Feld- wegen, durch die du deine ost- deutsche Gewichtigkeit durch- klemmst!“

Ja, es war ein schöner weiter Weg rund um das Samland herum, und überall auf diesem Weg konnte man den Bernstein finden. Oft zeichnete er in blitzend kleinen Stücken die fein geschwungenen Linien nach, die die Flutwelle in den feuchten Sand gezogen, oft, besonders nach starken Nord- westwinden, lag er in großen Stü- cken zwischen Tang und trocken- nem Sprockholz versteckt. Unge- heure Mengen von Bernstein sind im Laufe der Zeit an Ostpreußens Küste geborgen worden. Es gibt Berichte, nach denen im Jahre 1862 in einer einzigen Sturmnacht bei Palmnicken in einem Umkreis von etwa sieben Kilometern 40 Zentner Bernstein ausgeworfen und ganze Wagenladungen davon fortgeführt wurden.

Wenn die Erträge aus dem Meere in jüngster Zeit auch zu- rückgegangen sind, so sind doch immer wieder beträchtliche Men- gen festzustellen: 1914 in einer Nacht 18 Zentner, 1931 in wenigen Tagen mehr als 15 Zentner. Ist es angesichts eines solch schier un- erschöpflichen Segens des Meeres verwunderlich, wenn Agnes Miegel den Block des Samlands als einen Wachturm bezeichnet, in dessen Tiefe der goldene Wunderhort ruht? Und dass sie als Kind gefragt hat, wie alle Kinder fragen: „Was ist das für ein wunderlicher Stein?“

Aus: Margarete Kudnig „Vom Bernsteinland“, Arbeitsbrief der Landsmannschaft Ostpreußen

VON PILLAU BIS ZUM NEUEN MARKT

Spurwechsel bei der Königsberger Straßenbahn

Vom Pferdeantrieb zur Elektromobilität – In Ostpreußens Hauptstadt stand man schon ab dem Jahr 1895 voll unter Strom

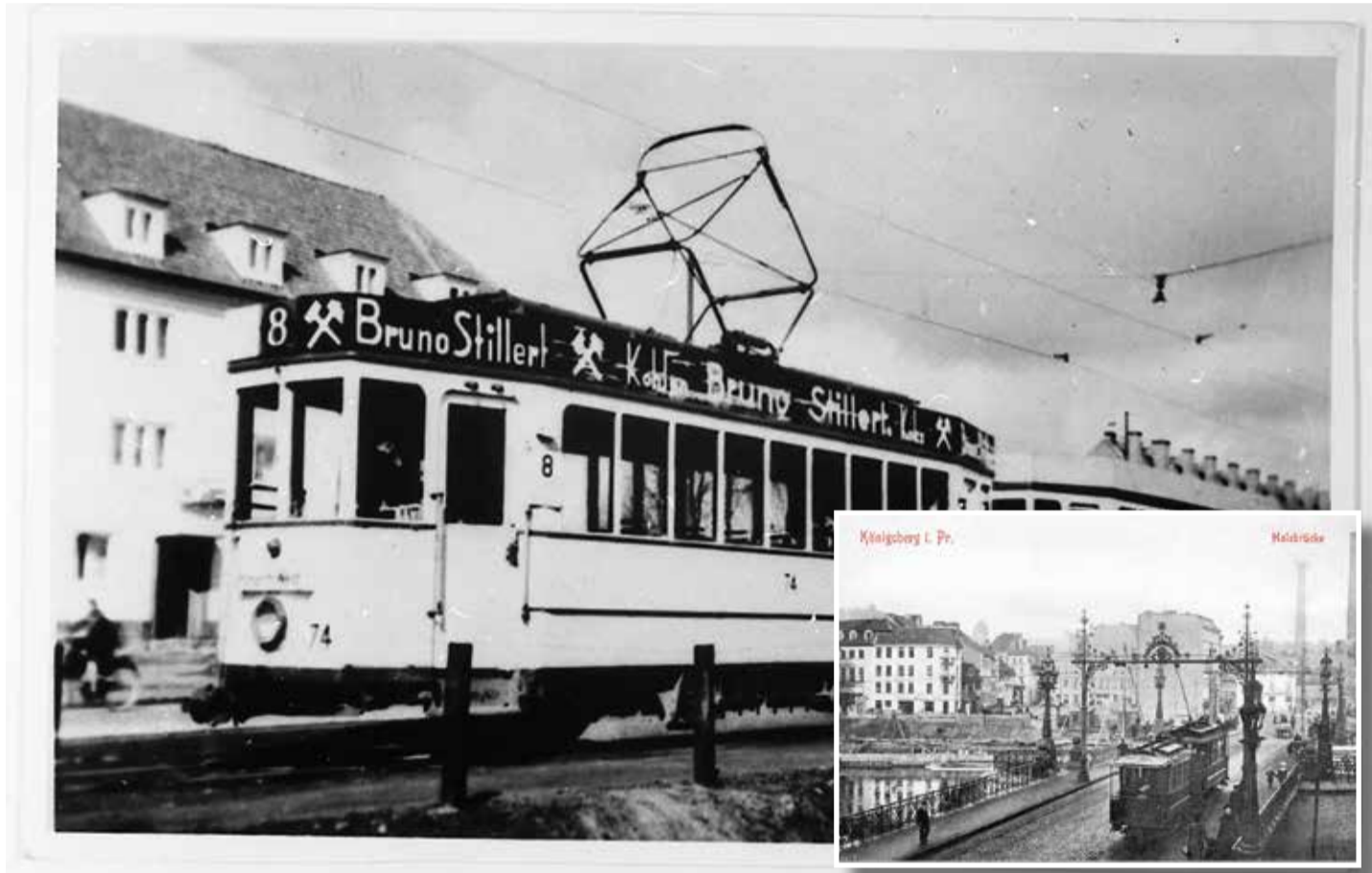
VON WOLFGANG KAUFMANN

Im November 1832 nahm in New York die erste von Pferden gezogene Straßenbahn ihren Betrieb auf. Das war damals eine Sensation. Dahingegen dauerte es noch bis Juni 1865, ehe auch in Deutschland eine Pferdebahn verkehrte. Diese pendelte in Berlin zwischen dem Brandenburger Tor und Charlottenburg. Bis 1880 folgten dann Hamburg, Stuttgart, Frankfurt am Main, Dresden, München, Köln und etliche andere Städte. Erst am 26. Mai 1881 erreichte der Fortschritt schließlich auch Königsberg. Die erste Linie der Königsberger Pferdeisenbahn-Gesellschaft führte vom Steindamm in die Hufen. Zwischen Juni 1881 und August 1897 kamen sieben weitere Linien hinzu, auf denen ebenfalls Bahnen im Zehn-Minuten-Takt fuhren.

Ab dem 31. Mai 1895 erhielt die ostpreußische Pferdebahn allerdings durch die Städtische Elektrische Straßenbahn Konkurrenz. Diese nutzte Gleise in der Meterspur, welche engere Kurven erlaubte, während die Pferdebahn eine Spurweite von 1435 Millimetern hatte. Der Antrag der Pferdeisenbahn-Gesellschaft auf Genehmigung ihrer Elektrifizierung wurde von der Stadt zurückgewiesen, weil die Ersteren den Umstieg auf die Meterspur verweigerte. Erst im Mai 1900 rüstete die Pferdeisenbahn-Gesellschaft eine ihrer Strecken um, woraufhin sie dort auch den elektrischen Betrieb aufnehmen konnte. Nach weiteren Umspurungen änderte die Königsberger Pferdeisenbahn-Gesellschaft ihren Namen zum 1. April 1901 in Königsberger Straßenbahn AG (KÖSAG).

13 Linien in diversen Farben

Mit dem Auslaufen der Konzession der KÖSAG übernahm die Stadt deren Netz und stellte es komplett auf die Meterspur für E-Wagen um, sodass ab Ende 1901 keine Pferdebahnen mehr in Königsberg unterwegs waren. Trotzdem existierte die



Die Königsberger Straßenbahn der Linie 8 fuhr um 1940 mit Werbung (großes Foto); zwischen 1899 und 1914 tuckerte die Straßenbahn in Königsberg im Sieben-Minuten-Takt über die Holzbrücke (kleines Foto)
Bilder: Bildarchiv Ostpreußen

KÖSAG formell noch bis zum 31. März 1909, ehe sie vollkommen in den Besitz der Kommune überging. Seither oblag der Straßenbahnbetrieb ausschließlich der Elektrizitätswerke und Straßenbahn Königsberg AG.

Die erste Elektro-Straßenbahnlinie der ostpreußischen Provinzhauptstadt führte vom Pillauer Bahnhof über den Kaiser-Wilhelm-Platz, wo sie die Gleise der Pferdebahn kreuzte, bis zum Neuen Markt. Bis 1904 stieg die Zahl der Linien der Städtischen Elektrischen Straßenbahn auf elf. Die Wagen kamen dabei sämtlich aus der ortsansässigen Waggonfabrik L. Steinfurt AG und die Motoren von der Firma Siemens.

Im Jahre 1910 existierten dann schon 13 Linien, die zunächst immer noch keine Nummern trugen, sondern sich durch die Farbgebung der Wagen unterschieden. Fünf der Linien verkehrten im Sieben-Minuten-Takt, und die restlichen Bahnen fuhren aller zehn bis 20 Minuten.

102 Kilometer langes Streckennetz

In den 1920er Jahren erfolgte ein umfassender Ausbau der Königsberger Infrastruktur, wodurch die Zahl der Straßenbahnlinien bis 1924 auf 15 stieg. Unter anderem rollte nun auch eine Bahn vom Kalthof zum Verkehrsflughafen Devau nördlich der Stadt. Die Länge der einzelnen Strecken variierte zwischen 2,8 und

7,3 Kilometern. Gleichzeitig erfolgte 1922 eine Umbenennung des Trägerunternehmens der Straßenbahn in Königsberger Werke und Straßenbahn GmbH.

Weitere Neubaustrecken kamen im Herbst 1927 hinzu. Und dann führten die Eröffnung des neuen Königsberger Hauptbahnhofes im September 1929 und des neuen Nordbahnhofes im Jahre 1930 zu nochmaligen Änderungen und Erweiterungen im Straßenbahnnetz von Königsberg, welche unter anderem auch der Gewährleistung des Sonderverkehrs zur Deutschen Ostmesse dienten. Die letzte neue Linie zwischen Maraunenhof und dem Krematorium entstand im Mai 1938. Dadurch besaßen die Königsberger Stra-

ßenbahnen nun ein Gleisnetz von insgesamt 102 Kilometern. Etliche der Streckenabschnitte waren dabei bereits zweigleisig angelegt. Außerdem wurden die Schienen vielfach von der Straße weg auf einen eigenen Bahnkörper verlagert.

Sowjets gierig auf Straßenbahn

Während des Zweiten Weltkrieges fanden zwischen Juni 1941 und April 1945 mehrere sowjetische und alliierte Luftangriffe auf Königsberg statt, unter denen auch das Straßenbahnnetz litt. Am Ende waren zahlreiche Gleise, vier der fünf Straßenbahndepots und ein Großteil der ehemals 251 Straßenbahnen zerstört oder beschädigt. Dennoch drängten die neuen sowjetischen Machthaber auf die schnelle Wiederaufnahme des Fahrbetriebs im verbliebenen Rumpfnetz. Diese erfolgte am 7. November 1946. Und Ende 1947 gab es dann immerhin schon fünf Linien, auf denen reparierte Bahnzüge verkehrten.

Austausch gegen E-Busse

Im Jahre 1960 umfasste das Straßenbahnnetz in Ostpreußens Hauptstadt Königsberg, die nun seit 1945 unter sowjetischer Herrschaft stand und von den russischen Machthabern Kaliningrad genannt wurde, zehn Linien, deren Strecken im Wesentlichen wie in der Vorkriegszeit verliefen. Daran änderte sich bis zum Ende der Sowjetunion kaum etwas. Und auch die russische Wirtschaftskrise der 1990er Jahre überstand die Straßenbahn in Königsberg noch relativ unbeschadet.

Dann jedoch kam es ab 1999 zur Auflösung des bisherigen Liniennetzes beziehungsweise sogar zur rapiden Stilllegung von Strecken, sodass 2009 nur noch zwei Abschnitte von insgesamt 21,5 Kilometern Länge übrig blieben. An die Stelle des Öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen traten der Pkw-Individualverkehr und zum Teil auch elektrische Busse, welche die früheren Oberleitungen der Straßenbahnen nutzen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wenn Teufel, Bär und Zigeunerin durchs Dorf ziehen

In Oberschlesien werden wieder ganz politisch unkorrekt Traditionen zelebriert

Mit dem „Fett-Donnerstag“ oder „schmotzigen Donnerstag“ hat in Oberschlesien der Karneval begonnen. An diesem Tag werden kiloweise Kreppel – in anderen Regionen als Krapfen, Pfannkuchen oder Berliner bekannt – verzehrt. Früher backte man sie selbst und einer wurde anstatt mit Marmelade mit Senf gefüllt. Wer den erwischte, hatte zwar im ersten Moment Pech, aber dafür, so glaubt man, das ganze Jahr über Glück.

Nur noch in wenigen ober-schlesischen Dörfern wird der mittelalterliche Brauch des Bären-treibens gepflegt. Das ober-schlesische „kludzenie Bera“ – wie es in der slawisch-deutschen Mischsprache heißt, ist im etwa 20 Kilometer südöstlich von Oppeln [Opole] entfernten Danietz [Daniec] zu Hause. Dabei zieht eine Gruppe verkleideter, meist junger Dorfeinwohner, von Haus zu Haus. An der Spitze des Umzuges wird ein Mann im aus Stroh geflochtenen Bärenkostüm getrieben. Die Gruppe sammelt Süßigkeiten, Geld, oft auch Alkohol, und fordert Hausfrauen zum Tanz mit dem Bären auf. Auch dieser Tanz soll den Hausbewohnern für das ganze Jahr Glück beschern. Zur Gesellschaft dieses Faschingsumzuges gehören neben dem an der Leine geführten Bären

ein Schornsteinfeger, ein Förster, eine Zigeunerin, der Teufel, ein Pfarrer, ein Arzt, ein Polizist, der Tod und ein Hochzeitspaar, das von Musikanten begleitet wird.

Der Bär symbolisiert das Böse, und das Bären-treiben soll symbolisch das Schlechte aus dem Dorf vertreiben. Vor einiger Zeit wurde der Brauch in Raschau [Raschowa] in der Gemeinde Tarnau [Tarnów Opolski] wieder eingeführt. Weil dort zum Bären-tanz dazugehört, dass man am Stroh des Bärenkostüms zupft, laufen gleich zwei Strohbären im Umzug mit. So bleibt am Ende wenigstens einer von beiden noch halbwegs unversehrt.

Vor 30 Jahren wurde das Bären-treiben in Miedar [Miedary] in der Gemeinde Broslawitz [Zbroslawice] wieder eingeführt. „Als unsere Großeltern uns damals sahen, weinten sie vor Glück“, berichtet Paweł Pluta in der regionalen Wochenzeitung „Gwarek“. Das Bären-treiben erlosch in Miedar in den 70er-Jahren, nicht aber im benachbarten Koppinitz [Kopienica], wo sich die Miedarder Nachhilfe holten. „Es ist gar nicht so einfach, das Stroh zum Kostüm zu flechten, dass es auch hält. Am schwierigsten ist der Kopf“, sagt Pluta, der seit 30 Jahren als einziger von der alten Truppe dabei ist. „Einige sind nach



Das Bass-Begräbnis bedeutet, dass für die Zeit des Fastens – also von Aschermittwoch bis Ostern – auch der Spaß ein bisschen begraben werden soll
Bild: Wagner

Deutschland umgesiedelt, andere haben geheiratet und sind weggezogen. Dennoch wird die Tradition jedes Jahr fortgesetzt“, sagt er. Den größten Lärm beim Umzug würden die Musikanten auf der Ziehharmonika und den Trommeln machen, berichtet er. Traditionell fand das Bären-treiben am Dienstag vor Aschermittwoch statt. „Der Umzug führte auch

in die Schule und war für Kinder eine Art lebendige Lektion in Religion“.

Doch im Laufe der Zeit hätte man den Termin auf den letzten Sonnabend der Karnevalszeit verlegt. Der Grund: Die Teilnehmer hatten Schwierigkeiten, für diesen Tag Urlaub zu bekommen. Zudem findet noch ein obligatorischer Tanzabend statt. Höhepunkt ist die symboli-

sche „Tötung des Bären“, die der verkleidete Förster erledigt, und das Trinken des Bärenbluts. „Keine Angst, das Blut wird durch Glühwein ersetzt“, beruhigt Pluta.

Ein ebenfalls etwas makabrer Brauch ist das „Bass-Begraben“. Im Rahmen eines Tanzabends, am Dienstag, wird der Brauch also vor Aschermittwoch kurz vor Mitternacht begangen. Dabei wird eine Basstrompete oder ein Kontrabass in einem Sarg zu Grabe getragen. Ein Teil des Dorfes nimmt an dem Beerdigungszug teil, es gibt Klageweiber, Trauerreden und Trauermusik. Dafür wird Wochen davor geprobt. In Oberwitz [Obrowiec] bei Krappitz [Krapkowice] wird dieser Abend von der Jugend gestaltet. Tipps holen sie sich bei den Alten. „Das Begräbnis des Instruments bedeutet, dass man sich vom Spaß für die Zeit des Fastens verabschiedet. Ich feiere gerne, aber es muss auch Zeit zum Ausruhen geben“, sagt Patrycja Krawiec in der Rolle eines Klageweibes.

Mit dem Bass-Begräbnis endet der Karneval und die Fastenzeit beginnt, in der alle Instrumente schweigen sollen. Doch nach 40 Tagen wird der Bass erneut erklingen, dann kann der Spaß wieder losgehen und das Leben bunt und froh gefeiert werden.
Chris W. Wagner

GEDENKEN

Das Grauen über Swinemünde

Am 12. März 1945 brachten „Flying Fortress“, „Liberator“ und Mustang-Begleitjäger der US Army Air Forces der Stadt Verderben

VON ERWIN ROSENTHAL

Die Stadt Swinemünde war 1765 vom großen Preußenkönig Friedrich II. als Hafenstadt gegründet worden. Nach der Fertigstellung der Kaiserfahrt im Jahr 1880 wurde sie zum Vorhafen des größten deutschen Ostseehafens, Stettin.

Um 1900 war das 1824 gegründete See, Sol- und Moorbad Swinemünde, auch das „Nizza des Nordens“ genannt, zu einem Weltbad geworden, zum Primus der pommerischen, wahrscheinlich auch der deutschen Ostseebäder. Im März 1945, unmittelbar vor der Kapitulation des Deutschen Reiches, war der Glanz verblasst. Mit dem Vorstoß der Roten Armee bis vor Stettin blieb für den sich heranwühlenden Flüchtlingsstrom der Weg nach Westen nur noch über die Inseln Wollin und Usedom frei. Vor der Dievenow und der Swine gab es immer wieder Rückstaus.

Die Brücke über die Dievenow konnten nur wenige Fuhrwerke gleichzeitig befahren, und die Swinemünder Fähren waren außerstande, die Massen von Menschen und Pferdewagen über die Swine zu befördern. Trotz der zusätzlichen Pontonbrücke stautete sich hier der Treck häufig über 15 Kilometer zurück bis Misdroy. Das sehnlich erwartete Ziel der Flüchtenden war die vorpommersche Kleinstadt Swinemünde. Sie gehörte Anfang März noch nicht zu den „toten Städten“, von ihren Bahnhöfen fuhren sogar noch Züge in Richtung Westen ab. Der Krieg hatte die Stadt offensichtlich übersehen.

Im Hafen lagen auch jene Flüchtlingstransporter, die auf dem Seeweg aus Ostpreußen, dem Danziger Raum und letztlich auch aus Hinterpommern kamen. Auch die etwa 1000 Überlebenden der am 30. Januar versenkten „Wilhelm Gustloff“ machten hier Station. Zu den 28.000 Einwohnern kamen Anfang März mehr als 40.000 Flüchtlinge hinzu, die Stadt beherbergte also etwa 70.000 Menschen.

Überall in der Stadt hielten sich erschöpfte Frauen, Kinder und Alte auf. Alle verfügbaren Kinos, Säle, Hotels und Schulen dienten als Notquartiere. Eine warme Mahlzeit, ein Dach über dem Kopf und ein Nachtquartier auf einem Strohsack ließen sie die Strapazen der Flucht für kurze Zeit vergessen. Sie glaubten, nun sei das Schlimmste überstanden und wädhnten sich in Sicherheit.

Swinemünde war jedoch auch Flottenstützpunkt, Festung und Garnisonstadt. In der Kaiserfahrt lag vertäut der schwere Kreuzer „Lützow“. Er feuerte aus zwanzig 20,3-Zentimeter-Kanonen auf die bis an die Dievenow vorgerückten sowjetischen Stellungen. Auch für die veralteten Geschütze der Swinemünder Batterien „Plantage“ und „Henningsen“ war die Schussdistanz von 25 Kilometern kein Problem. Zudem versorgte die im Ostseeraum agierende Kriegsmarine in Swine-



Stetige Erinnerung an das Geschehen: Am 12. März eines jeden Jahres finden auf der Gedenk- und Kriegsgräberstätte Golm Gedenkveranstaltungen statt. Hier eine Aufnahme aus dem Jahr 2005

Bilder (3): Archiv Rosenthal

münde ihre Schiffe mit Munition und Treibstoff.

Diese militärische Lage war der Anlass für ein sowjetisches Hilfsersuchen an die US-amerikanische Militärmission in Moskau. Am 9. März erreichte den Oberkommandierenden der US-Luftstreitkräfte von Europa, General Carl A. Spaatz, ein Telegramm des Stabschefs der sowjetischen Luftwaffe Marschall Khudyakow. Der Marschall, dem die für einen Angriff erforderlichen Luftverbände fehlten, ersuchte darum, „die Schifffahrt in Swinemünde zu bombardieren“.

Drei Tage später, am 12. März 1945 gegen Mittag, hatten 661 schwere Bomber (B-17 „Flying Fortress“ und B-24 „Liberator“) und 412 Mustang-Begleitjäger der US Army Air Forces, die am Morgen in England gestartet waren, Swinemünde erreicht. Die Bombardierung der pommerischen Kleinstadt durch eine gigantische Armada von Flugzeugen, quantitativ vergleichbar mit den Bombenverbänden, die Berlin oder Hamburg angegriffen hatten, begann um 12.05 Uhr und dauerte fast eine Stunde. Aus einer Höhe von 6000 Metern wurden 1609 Tonnen Bomben, zumeist Spreng- und Splitterbomben, abgeworfen.

Bereits um 11 Uhr war Küstenalarm ausgelöst worden. Die Kapitäne und Kommandanten aller im Swinemünder Hafen liegenden Schiffe hatten den Befehl erhalten, den Hafen sofort zu verlassen. Zwar wurden beim Angriff im Hafenbereich 13 Schiffe versenkt, darunter war jedoch kein größeres Kampfschiff. Auch die „Lüt-

zow“ blieb, ebenso wie die etwa 50 vor Swinemünde auf Reede liegenden Schiffe, vom Bombardement verschont.

Über der Stadt und dem Kurpark ging jedoch ein wahrer Bombenteppich nieder. Ein Flüchtlingszug auf dem Hauptbahnhof und ein weiterer Flüchtlingszug am Kaiserbollwerk wurden zu Leichenzügen. Bei Fliegeralarm durften sie nicht abfahren. Für den Kapitän des Lloyd-Dampfers „Lapland“ war das, was er am Kaiserbollwerk erblickte, „das Grauenhafteste, das er in seinem Leben gesehen hatte“.

Den 3000-Tonnen-Kohlefrachter „Andros“, mit 2000 Flüchtlingen aus Pillau an Bord, brachten drei Bombentreffer zum Sinken. 570 Menschen fanden dabei den Tod. Über dem Kurpark waren Baumkriecher abgeworfen worden, die bei der Berührung mit den Zweigen der Bäume, unter die sich sehr viele Menschen geflüchtet hatten, detonierten.

Als am nächsten Tag die Leichen geborgen wurden, war darunter kein Soldat, sondern waren nur Frauen, Kinder und wenige alte Männer. Die Adolf-Hitler-Schule in der Steinbrückstraße, Notunterkunft für Flüchtlinge, erhielt mehrere Bombentreffer. Die Opfer waren Frauen, alte Männer und Kinder.

Sie glaubten sich schon sicher

Auch in der von Trecks verstopften recht langen Hindenburgstraße (früher Große Kirchenstraße), Ausfallstraße in Richtung Westen, hielt der Tod reiche Ernte. Für die Färberstraße, die Ausfallstraße in Richtung Ahlbeck, galt Ähnliches. Der Zerstörungsgrad der Stadt wurde mit 55 Prozent angegeben.

Das im Stadtgebiet entstandene Inferno trug in der Tat wahrhaft apokalyptische Züge. Die Fähren über die Swine kehrten bei Alarm nicht mehr, und die Pontonbrücke war defekt. Östlich der Swine, auf der Reichsstraße 111, stockte daher der Treck. Das Unvorstellbare passierte: Die Flugzeuge warfen ihre Bombenlast in die gestauten Trecks. Viele Flüchtlinge fanden einen grausigen Tod.

Ein glaubhafter Zeitzeuge berichtet, dass Jagdflugzeuge die Reichsstraße 111 bis nach Pritter entlanggeflogen waren und den Treck im Tiefflug beschossen hatten. Seine Dorfgemeinschaft beklagte 18 Tote sowie einige Schwer- und Leichtverletzte. Eine Frau hatte einen Arm-

durchschuss erlitten. Zwei Tage nach dem Angriff wurden in das Universitätsklinikum Greifswald 44 beim Bombardement Verletzte eingeliefert. Fünf von ihnen wiesen Schussverletzungen auf.

Der Krieg war nun an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt. Ende August 1939 hatte das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ den Swinemünder Hafen in Richtung Danzig verlassen. Am 1. September um 4.47 Uhr eröffnete es das Feuer auf die polnische Stellung auf der Westerplatte. Der Zweite Weltkrieg hatte begonnen. Es ist unbestritten, dass die Alliierten einen gerechten Krieg gegen einen verbrecherischen Feind führten. Der Angriff auf Swinemünde war jedoch kein „Verkehrsangriff auf Rangierbahnhöfe“ und auch kein Angriff auf die Schifffahrt.

Der Autor Jörg Friedrich („Der Brand“) nennt ihn ein Massaker an der Zivilbevölkerung. Der britische Philosoph A.C. Grayling hatte die alliierte Luftkriegsführung als Verbrechen („moral crime“) verurteilt. Wahrscheinlich war das Bombardement auch eine Machtdemonstration gegenüber der Wehrmacht und der Roten Armee, die bereits kurz vor Berlin stand, während die US-Bodentruppen kaum vorangekommen waren.

Die Zahl der Opfer des Angriffs wurde lange Zeit mit 23.000 angegeben, während Historiker sie heute gar auf 4000 heruntergerechnet haben. Niemand kennt die Zahl genau, möglicherweise liegt die Wahrheit in der Mitte. Die meisten Opfer wurden anonym in Massengräbern auf dem Golm bestattet.

61 Jahre später

Die Einwohner Swinemünder konnten ihre zerstörten Häuser nicht wieder aufbauen. Sie mussten ihre Heimat verlassen, wurden Vertriebene. Die Stadt, früher in der Mitte Deutschlands gelegen – betrachtet man die Ost-West-Ausdehnung – nennt sich heute Swinoujście und liegt auf polnischem Gebiet.

Das Geschehene lässt die Zeitzeugen nicht los. Das Bild unten zeigt Herbert Weber (rechts), Zeitzeuge und Mitherausgeber der Zeitzeugenberichte über den Angriff. Er besuchte im Jahre 2006 auf dem Flughafen von Boca Raton (USA) eine Schau von flugbereiten amerikanischen Bombenflugzeugen aus dem Zweiten Weltkrieg. Dort begegnete er Sid Katz (Mitte) aus Livingston, der am 12. März 1945 oben im Bomber saß, während Weber unten in Swinemünde die schlimmste Stunde seines Lebens erlitt. „You bombed me, but I survived and I could escape!“ (Du hast mich bombardiert, aber ich überlebte und konnte entkommen!), sagte Weber. Im folgenden freundschaftlichen Gespräch schloss Katz nicht aus, dass vereinzelte Begleitjäger auch ein paar Tiefangriffe durchgeführt hatten.

● www.swinemuende.eu



Die Musikmuschel: Sie überstand die Angriffe. Drumherum nur Zerstörung und viel Leid. Im Jahr 1960 sah es dort immer noch so aus. Heute wird die Bühne wieder für Veranstaltungen genutzt und erinnert an vergangene Zeiten



Nach 61 Jahren: Zeitzeugen treffen sich neben Flugzeugen, die damals so vielen Menschen durch ihre Bomben den Tod brachten

„Eine verworrene Gegenwart“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Hundertwasser war ein Genie, der mit seinem Hoch-Wiesenhof auch in München eine Spur hinterlassen hat. Danke, dass Sie an ihn erinnert haben!“

Carolin Leicht, München
zum Thema: Immer der Mutter Natur nach (Nr. 7)



Ausgabe Nr. 8

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VANCE NICHT VERSTANDEN
ZU: WECKRUF AUS WASHINGTON (NR. 8)

US-Vizepräsident J.D. Vance hat angedeutet, dass das, was bisher die Basis der Existenz Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg war, der Schutz der USA, entzogen werden könnte. Wer die Freiheit im Innern einschränkt, setzt das politische Überleben der ganzen Nation aufs Spiel. So deutlich war bisher kein Freund, so sprachlos deshalb die ertappten Anwesenden. Wenig später hat der US-Sender CBS in „60 Minutes“ mittels einer Reportage der ganzen Welt Einblick in deutsche Meinungsfreiheit gegeben. Fatal.

Jetzt historische Vergleiche anzustellen ist überflüssig. Die seit über zehn Jahren geübte politische Praxis mit ihren Verwerfungen und Wirkungen hat eine einmalige, verworrene Gegenwart geschaffen. Dass eine neue Regierung den gordischen Knoten lösen wird, steht nicht zu erwarten. Denn Friedrich Merz ist weder Alexander der Große, noch hat er den Freund Vance wirklich verstanden.

Wolf Wilhelmi, Stutensee

UNTATEN DER ROTEN ARMEE
ZU: 40 JAHRE „STILLE JAHRE IN GERTLAUKEN“ (NR. 8)

Der Artikel über das Buch von Marianne Peyinghaus rührte bei mir an alte Erinnerungen. Ich besitze diese Beschreibung der Kriegsjahre 1941 bis 45 in einer Ausgabe als Goldmann-Buch 9571, habe es kürzlich wieder mal zur Hand genommen und mich an der Schilderung des letzten Kriegsjahres festgelesen, welches ich im Mitteldeutschland erlebt habe. Später lernte ich in meiner Lehrzeit ab 1945 in einem Chemiebetrieb ein Mädchen aus Tapiau kennen, welches in der gleichen Berufsrichtung ausgebildet wurde und mit dem sich ein Vertrauensverhältnis entwickelte. So erfuhr ich Einzelheiten über ihre Flucht auf dem Seeweg, bis sie in meine Heimatstadt verschlug. Seitdem interessierte mich Ostpreußen mehr,

kenne auch viele Schriften der Gräfin Dönhoff.

Ihre Autorin schreibt unter anderem: „... Nur der Historiker mag stutzen, wenn vom Herbst 1944 erzählt wird, ohne dass ‚Nemmersdorf‘ genannt wird, ein für die Ostpreußen traumatisches Datum ...“ (Besser wäre „traumatischer Ort“). Dieser Satz trifft nicht zu. Im Brief vom 5. August 1944 schreibt Marianne Peyinghaus (damals Günther): „... Soldaten, die vom Osten kommen, berichten Entsetzliches aus Nemmersdorf und Goldap, wo die Russen eingedrungen waren ...“

Die Briefschreiberin hatte aber Kenntnis von den Untaten der Roten Armee, die wir in Mitteldeutschland ebenfalls in den noch erscheinenden Presseerzeugnissen schon im Herbst 1944 entnehmen konnten.

Siegfried Grempe, Erfurt

DEN AMTSEID BEDENKEN
ZU: DIE DEUTSCHEN KÖNNEN SICH AUF EINE NEUE „GROKO“ EINSTELLEN (NR. 7)

Eine neue „Groko“ aus CDU/CSU und SPD? Nur weil Friedrich Merz mit allen anderen Parteien nicht will? Was geschieht, wenn eine Mehrheit nicht zustande kommt? Merz will Bundeskanzler werden, und dafür wird er alles tun.

Notfalls wird er als Wetterhahn fungieren. Eine Regierung Merz muss daran denken, dass auch sie einen Amtseid nach Artikel 56 des Grundgesetzes leisten muss. Denn weder die jetzige noch die vorherige Regierung hat sich in vollem Umfang an diesen Eid gehalten. Konsequenzen braucht man offensichtlich nicht zu fürchten.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

EINE VERHÖHNUNG DER OPFER
ZU: ÜBER DEN UMGANG MIT PANDEMIEN (NR. 7)

Wie ist es möglich, dass die PAZ dem Virologen Christian Drosten in Form einer Rezension seines Buches über die Pandemie so eine Bühne bietet? Schon der Titel

des Buches „Alles überstanden?“ ist eine Verhöhnung der Opfer. Drosten hat alles falsch gemacht, und es kommen weitere Entdeckungen hinzu, wie er in die Maßnahmen gegen die Bevölkerung verstrickt war und ist. Gerade erst ist bestätigt worden, dass das Coronavirus doch aus dem Labor in Wuhan stammte, was Drosten immer bestritten hatte, obwohl er, oder vielleicht sogar weil er schon vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie mit Wissenschaftlern aus Wuhan in der Gain-of-function-Forschung zusammengearbeitet hat.

Dr. Hansjürgen Bals, Werder

BETROFFENHEITSRITUALE
ZU: GEFAHR DURCH PSYCHISCH KRANKE (NR. 6)

Liegt es vielleicht nur an meinem dafür nicht hinreichend ausgeprägten Erinnerungsvermögen, dass ich mich nicht daran erinnern kann, dass ein zugereister Straftäter (Mörder) jemals nicht psychisch vorbelastet war und die Politik sich jedes Mal notorisch auf einen bedauerlichen Einzelfall beruft? Ich kann diese heuchlerischen und verlogenen Betroffenheitsrituale nicht mehr hören, wenn seitens der Regierung keinerlei Folgerungen daraus gezogen werden.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

VÖLKERMORD DER ALLIIERTEN
ZU: „IM HÖLLENFEUER AUS MENSCHENHAND“ (NR. 6)

Die Darstellung lässt den starken Verdacht aufkommen, dass es sich bei den alliierten Luftangriffen auf deutsche Städte letztlich um nichts anderes handelte als um Völkermord. Wobei die Zahlen zu den Todesopfern im Grund nur von sekundärer Bedeutung sind. Entscheidend ist die kriminelle Energie, die zu diesen Taten führte. Es wird in den Diskussionen um diese Ereignisse immer wieder behauptet, die Deutschen hätten diesen Krieg angefangen und andere Völker beziehungsweise Staaten überfallen.

Hierzu wäre folgendes zu bemerken: 1) Deutschland war damals eine Diktatur, das Volk hatte absolut nichts zu melden, es wurde auch nicht gefragt, es wurde nur von oben herabkommandiert. 2) Es gibt eine gewaltige Schuld der Sieger des Ersten Weltkriegs am Ausbruch dieses Krieges. Der Versailler Friedensvertrag war ein einseitig diktiert Frieden, für den demzufolge ausschließlich die Siegermächte verantwortlich waren – für den Frieden, auch noch nach 20 Jahren.

Was die gesinnungsethische Seite dieser Geschichte angeht, so ist auch hier ein massives Versagen der Siegermächte zu konstatieren. Denn unübersehbar ist eines: Der demokratische Rechtsstaat Weimarer Republik wurde mit allen möglichen Maßnahmen erheblich unter Druck gesetzt. Die darauffolgende menschenverachtende Diktatur eines Adolf Hitler blieb dagegen lange weitgehend unbehelligt. Schließlich zeigte man mit der Teilnahme an den Olympischen Spielen, dass man Hitler voll und ganz akzeptierte.

Wolfgang Beck, Coswig (Anhalt)

PRIMA, WEITER SO
ZU: LESERUMFRAGE DER PAZ

Seit Jahren lesen wir regelmäßig die *Preußische Allgemeine Zeitung* als Kiosk-Käufer, da wir mit unserem Kioskkauf auch dafür sorgen möchten, dass die Zeitung weiter gedruckt in der Öffentlichkeit auftaucht und wahrgenommen wird. Vom Allgäu bis zur Insel Rügen kann man Ihre Zeitung am Kiosk erwerben, prima, weiter so!

Während meiner Schulzeit und auch danach in der jetzigen aktuellen Politik wird kaum über Ostpreußen, Pommern oder Schlesien berichtet. Ihre Zeitung tut dies in einer ausgezeichneten Form, man lernt über die Geschichte von früher bis heute etwas dazu. Wenn Sie über Ostpreußen, Pommern oder Schlesien berichten, wäre es aus meiner Sicht hilfreich, wenn man im Teil *Ostpreußenblatt* zu den Örtlichkeiten eine Karte abbilden würde, um die Geographie besser zu vermitteln.

Dr. Dietzmann, Buchholz

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

FASTENZEIT

Runter mit den Pfunden! Bloß wie?

Nicht nur der Aschermittwoch gibt Anlass, mit dem Prassen Schluss zu machen – Wenn es nur nicht so viele Fastenmethoden gäbe

VON STEPHANIE SIECKMANN

Kein Alkohol im Januar – der sogenannte Dry January (trockener Januar) hat sich vom stillen Vorsatz zum Trend entwickelt. In diesem Jahr war besonders oft zu hören: „Nein danke. Für mich keinen Alkohol. Ich mach den Dry January!“

In einer Zeit, in der Überfluss selbstverständlich ist, wird der bewusste Verzicht zur Weltanschauung. Der Verzicht auf Nahrung ganz besonders. Auch deshalb wird Fasten weltweit immer beliebter und in den unterschiedlichsten Varianten gelebt, zelebriert, gefeiert.

Das Fasten – für Tage oder Wochen – ist keine neue Erfindung der modernen Gesellschaft. Ganz im Gegenteil. Es ist eine jahrhundertalte Praxis, die in vielen Kulturen und Religionen ihren festen Platz hat. So rückt die christliche Tradition des Fastens zwischen Aschermittwoch und Ostern den Verzicht ebenso in den Mittelpunkt wie die muslimische Tradition des Ramadan.

Beim christlich inspirierten Fasten wird 40 Tage lang auf Fleisch, Milchprodukte und Alkohol verzichtet. Die Sonntage sind von der Regel ausgenommen, an diesen Tagen darf alles verzehrt werden. Im Ramadan wird die Nahrungsaufnahme auf zwei Mahlzeiten reduziert. Muslime nehmen Nahrung einmal vor Sonnenaufgang und einmal nach Sonnenuntergang zu sich. Tagsüber wird weder getrunken noch gegessen, wenn der Ramadan strikt begangen wird. Schon diese beiden Herangehensweisen zeigen: Fasten kann man auf unterschiedliche Weise.

Heute gibt es viele Spielarten des Fastens. Und längst nicht mehr ist der Verzicht an Kalenderdaten gebunden. Oft wird für sieben, zehn oder 14 Tage vollständig auf feste Nahrung verzichtet. Mal im Frühjahr, mal im Sommer, mal im Herbst. Inzwischen haben sich Programme wie Saft-, Basen-, Heil- und Intervallfasten rund ums Jahr etabliert.

Nicht nur die Umsetzung des Verzichts hat sich geändert, auch die Beweggründe. Während einst religiöse Motive wie Reinigung oder das „Buße tun“ im



Das muss für den ganzen Tag reichen: In der Fastenzeit steht täglich Rohkost auf dem Speiseplan Bild: imago/Bihlmayerfotografie

Vordergrund standen, rücken heute gesundheitliche Effekte in den Fokus. Und die sind beeindruckend, wie die Wissenschaft belegen kann. Studien zeigen, dass Fasten weit mehr bewirkt als bloßen Gewichtsverlust. Es aktiviert zelluläre Reparaturprozesse, reguliert den Stoffwechsel und kann vielleicht sogar altersbedingten Erkrankungen entgegenwirken.

Eine Studie zum Buchinger-Heilfasten aus dem Jahr 2019 hat ergeben, dass Fasten nicht nur zu signifikantem Gewichtsverlust führen kann, sondern dass sich zudem auch die Cholesterin- und Blutfettwerte verbessern. Auch im Hinblick auf den Blutdruck konnten die 1422 Teilnehmer der Studie profitieren. Der Blutdruck normalisierte sich bei vielen von ihnen. Weitere positive Effekte zeigten sich bei 83 Prozent der Teilnehmer mit länger bestehenden körperlichen Beschwerden wie Typ-2-Diabetes und Arth-

ritis. Auch hier konnten die Teilnehmer der Studie punkten.

Bei solch guten Gründen für das Fasten wundert es nicht, dass sich viele Menschen dafür interessieren. Der Aschermittwoch ist dabei nicht mehr ausschlaggebend als Start-Tag für die Fastenkur.

Modell „16:8“ oder „5:2“?

Heute gibt es so viele verschiedene Fasten-Methoden, dass jeder Interessierte eine passende Fastenart für sich finden kann. Eine davon ist das Intervallfasten. Hinter dem Begriff verbirgt sich eine Strategie, die den religiösen Fastenzeiten nahekommt. Bei dem Modell „16:8“ wird acht Stunden am Tag gegessen, was das Herz begehrt. Die übrige Zeit wird auf Nahrung verzichtet. Lediglich Wasser oder Tee ist dann erlaubt. Wer sein Zeitfenster für das Essen auf die Zeit von 12 bis 20 Uhr legt, muss also nur auf das

Frühstück verzichten. Damit passt diese Methode in viele Arbeitszeitmodelle.

Bei der Variante „5:2“ wird an fünf Tagen normal gegessen, an zwei Tagen gefastet beziehungsweise die Aufnahme auf 500 bis 600 Kalorien je Tag reduziert. Das Intervallfasten ist ein Konzept, das viele Menschen einfacher in ihren Alltag mit Arbeit und Familie integrieren können als eine klassische Fastenwoche.

Während beim klassischen Heilfasten vollständig auf feste Nahrung verzichtet wird, muss beim Basenfasten niemand einen knurrenden Magen fürchten. Erlaubt sind jedoch nur sogenannte basische Lebensmittel, also solche Nahrungsmittel, die dazu beitragen, dass der pH-Wert im Blut und den Zellen erhöht wird. Dazu zählen Vollkorn-Haferflocken, Quinoa (ein Anden-Gewächs), Spinat, Mandeln, Linsen, Kichererbsen, Avocados oder auch Äpfel.

Verzichtet wird dabei auf alle Lebensmittel, die den Körper übersäuern können. Dazu gehören Kaffee, Fleisch, Käse, Wurst, Zucker und Weißmehlprodukte. Durch den Verzicht auf Säurebildner können Entzündungen im Körper verringert, Giftstoffe ausgeschieden und Symptome wie Blähungen und Sodbrennen gelindert werden. Ein weiterer Vorteil: Da das Basenfasten eine zeitlich begrenzte Ernährungsumstellung ist, eignet es sich, um mehrere Wochen am Stück umgesetzt zu werden.

Beim Saftfasten werden dem Körper über zwei bis sieben Tage hinweg ausschließlich Frucht- und Gemüsesäfte zugeführt – am besten frisch gepresst und aus Bioware. Das Ziel ist es, dem Körper durch die hochwertige Versorgung sehr viele Vitamine und Mineralstoffe zuzuführen, während der Darm entlastet wird. Die frischen Obst- und Gemüsesäfte, zum Beispiel aus Sellerie, Roter Beete, Spinat oder Weizengras kommen ohne den Zusatz von Zucker aus. Neben den Säften darf Wasser und Kräutertee getrunken werden. Vorsicht gilt für alle Menschen, die ein Problem mit ihren Blutzuckerwerten haben. Der Fruchtzuckergehalt der Obstsaft darf nicht unterschätzt werden.

Egal, welche Fastenkur in Betracht gezogen wird: Sollten Vorerkrankungen bekannt sein, ist es wichtig, erst mit dem Hausarzt über das Fasten-Vorhaben zu sprechen. Wer Medikamente aufgrund von Blutfettwerten oder Diabetes nimmt, sollte seine Fasteneinheit unbedingt vom Arzt begleiten lassen.

Für Einsteiger gibt es die Möglichkeit, die ersten Fastenerfahrungen in einem Kreis Gleichgesinnter zu machen, etwa bei Fastenseminaren oder Fasten-Wanderwochen. Die Idee, den Verzicht mit der körperlichen Bewegung zu verbinden, bringt gleich mehrere Vorteile: das Wandern lenkt ab und regt den Kalorienverbrauch an. Wer zusätzlich eine Strecke auf einem Pilgerweg zurücklegt, kann auch seinen Geist zur Ruhe bringen, sich auf sich selbst besinnen sowie Körper, Geist und Seele in Einklang bringen. Dabei kommt man dem Ursprung des religiösen Fastens wieder ganz nahe.

MOLMERSWENDE

Eine Heimat für den Lügenbaron

Das Geburtshaus von Gottfried August Bürger, dem „Münchhausen“-Autor, startet in sein erstes volles Museumsjahr

Die Geschichten des Lügenbarons Münchhausen sind weltweit bekannt. Weniger bekannt ist der bekannteste Verfasser dieser Geschichten: der Dichter Gottfried August Bürger, der von 1747 bis 1794 lebte. In seinem Geburtsort Molmerswende, heute ein Ortsteil der Stadt Mansfeld im südlichen Sachsen-Anhalt, pflegt man seit jeher die Erinnerung an den berühmten Sohn des Dorfes.

Im Jahr 1786 hatte Bürger die „Münchhausen“-Geschichten veröffentlicht, die 1943 von der Ufa verfilmt wurden. Die Szene, wie Hans Albers als Lügenbaron auf einer Kanonenkugel reitet, kennt wohl jeder. Freude und Vergnügen bereiteten Bürger wohl auch seine zahlreichen Sprachschöpfungen wie „querfeldein“ oder „mucksmäuschenstill“, die aus dem heutigen Sprachgebrauch nicht wegzudenken sind. Bürger war ein bedeutender Dichter der Sturm-und-Drang-Epoche. Seine Balladen wie „Lenore“, „Der Raubgraf“, „Das Lied vom braven Manne“, „Des Pfarrers Tochter von Taubenhain“

oder „Lust am Liebchen“ waren zu seiner Zeit berühmt.

Sein Lebensweg führte Bürger nach zwölf Jahren hinaus aus seinem Dorf Molmerswende. Er besuchte die Stadtschule in Aschersleben und setzte seine Ausbildung in Halle an der Saale fort. Schließlich gelangte er nach Göttingen, wo er unter anderem als Amtmann und Gerichtshalter der adeligen Familie Uslar im nahen Altengleichen wirkte.

1968 wurde es möglich, der Erinnerung an Bürger eine dauerhafte Bleibe zu bieten. Dem Rat der damaligen Gemeinde Molmerswende gelang es, das Pfarr- und Geburtshaus des Dichters zu übernehmen. Damit ging der lang gehegte Wunsch in Erfüllung, ein Bürger-Museum einrichten zu können.

Doch im Jahr 2011 musste das historische Fachwerkhäuschen aus Sicherheitsgründen geschlossen werden. Ein Teil der Ausstellung konnte allerdings in einer nahegelegenen Gaststätte weiterhin gezeigt werden. Acht Jahre zuvor hatte sich im

Ort bereits ein Förderverein gegründet, der fortan entscheidend mitwirkte, das Gebäude zu sanieren und die Ausstellung in würdiger Form wieder zugänglich zu machen. Durch dieses ehrenamtliche Engagement konnte das Museum dauerhaft gerettet werden.

Nach Klärung der Finanzierung der Arbeiten durch EU-Mittel und der Übernahme des Eigenanteils der Stadt Mansfeld durch den Landkreis Mansfeld-Südharz konnten die Arbeiten am Haupthaus im Jahr 2021 beginnen. So wurde das Gebäude in den vergangenen Jahren saniert,

der Nordanbau neu errichtet, Sanitäranlagen, eine Wärmepumpe und ein Personenaufzug eingebaut. Dafür hatte man 700.000 Euro Fördermittel eingeworben.

Nach der Eröffnung im August 2024 waren allerdings noch Restarbeiten auszuführen, sodass das Museum nur zeitweilig zu besuchen war. Anfang März ist nun das erste volle Museumsjahr gestartet. Die Besucher aller Altersgruppen erwartet damit eine moderne Ausstellung über Gottfried August Bürger und die Zeit des „Sturm und Drang“. Neben Texten, Bildern und Objekten ermöglichen Audio- und Video-Stationen, Aktivitäten für Kinder und Beschriftungen in Blindenschrift den Menschen, Ehemann, Freund, Dichter und dessen Zeit kennenzulernen oder wiederzuentdecken. Bernd Gerwanski



Hier wuchs der „Münchhausen“-Autor auf: Das Bürger-Museum in Molmerswende

● Gottfried-August-Bürger-Museum, Hauptstraße 14, 06343 Mansfeld, Ortsteil Molmerswende, geöffnet Mittwoch bis Sonntag jeweils von 11 bis 16 Uhr www.erlebniswelt-museen.de

● FÜR SIE GELESEN

Eigenwillige
Neuausgabe

Wer kennt sie nicht, die Liebesgeschichte des missgestalteten Quasimodo, der die schöne Esmeralda liebt, die den schönen Hauptmann Phoebus begehrt, der nur sich selbst liebt. Dann gibt es noch Dom Frolo, der vor Begehren nach der Sünde, das Objekt seiner Lust zu töten versucht. Nebenbei zeichnet Autor Victor Hugo das Bild der Pariser Gesellschaft des 15. Jahrhunderts nach, die von Glauben, Aberglaube und einer strengen hierarchischen Ordnung geprägt ist.

Der Verlag arsEdition hat den „Glöckner von Notre Dame“ in einer Neubearbeitung von Sandra Miehlung mit Zeichnungen von Anna Frohmann in seiner Reihe „bibliotheca obscura“ herausgegeben. Das Werk sieht ansprechend aus, ist allerdings schwer zu lesen, was nicht alleine an dem Gewicht des Papiers liegt, sondern an den unterschiedlichen Schriftgrößen. Die großen Lettern werden genutzt, um zentrale Stellen hervorzuheben. So überfliegt man die Seiten leicht, was möglicherweise dem heutigen Leseverständnis entspricht, einem aber eigenständiges Leseabenteuer zumindest verringert. Jede Seite enthält Illustrationen, unterschiedlich farbige Seiten, die Illustrationen wiederholen sich oft wie Fledermaus, Hühner, Ratten oder natürlich die gotischen Elemente der Kathedrale Notre-Dame.

Zu einem Lesevergnügen wird diese Ausgabe so leider nicht. GRS



Victor Hugo: „Der Glöckner von Notre Dame“, arsEdition, München 2024, gebunden, 495 Seiten, 30 Euro

Reise mit
Enttäuschung

Es sollte ein schönes Wochenende in Cornwall werden auf dem neu gestalteten und exklusiven Campingplatz des Architektenpaars Max und Annie. Darauf hatten sich ihre Freunde mit ihren Familien schon lange gefreut. Die beiden hatten der hektik Londons den Rücken gekehrt und sich auf ein neues Projekt in der Wildnis Cornwalls gestürzt. Nun sollen ihre Freunde als erstes den neuen Ort testen. Im Laufe des Wochenendes entwickeln sich neue Meinungen über die Freunde und deren Kinder. Die Stimmung ist nicht so schön wie erwartet. Aus der Vorfreude auf ein paar schöne Tage macht sich schon bald große Enttäuschung breit. Als dann noch ein Kind verschwindet, steigern sich die Ressentiments noch mehr.

Hannah Richells Roman „Das Wochenende“ hat zu viele Personen, sodass man die Liste am Anfang des Buches öfter zu Rate ziehen muss. Auch werden zu wenig Beschreibungen der Gefühle und Geschehnisse geschildert. Der Thriller schildert zwar den Ablauf des Wochenendes, den Leser bindet er aber emotional nicht ein. *Angela Selke*



Hannah Richell: „Das Wochenende“, Rowohlt Verlag Polaris, Hamburg 2024, Taschenbuch, 430 Seiten, 18 Euro

PREUSSEN

Die Königin
der Herzen

Vier Autoren beschäftigen sich mit der beim Volk äußerst beliebten preußischen Herrschergattin – ein idealer Geschenkband

Luise für die Handtasche – Vier Autoren zeichnen im Miniformat ein Bild vom Leben der als „Königin der Herzen“ oder als „Preußische Madonna“ bezeichneten Königin. In vier Kapiteln beschreiben die Autoren Luises

Kindheit als Prinzessin in Mecklenburg, ihren Aufstieg zur Stil-Ikone, ihr Geschick als Politikerin sowie den Mythos, den die als von heiterem Wesen beschriebene Frau hervorgerufen hat. MRK

Matthias Asche/Christine von Bühl/Frank Göse/Dirk Palm: „Königin Luise in Berlin“, BeBra Verlag, Berlin 2024, 80 Seiten, 10 Euro

ALTE GESCHICHTE

Fundierte Deutung
eines Mordes

Der Historiker Michael Sommer schildert Hintergründe und Aspekte, die zum Tod Cäsars beitrugen – jedoch mit sprachlichen Anachronismen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Gaius Julius Cäsar, der im Februar des Jahres 44 v. Chr. vom Senat der Römischen Republik zum Diktator auf Lebenszeit ernannt worden war, starb wenige Wochen später während einer Senatssitzung im Theater des Pompeius an zahlreichen Messerstichen. An dem Mord sollen rund 60 Personen beteiligt gewesen sein, wobei Marcus Iunius Brutus und Gaius Cassius Longinus als die Rädelführer fungierten.

Aus der Tat an den „Iden des März“ resultierte ein bis 31 v. Chr. während Bürgerkrieg, an dessen Ende Cäsars Neffe, Adoptivsohn und Erbe Gaius Octavius über die Mörder triumphierte und zum ersten römischen Kaiser Augustus avancierte. Das ist bekannt. Doch was waren die Motive der Verschwörer gegen Cäsar? Hier verkünden die historischen Quellen oft gar nichts oder Widersprüchliches. Insofern erfordert die Aufklärung der Hintergründe des Cäsar-Mordes ein profundes Detailwissen über die Situation und das Protagonistenheer in der Zeit um 44 v. Chr. sowie logisches Denkvermögen.

Das alles besitzt der Professor für Alte Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Michael Sommer, in hinreichendem Maße, weshalb sein Buch „Mordsache Caesar“ durchaus überzeugt, wenn es um die Rekonstruktion der Motivlage der Verschwörer geht.

So gab es ganz offensichtlich nicht nur einen Grund für das Gemetzel im Senat,

wie andere, schlicht gestrickte Darstellungen suggerieren, die unisono auf die grundsätzliche Abneigung der republikanischen Römer gegen Alleinherrscher Bezug nehmen. Vielmehr existierten fast so viele Motive wie Beteiligte – beginnend bei Rachegehlüsten aufgrund von persönlichen Kränkungen durch Cäsar oder wegen des gewaltsamen Todes von Freunden, die bei dem Diktator in Ungnade gefallen waren, über Frustration angesichts unerfüllter Karrierepläne bis hin zur Ablehnung des von Cäsar etablierten neuen politischen Systems, in dem Opportunismus mehr zählte als Leistung und vornehme Abstammung.

So weit, so gut. Allerdings wäre da noch die Sprache des Buches, die immer wieder durch auffallend flapsige und letztlich auch anachronistische Formulierungen gekennzeichnet ist, die nicht zu einem althistorischen Thema passen. Beispielsweise soll sich Brutus nach der Schlacht von Pharsalos gefragt haben, ob „der Drops gelutscht war“. Außerdem stören auch unnötige Anglizismen wie „Street Credibility“. Mit diesem deplatzierten Ausdruck charakterisiert Sommer die dritte Frau von Marcus Antonius.



Michael Sommer: „Mordsache Caesar. Die letzten Tage des Diktators“, Verlag C. H. Beck, München 2024, gebunden, 316 Seiten, 26 Euro

POLITIK

Das Wesen
der Autokratie

Die US-Historikerin Anne Applebaum stellt Staaten, in denen Alleinherrscher über ihr Volk bestimmen, der westlichen Demokratie gegenüber

VON DIRK KLOSE

Die US-Historikerin Anne Applebaum hatte im vergangenen Herbst den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten. Die Jury würdigte ihr literarisches Werk, das sich mit den Themen autoritäre Staaten und Terror befasst, als „eminent wichtigen Beitrag für die Bewahrung von Demokratie und Frieden“. Das gilt auch für ihr jüngstes Buch.

Autokratien – das sind für sie Staaten wie China, Russland, der Iran, Venezuela, Weißrussland, Simbabwe oder Nordkorea. Es sind, so die Autorin, durchweg Staaten, welche die westliche Demokratie und das in der UN-Charta eigentlich für alle geltende Prinzip der Menschenrechte ablehnen, die eine auf Polizei und Geheimdienst gründende Alleinherrschaft errichtet haben und ihre Gegner im Innern gnadenlos verfolgen, im Ausland diffamieren und zu schwächen suchen.

Applebaum begründet ihre mit vielen Beispielen illustrierten Thesen genau. Skrupellose Alleinherrscher stehen an der Spitze einer durch einträgliche Pfründe, Reichtum und Korruption zusammengehaltenen „Kleptokratie“, der alle Mittel zum Machterhalt recht sind. Wichtiges Instrument sind gleichgeschaltete Medien, auch und vor allem die sozialen Medien, die sich zur Propaganda, zu Schmutzkampagnen und Diffamierungen besonders eignen. Dissidenten im Innern droht Isolation, Haft und Folter bis hin zur Ermordung. Den zahlreichen ins Aus-

land geflüchteten Kritikern droht selbst dort Verfolgung und Mord, wie drastische Fälle in Großbritannien und Berlin vor wenigen Jahren zeigten.

Autokraten sichern sich ihre Macht auch gegenseitig durch Verträge, wirtschaftliche Hilfe, Abstimmung bei Propaganda und Kampagnen gegen Demokratie und Menschenrechte. An deren Stelle setzen sie die scheinbar unverfänglichen Begriffe wie Multipolarität, Souveränität, Recht auf den eigenen Weg oder gegenseitigen Respekt, womit sich jede Einmischung von außen verbieten wird.

Die westlichen Demokratien, so die Autorin in ihrem ebenso erhellenden wie erschreckenden Buch, sind nicht wehrlos, müssten sich aber gegen die aggressiver werdenden Attacken auch wehren wollen. Sie macht dazu eine ganze Reihe bedenkenswerter Vorschläge, besonders eine intensive internationale Zusammenarbeit der demokratischen Staaten. Man kann nur hoffen, dass sich die neue US-Administration dieser Notwendigkeit nicht verschließt. Die offenen westlichen Staaten sind leicht verwundbar, aber wehrlos sind sie deswegen noch nicht.



Anne Applebaum: „Die Achse der Autokraten. Korruption, Kontrolle, Propaganda: Wie Diktatoren sich gegenseitig an der Macht halten“, Siedler Verlag, München 2024, gebunden, 206 Seiten, 26 Euro

KÖNIGSBERG

Prickelnder Genuss: Brauerei Wickbold

Flüssiges Gold aus Hopfen und Malz mit vollmundigem Geschmack nach ostpreußischer Art

VON JÜRGEN EHMANN

Bereits in früheren Jahrhunderten war Königsberg wegen seines Bieres berühmt. Die Besitzer entsprechender Häuser, die das verbriefte Recht besaßen, Bier streng nach Deutschem Reinheitsgebot zu brauen und zu verkaufen, bildeten die Zunft der Mälzenbräuer, die ihren Namen getreu dem Spruch „Hopfen und Malz – Gott erhalt“ trugen. Die im Jahr 1786 existierenden Brauhäuser – immerhin 102 in der Altstadt, 31 im Kneiphof und 220 im Löbenicht – exportierten große Quantitäten an Königsberger Bier in alle deutschen Himmelsrichtungen.

Erst im Jahr 1865 wurde der Export bei 23 damals existierenden Brauereien eingestellt, und erstmalig drehte sich der Bierfluss: Es wurde von diesem Zeitpunkt an mehr Bier nach Königsberg importiert als exportiert. Doch über die Zeit hinweg etablierte sich besonders eine Brauerei in Königsberg mit bestem Ruf in der Bierwelt, was der Qualität und dem hervorragenden Geschmack des Bräusafes zu verdanken war – die Brauerei Wickbold.

Kleine Brauerei, großes Renommee

Der elf Kilometer südlich von Königsberg und zwei Kilometer östlich des Tharauer Waldes gelegene Ort Wickbold, der bereits im Jahr 1789 im Buch „Vollständige Topographie des Königreichs Preussen“ unter dem Namen „Wickboldt“ Erwähnung fand, bestand aus einem Rittergut und einem Dorf. Nicht mehr und nicht weniger. Das 1846 erneut erwähnte Gut besaß zu dieser Zeit mittlerweile auch ein Adlig Patrimonial-Gericht sowie ein Gutsgefängnis. Zu Zeiten Friedrichs des Großen wird der Rittergutsbesitzer Keffler, 1852 und im Juli 1857 der Ritterguts- und Fabrikbesitzer Rudolf Reuter sowie im 1857 der Generalmajor von Bischofswerder genannt. Im Laufe der nächsten Jahrzehnte kam eine kleine Brauerei hinzu.

Die Wiener Brauer- und Hopfen-Zeitung „Gambrinus“ vom 15. Februar 1889 berichtete, dass die Erzeugnisse ebendieser Brauerei Wickbold „bis zum Jahr 1870, bis wohin der kleine Rittergutsbesitzer Wickbold das Geschäft auf sehr primitiver Weise betrieb, ein glänzendes Renommee“ hatten.

Ein Brauhaus auf der Höhe

Am 1. Dezember 1871 wurde auf dem Rittergut die Aktien-Brauerei Wickbold mit dem Zweck des Betriebs einer Bierbrauerei sowie dem Betrieb der Landwirtschaft gegründet. Für die Direktion wurden die Herren Loebell und Kayser, für den Aufsichtsrat der Vorsitzende Böhm sowie die Mitglieder Bülowius, Pensky und Schwanfelder namentlich erwähnt. Das Kapital betrug 1.680.000 Mark. Publikationsorgane waren die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ und die „Ostpreußische Zeitung“.

Das 1876 von Hermann Frischbier herausgegebene Buch „Preussische Sprichwörter und volkstümliche Redensarten“ erwähnte auf Seite 76 den „Heidberg“ oder „Quälberg“ als eine scherzhafte Bezeichnung für die Brauerei Wickbold. „Die Anhöhe, auf der die Brauerei liegt, war früher von der königlichen Heide umgeben; zu Zeiten des Begründers der Brauerei war sie den Arbeitern ein Ort der angestrengten Arbeit, die man nur zu gern Qual nennt.“

Die Bauaufträge im Sommer 1872 wegen Erweiterungen der Bierbrauereien Wickbold, Schönberg und Ponarth gaben zahlreichen Bauhandwerkern Beschäftigung. Die erste große Generalversammlung am 18. Dezember 1872 setzte für das



Treffpunkt durstiger Kehlen um 1900: Ausflügler und studentische Corporierte trafen sich zu einem oder mehreren kühlen Krügen Bier im Ausschankhaus der Brauerei Wickbold in Königsberg beim Tiergarten
Bilder (5): Bildarchiv Ostpreußen

erste Geschäftsjahr vom 1. Dezember 1871 bis 1. Oktober 1872 die Dividende mit acht Drittel Prozent fest. Im Geschäftsjahr 1876/77 zahlte die Brauerei wegen den außerordentlich hohen Hopfenpreise hingegen keine Dividende.

Am Abend des 22. Septembers 1878 bemerkte der Wächter der Brauerei Wick-

bold gegen 20 Uhr in den Fenstern des obersten Darrbodens, dort wo Hopfen, Gerste und Malz gelagert werden, über dem Sudhaus ein ausbrechendes Feuer. Trotz des sofortigen Einsatzes der örtlichen Feuerwehr, die damals als „Orts-spritze“ bezeichnet wurde, und der Unterstützung der eintreffenden Feuerwehren aus den umliegenden Ortschaften konnten ein Abbrennen des Sudhauses, der Malzspeicher, des Pech- und des Teehauses sowie der Gerätekammer nicht mehr verhindert werden. Und dennoch wurden die betroffenen Gebäude in kürzester Zeit wieder neu errichtet, und der Braubetrieb konnte wieder aufgenommen und fortgesetzt werden.



Das Brau- und Fabrikgelände der Brauerei Wickbold um 1914 war nicht so malerisch und idyllisch gelegen wie das Ausschankhaus

bold gegen 20 Uhr in den Fenstern des obersten Darrbodens, dort wo Hopfen, Gerste und Malz gelagert werden, über dem Sudhaus ein ausbrechendes Feuer. Trotz des sofortigen Einsatzes der örtlichen Feuerwehr, die damals als „Orts-spritze“ bezeichnet wurde, und der Unterstützung der eintreffenden Feuerwehren aus den umliegenden Ortschaften konnten ein Abbrennen des Sudhauses, der Malzspeicher, des Pech- und des Teehauses sowie der Gerätekammer nicht mehr verhindert werden. Und dennoch wurden die betroffenen Gebäude in kürzester Zeit wieder neu errichtet, und der Braubetrieb konnte wieder aufgenommen und fortgesetzt werden.

Des Kaisers Bierwünsche

Kaiser Wilhelm II. stattete am 4. September 1879 mit seiner Ehefrau, der Kaiserin Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach, Königsberg einen Besuch ab. „Während der Kaisertage in Königsberg im September d. J. hat das Wickbold'sche Bier bei den Hoffestlichkeiten eine hervorragende Rolle gespielt“, wie die Königsberger „Ostpreußischen Zeitung“ schrieb. „Die

Vorliebe des Kronprinzen, des Fürsten Bismarck und anderer höchsten und hohen Herrschaften für ein gutes Bier ist bekannt und hat sich auch hier wieder besonders gezeigt. Die Wickbolder Brauerei hat für den kaiserlichen Hof während dessen Hierseins täglich über zwei Tonnen Bier zu liefern gehabt. Nach Aufhebung

der Tafel am 7. September begaben sich die hohen und höchsten Herrschaften auf das Plateau über dem Pregel hinaus, um sich dort dem Biergenusse hinzugeben. Auf ausdrücklichen höchsten Wunsch hatte dort Wickbold zwei Quellen seines Gebräues eröffnet, eine dunkle und eine helle. Den hohen Herrschaften mundeten beide Sorten ganz vorzüglich, sie wollten gar nicht glauben, dass es hiesige Gebräue seien. Es wurden nicht weniger als täglich zweieinhalb Tonnen getrunken. Bei dem Festcommer in Schützenhause wurde auf ausdrücklichen Wunsch des Kronprinzen ausschließlich nur in Bier commercirt.“



Bier auch in Berlin haben zu wollen, hat die Wickbold'sche Brauerei veranlasst, am hiesigen Platze eine Filiale zu errichten und mich mit der alleinigen Vertretung zu betrauen.

Königsberg i. Pr., 4. October 1879. gez. H. Kaiser.“

Geschäftliche Berg- und Talfahrt

Ab dem Betriebsjahr 1881/1882 schrieb das Unternehmen bis zum Betriebsjahr 1887/1888 jedoch mehr und mehr Verluste. Anstelle des 1883 ausgeschiedenen Direktors Wilhelm August Fink wurde daraufhin der Kaufmann Elimar Klein als nächster kaufmännischer Direktor und als Hoffnungsträger gewählt.

Im Auftrag der am 11. April 1889 errichteten „Brauerei Wickbold, Aktiengesellschaft, Königsberg“ übernahm dann ein Konsortium, bestehend aus der Handelsgesellschaft Litten & Co., Jacobson und Japha, Kaufmann Samuel Magnus, Kaufmann Hermann Teschendorf und Kaufmann Franz Haarbrücker in Königsberg sämtliche Aktien der aufgelösten und in der Liquidation befindlichen „Aktienbrauerei Wickbold“. Der Brauerei gehörte in Königsberg das Grundstück in der Polnischen Gasse Nr. 1. Mitglieder des Aufsichtsrates der neuen Aktiengesellschaft waren die in Königsberg lebenden Kaufleute George Marr, Walter Japha, Samuel Magnus, Hermann Teschendorf, Franz Haarbrücker und Ascher Aron.

Der 1887 angestellte Brauermeister Ackermann blieb in seinem Amt als technischer Direktor. Als zweites Vorstandsmitglied wurde 1893 der Brauereidirektor Carl Friedrich Wilhelm Buchholz mittels Beschlusses des Aufsichtsrates bestellt. Man wollte damit auch die Sicherung und Wahrung der Qualität des Bieres sicherstellen.

1896 erfolgte eine Einigung der Vorstände der vier größten in der Umgebung von Königsberg belegenen Brauereien Ponarth, Schönbusch, Wickbold und Rettig mit den Vorständen

des Zentralvereins der Gastwirte und des Vereins der Kaufleute der Kolonialwarenbranche. Vom 1. April ab sollten die größten Abnehmer, die Gastwirte und Bierverleger, das Liter Lagerbier mit 17 Pfennige, die übrigen Käufer mit 19 Pfennige bezahlen. Der Aufsichtsrat ernannte am 31. März 1897 für den zum 1. April 1897 ausscheidenden bisherigen Direktor Gustav Wiersbißky Johannes Ladehoff zum neuen Direktor.

Das Ende einer Ära

Neben den erhofften Gewinnen erzielte das Unternehmen aber auch immer wieder Verluste wie die 199.775 Mark im Geschäftsjahr 1896. Die Generalversammlung vom 23. Dezember 1912 beschloss daher eine Grundkapitalherabsetzung. Nach einer Kapitalerhöhung im Frühjahr 1918 zahlte das Unternehmen für das Geschäftsjahr 1917/1918 immerhin sechs Prozent Dividende. Die außerordentliche Generalversammlung vom 14. Januar 1921 beschloss erneut eine Kapitalerhöhung.

1921 wurde der Stadtälteste Bieske als Vorsitzender des Aufsichtsrats genannt. Der seit 1903 tätige Direktor Hermann Röder, gleichzeitig auch im Aufsichtsrat der Brauerei Ponarth vertreten, schied aus dem Vorstand aus und wurde zum Generaldirektor der Rückforth-Aktiengesellschaft Königsberg ernannt.

Rückforth aus Stettin war ein Großkonzern der Bier- und Spiritbrancheder in Königsberg, Unterhaberberg 21, vertreten. Die Aktiengesellschaft war an 27 Gesellschaften (gemäß Stand von 1921), unter anderem an den Königsberger Brauereien Wickbold, Ponarth und Schönbusch beteiligt. Der langjährige Prokurist Gustav Janzon wurde an Röders Stelle nun zum Direktor gewählt.

Anfang 1923 beschlossen die Aktionäre der Wickbold- und der Ponarth-Brauerei den Zusammenschluss beider Brauereien. Die Fusion wurde im Herbst 1923 mit Unterstützung der Rückforth Aktiengesellschaft durchgeführt, und damit ging auch der Name der Brauerei samt dem Bier im Firmennamen Ponarth auf. Eine Königsberger Bier-Ära fand somit ihr Ende.

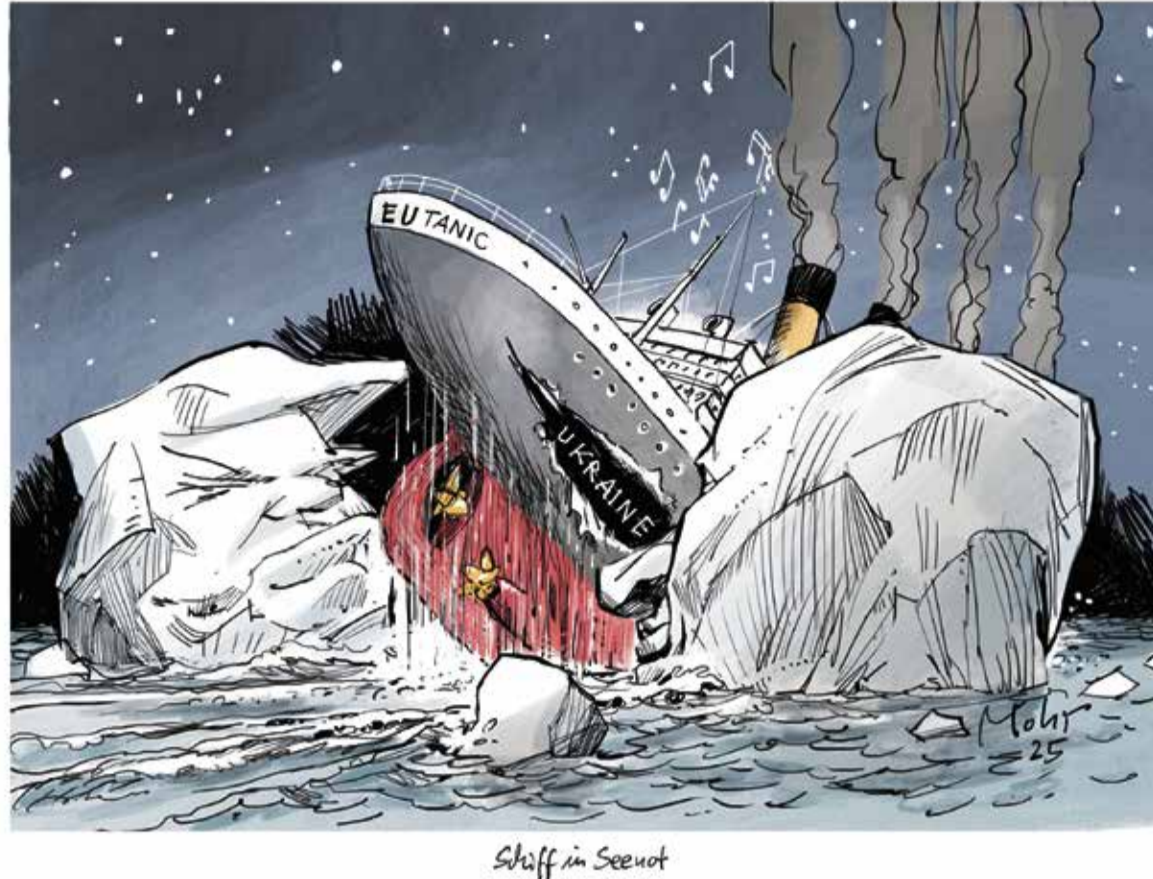


„Vielseitig ausgesprochene Wünsche des Kaisers, dieses Bier auch in Berlin haben zu wollen, veranlasste die Brauerei zur hiesigen Filialeröffnung“

Verlautbarung der Brauerei gemäß Wunsch von Kaiser Wilhelms II.

● AUFGESCHNAPPT

In einem Offenen Brief an die Vorsitzenden von CDU, CSU und SPD fordert ein Bündnis von 75 Organisationen, darunter Gewerkschaften, Kirchen und NGOs, dass Internet-Plattformen wie X oder Facebook schärfer staatlich kontrolliert werden. Das berichtet die „Zeit“. Die Unterzeichner des Briefs behaupten, die Algorithmen der Netzplattformen förderten Extremismus. Dagegen müsse der „Digital Services Act“ (DSA) der EU strenger angewendet werden. Nach dem Muster des DSA sollen „vertrauenswürdige Hinweisgeber“ angebliche Hassnachrichten melden, die dann binnen Stunden durch den Plattform-Betreiber zu löschen sind. Die Unterzeichner des Offenen Briefs fordern statt X und Co. mehr gemeinwohlorientierte und demokratisch kontrollierte Netzplattformen. Als Beispiel wird Wikipedia angeführt, das wegen seiner Linklastigkeit vielfach in die Kritik geraten ist. Letztlich scheint der Vorstoß darauf abzu zielen, den linker Kontrolle entzogenen Bereich der sozialen Medien ideologisch zu disziplinieren. **H.H.**



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Umweltökonom Fritz Söllner geißelt im Gespräch mit der „Welt“ (26. Februar) den linksgrünen politischen Moralismus in Deutschland, der dem Land schweren Schaden zufüge und eine sachliche Debatte ersticke:

„Dieses Hintenanstellen legitimer eigener Interessen zugunsten abstrakter Werte, das gibt es in dieser Form sonst nirgends. Wenn Deutschland Werte statt Interessen propagiert, leben die USA Werte als Interessen. Sie würden – und das galt übrigens schon vor Trumps zweiter Amtszeit, nur etwas diskreter – keine hehren Prinzipien über ihre geopolitischen Interessen stellen.“

In der „Jungen Freiheit“ (28. Februar) mahnt Dieter Stein die Union, ihre letzte Chance nicht zu verpassen:

„Die Erfolge der AfD insbesondere in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, jeweils knapp an den 40 Prozent, sind derart erdrückend, dass absolute blaue Mehrheiten im Osten greifbar sind – wenn sich nicht endlich fundamental die Politik ändert. Der CDU bleibt nur noch ein kurzes Zeitfenster, die selbstmörderische Brandmauer-Strategie zu überdenken.“

Anna-Maria Bischof, Generalsekretärin der CDU Hessen, gehört zu den 23 erfolgreichen Direktkandidaten, die nicht in den Bundestag einziehen. Gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ (26. Februar) warnt sie:

„Die Auswirkungen der Wahlrechtsreform drohen, die Politikverdrossenheit zu fördern. Es ist schwer vermittelbar, dass das noch demokratisch sein soll, wenn der Direktkandidat, den man gewählt hat, nicht ins Parlament kommt.“

Peter Schewe zieht im Blog von Vera Lengsfeld (2. März) einen Vergleich von drei Jahren Ampel mit den Irrungen der SED-Planwirtschaft und resümiert:

„Der Sozialismus siegt (!), war einst die Staatsdoktrin der DDR und viele haben geglaubt, dass es gut gedacht aber nur schlecht gemacht war. Nein, es war genauso schlecht gedacht wie gemacht ... Hüten wir uns also zukünftig vor allen neuen rot-grünen Experimenten, die meinen, Sozialismus sei etwas Gutes. Sie werden immer wieder scheitern und uns viel Geld kosten.“

Ralf Schuler spricht bei „Nius“ (3. März) von seiner Enttäuschung über die Union:

„Politikwechsel war DAS große Schlagwort im Wahlkampf von Friedrich Merz (CDU) und der Union. Doch was man auf den ersten Metern der sich anbahnenden Koalition mit der SPD geboten bekommt, ist Trickserei vom Feinsten.“

● WORT DER WOCHE

„So zu tun, als gäbe es mehr Sicherheit zum Nulltarif ... verstärkt den Eindruck: Schwarz-Rot wolle so weitermachen wie die Ampel.“

Jan W. Schäfer in der „Bild“-Zeitung (4. März) zur Idee, die Wiederaufrüstung Deutschlands durch gigantische Schulden zu finanzieren

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die Unentrinnbaren

Warum Esken und Klingbeil immer noch da sind, und wie Baerbock noch einmal Gas gibt

VON HANS HECKEL

Wer hat die Bundestagswahl nun eigentlich verloren? Je länger der 23. Februar her ist – und das ist ja im Grunde noch nicht sehr lange – desto mehr verschwimmt unsere Erinnerung. Die SPD kann es auf keinen Fall gewesen sein. Die Sozialisten stolzen schließlich vor Selbstbewusstsein, allen voran ihre Spitzengenenossen.

Egal, was die Zahlen vom Wahlabend vertragen haben: Saskia Esken dachte nicht einen Moment an persönliche Konsequenzen, weil sie sich ungebrochen fabelhaft findet. Und ihr Kollege auf dem Chefsessel der Partei, Lars Klingbeil, hat sich per Wahl zum Fraktionsvorsitzenden gar noch mit einem Zusatzposten belohnen lassen für seine Leistung.

Esken will eine „führende Rolle“ bei den Koalitionsrunden mit der Union spielen und dort ihr Bestes geben. Was das sein soll? Das sagt sie selbst: „nerven“. Das ist natürlich ein wenig kokett gemeint, Selbstironie! Indes: Jeder, der die Frau in den vergangenen Jahren beobachtet hat, nimmt die Drohung vollkommen ernst.

Trotz alledem sind Esken und Klingbeil tatsächlich die Idealbesetzung, um die SPD bei den Gesprächen mit CDU und CSU anzuführen. Denn die dreisten Zwei führen der Union plastischer als jeder andere vor Augen, mit wem sie da vier Jahr lang koalieren will. Dass Klingbeil und Esken, von keinem Zweifel angekränkt, einfach weitermachen oder sich sogar noch befördern lassen, ist ein klares Signal an die Wähler, das da lautet: Wählt doch, wen ihr wollt – uns werdet ihr nicht los!

Was Deutschland von den Unentrinnbaren zu erwarten hat, ist danach nicht mehr schwer zu erraten. Wer mit solcher Leichtigkeit über den Absturz seiner eigenen Partei hinwegwurstelt, dem ist auch der rasante Niedergang des Landes keine Sorgenfalte wert, solange er nur seinen Posten behält.

Je gründlicher sich die SPD-Verhandler in den Koalitionsgesprächen durchsetzen, desto mehr kann Friedrich Merz seinen vollmundig versprochenen „Politikwechsel“ wieder runterschlucken. Wenn es nach Esken und Klingbeil geht, geht es einfach so weiter. Schließlich blicken die beiden nach eigener Einschätzung auf „drei Jahre erfolgreiche Regierungspolitik“ zurück, wie die Sozialdemokraten nicht müde werden zu betonen. Was von Deutschland nach weiteren drei, planmäßig

sogar vier Jahren auf dieser Erfolgsspur übrig bleibt, werden wir sehen, sofern es da noch was zu sehen gibt. Das wird die Zeit erweisen.

Keine Zeit zu verlieren hat Annalena Baerbock. Je schneller die Schwarzen und Roten einig werden, desto eher verliert sie ihren Ministersessel. Ergo drückt man im Außenamt gewaltig auf die Tube, um ganz schnell noch so viele Afghanen nach Deutschland zu holen wie möglich. Wir staunen schon lange, wie viele „Ortskräfte“ die Bundeswehr da beschäftigt haben soll. Aber um die geht es kaum noch. Stattdessen werden nun massenhaft „gefährdete Personen“ ins Land geschleust.

Wie es aussieht, wird beim Herbeizaubern einer „Gefährdung“ gemogelt, was das Zeug hält. Zum Glück für Mogler juckt das die zuständigen deutschen Vertreter vor Ort offenbar nicht. Bei denen handelt es sich allem Anschein nach um Aktivisten aus dem Pool rot-grüner „NGOs“. Welche Gruppen da genau im Auftrag von Baerbocks Außenamt aktiv sind, wollte die Bundesregierung auf Anfrage eines CDU-Bundestagsabgeordneten im vergangenen Herbst nicht preisgeben.

NGOs: Es ist ein ganzes Universum

Eine zentrale Rolle, das zumindest ist bekannt, spielt der Verein „Kabulluftbrücke“, und der ist ausweislich seiner eigenen Netzseite über und über vernetzt mit dem riesigen Archipel jener linken NGOs, sogar die „Omas gegen Rechts“ tauchen in der ellenlangen Liste der Unterstützer auf. Wer sich die Aufstellung angesehen hat, der ahnt, warum das linke Parteienspektrum so hochgeschreckt ist wegen der CDU/CSU-Anfrage, wer von diesen Gruppen wie viel Steuergeld bekommt – und wofür.

Es handelt sich nämlich nicht um zwei, drei Dutzend Organisationen, wie man meinen könnte. Nein, da hat sich ein ganzes Universum ausgebreitet, und man möchte wirklich gern wissen, wie viele Leute da beschäftigt sind und um ihren Job bangen, falls der linke Filz ans Tageslicht gezogen und den staunenden Steuerzahlern präsentiert wird.

Ein Grund mehr für Baerbock, beim Afghanen-Import Dampf zu machen. Wer weiß, wie lange das noch geht? Lisa Paus hatte die Gefahr schon kurz vor der Bundestagswahl gerochen. Das Familienministerium, dem die Grüne vorsitzt, mahnte seine „Projektpartner“ in einem Brief, bei den Anti-Rechts-Demonstrationen jener Tage nicht allzu offen

heraushängen zu lassen, wer hinter einem steht. So weist das Schreiben „aus aktuellem Anlass“ darauf hin, „dass auf Aufrufen zu Demonstrationen das Logo des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Logo des Bundesprogramms grundsätzlich nicht abgedruckt werden darf“. Mit anderen Worten: Bindet es bitte nicht jedem gleich auf die Nase, von wem ihr Geld bekommt. Sonst könnte es Ärger geben.

Unsere scheidende Chefdiplomatin Baerbock sorgt in ihren letzten Tagen im Amt dafür, dass wir sie so in Erinnerung behalten, wie sie war. Diplomaten sind ja bekannt für die leisen Töne und dafür, dass sie heikle Auseinandersetzungen lieber hinter den Kulissen ausfechten statt auf offener Bühne. Grund: Keiner der Streithähne soll fürchten müssen, sein Gesicht zu verlieren, wenn er nachgibt. Bleibt ein Streit diskret, bleiben die Hintertüren für eine Versöhnung geöffnet, weil auch der, der nachgeben musste, später von einer „einvernehmlichen Lösung“ faseln darf.

Baerbock will von solchen Gepflogenheiten nichts wissen. Sie handelt nach dem Motto: Was? Die Lage ist schlimm? Last mich mal ran, ich mach sie noch schlimmer! Schon im ersten Satz ihrer Stellungnahme zum Eklat im Weißen Haus zwischen Donald Trump und Wolodymyr Selenskyj feuerte die „Diplomatin“ eine Breitseite gegen die US-Regierung ab: „Eine neue Zeit der Ruchlosigkeit hat begonnen!“

Als wollte sie ganz sicherstellen, dass das Band zu Washington auch wirklich komplett gekappt ist und bleibt. Man hörte förmlich die Sargdeckel von Bismarck und Stresemann klappern und deren Seufzer aus dem Jenseits stöhnen: Wer hat diese Frau bloß in unser Amt gelassen?

Doch so ist sie eben, die Frau, die schon am Anfang des Ukrainekriegs frisch hinausposaunte: „Wir (also Deutschland) führen Krieg gegen Russland“, derweil sich der Bundeskanzler krampfhaft bemühte, jeden Verdacht zu zerstreuen, Deutschland sei direkte Kriegspartei. Oder die Putin zu einer „360-Grad-Wende“ aufforderte und noch so einige weitere Sprachschätze vom Stapel ließ. Na ja, bald geht sie. Werden wir sie vermissen? Kaum. Und wen denn doch die Sehnsucht nach derben Dummheiten quält, dem bleibt ja immer noch Saskia Esken, um seine zweifelhafte Neigung zu befriedigen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de